

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Voll-
 abonnements-Preis 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7876.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Annoncen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Verammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Anträge für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. November 1902.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine Anweisung für Centrums- Agitatoren.

Nicht schwül wird es den Centrumsgrößen bei der jetzigen Lage. Während die rheinischen Bauernvereine mit Wangenheim und Dr. Hahn gehen und energisch fordern, daß die von diesen geforderten Forderungen bewilligt werden sollen, nehmen die katholischen Arbeiter eine immer drohendere Haltung an. Die Bauernvereine sind nicht zu befriedigen. Sie sprachen es in einer am 20. d. M. in Reuß abgehaltenen Vorstand- und Ausschußsitzung offen aus, daß sie ihre Agitation auch dann fortsetzen würden, wenn die Kommissionsbeschlüsse angenommen werden würden. Um so mehr muß das Centrum sich bemühen, die Arbeiter zu beruhigen.

Hierfür soll ja der § 11a des Zolltarif-Gesetzes gebracht werden, durch den man ein Almosen für die Witwen und Waisen heraufschlagen will. Aber dieses stößt bei der Regierung auf Widerpruch, weil das Geld gebraucht wird zur Deckung der Ausgaben für die vom Centrum bewilligten Mehrausgaben für Heer und Flotte. So sieht das Centrum in der Menue. Die Bauern sind nicht zufrieden, weil sie nicht genug bekommen; die Arbeiter rebellieren, weil ihnen das zum Stillen des Hungers nötige Stück Brot verteuert wird, sie sollen befriedigt werden mit Mehrerträgen aus den Zöllen, die aber die Regierung nicht herausgeben will. So wird ein neues Schachergeschäft eingeleitet, indem man von den für Witwen und Waisen bestimmten Geldern etwas abläßt. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ hatten sich gegen den § 11a gewendet und hervorgehoben, daß durch die Befreiung der für das Reich bestimmten Steuern dem Reich die Mehreträge verloren gehen, die es durch das Wachstum der Bevölkerung erhalten würde. Ferner daß nicht alles Getreide als Brot von den Arbeitern verzehrt wird. Auf die Mehreträge aus Zöllen für Viehfutter haben aber die Arbeiter keinen Anspruch.

Auf diesen Vorschlag läßt sich die „Germania“ ein und schreibt: „Neben diese Differenzpunkte würde man sich jedoch, wenn die verbündeten Regierungen, entsprechend der früher seitens des Herrn Reichskanzlers gegebenen Zusage, der Ausführung des Grundgedankens näher zu treten bereit sein sollten, leicht verständigen können.“ Es wird dann näher ausgeführt, welche Erträge die Zölle für Roggen, Weizen und Vieh in den Jahren 1897 bis 1901 gebracht haben, und dann geschlossen, daß durch die Erhöhungen noch immer 60 Millionen Mark im Durchschnitt für die Witwen und Waisen bleiben würden.

Erst wollte das Centrum 90 Millionen Mark aus den Erträgen der Zuckerzölle holen, jetzt läßt es auf einem Schlage 30 Millionen ab. Wenn wir bedenken, daß circa drei Millionen Witwen und Waisen in Frage kommen, die nach dem ursprünglichen Vorschlag pro Kopf dreißig Mark im Jahre erhalten konnten, so bleiben jetzt nur ganz zwanzig Mark.

Das erste Angebot eines Offiziers, gleich 30 Millionen Mark von den für Witwen und Waisen bestimmten Geldern preiszugeben, schien doch wohl den frommen Leuten etwas reichlich und gar zu sehr dazu angehen, ihnen bei dem Arbeiterfang Schwierigkeiten zu bereiten und darum nicht versucht werden, die Summe größer erscheinen zu lassen. Dieses wird nun nicht etwa dadurch bewirkt, daß man verlangt, es soll nun doch ein Teil der Gersten- und Haferzölle für die Witwen gegeben werden, sondern man setzt einen Kalkulator hin, der ausrechnen muß, daß 72 800 000 M. verbleiben, wovon noch vier Prozent Erhebungskosten in Abzug zu bringen sind, also 69 888 000 M. bleiben. Das ist die Summe, die als Räder für die katholischen Arbeiter ausgehängt werden soll.

Die Erträge aus Hafer- und Gerstenzoll, wo man die schlimmsten Erhöhungen vorgenommen hat, sind völlig preisgegeben, weil Hafer und Gerste kein Brotgetreide sind. Nun wird aber drei Fünftel aller Gerste in Deutschland in Bier verarbeitet und hier sind doch die Arbeiter die Konsumenten, welche schließlich den größten Teil bezahlen müssen. Ferner ist der Malzsteuer der Kasse der ärmsten Leute. Auch wird Gerste in Form als Graupen, Gerstengröße usw. in großen Mengen von Arbeitern genossen. Aber auch die Verteuerung des Futtergetreides wird der Arbeiter an seinem Geldbeutel schwer empfinden. Die Millionen Arbeiter, die sich ein Schwein kaufen müssen, werden erheblich höhere Beträge für ihr Schwein aufwenden müssen, und diejenigen, denen die Mittel fehlen, werden auf die Schweinemästung verzichten müssen. Die meisten Kleinbauern, die auf den Kauf von Kunstdünger angewiesen sind, werden ihren Bestand an Schweinen reduzieren müssen, weil die Mittel fehlen, für den bisherigen Bestand das Futter kaufen zu können, und darum wird der Preis für Schweinefleisch steigen und der Arbeiter in seiner Lebenshaltung herabgedrückt. Weil aber aus Gerste kein Brot gebacken wird, sollen die Witwen und Waisen die Mehreträge aus dem Zoll nicht haben.

Abgesehen hiervon, daß alle auf der Hand liegenden Thatfachen beschwiegen werden, hat das Centrumsorgan noch eine für ganz Dumme berechnete Theorie erfunden. Diese Theorie soll offenbar im Wahlkampf zur Däpierung von Arbeitern benutzt werden und verdient darum eine nähere Betrachtung. Die „Germania“ schreibt: „Was nun den Vorwurf der Socialdemokratie, daß dem Arbeiter erst das neunte an Preissteigerungen abgenommen werden soll, um ihm nachher den einfachen Betrag als Almosen zurückzugeben, betrifft, so beruht solcher auf gänzlicher Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Der Preis der inländischen Produktion wird erfahrungsgemäß keinesfalls um den vollen Betrag der Zollerhöhung gesteigert, die preissteigernde Wirkung des Zolles wird vielmehr zum Teil durch den Druck auf den Weltmarktpreis, nach Ansicht unparteiischer Sachverständiger etwa zur Hälfte, ausgeglichen.“

Also wenn Deutschland den Weizen Zoll um 2,50 M. erhöht, sinkt der Weltmarktpreis für Weizen um etwa 1,25 M. Damit

ist die Theorie, daß das Ausland den Zoll bezahlt, zur Hälfte preisgegeben. Aber auch die letzte Hälfte bestreiten wir. Eine solche preisdrückende Wirkung ist doch keine specielle Eigenschaft des deutschen Zolles. Wenn sie vorhanden wäre, müßten die Zölle anderer Länder dieselbe Wirkung haben. Nehmen wir an, der deutsche Zolltarif würde angenommen und diese Wirkung ausüben. Im nächsten Jahre würde Frankreich mit derselben Zollerhöhung folgen und auch den Weltmarktpreis um 1,25 M. werfen; in dem darauf folgenden Jahre machte Großbritannien dasselbe Experiment. Dann wäre der Weltmarktpreis dadurch, daß drei westeuropäische Staaten jeder den Weizen Zoll um 2,50 M. erhöht haben, um 3,75 M. herabgedrückt. Also durch die Zölle wäre nicht eine Preissteigerung, sondern eine Verbilligung des Getreides eingetreten. Es brauchen sich nur noch Italien, die Schweiz und einige andre Staaten an der Zolltreibererei beteiligen, um den Weltmarktpreis für Weizen auf — Null herabzubringen.

Unter Zugrundelegung dieser Theorie wird dann behauptet, daß den Arbeitern das Brot nur um 36 bis 45 Millionen Mark verteuert wird, aber 47 Millionen Mark für die Witwen und Waisen aus den Zollerhöhungen beschafft werden. Für die Arbeiterversammlung ist also das Kunststück fertig und wenn die Führer nur dumm genug sind, werden sie sich damit fangen lassen. Nur muß der Centrumsagitor sich hüten, mit diesem Märchen in eine Bauernversammlung zu gehen. Wenn die Witwen und Waisen mehr bekommen als die Arbeiter bezahlen, was bleibt dann für Graf Spees halbtierige Garde? Die katholischen Bauernvereine machen doch nicht deshalb so großen Lärm, um zwei bis elf Millionen Mark für die Witwen zu erlangen, sie schreiben um die eignen Taschen zu füllen. Für eine Bauernversammlung wird das folgende etwas zutreffendere Rechengemisch zu verwenden sein. In den Jahren 1897—1901 wurden in Deutschland 42 591 797 Tonnen Roggen und 19 409 671 Tonnen Weizen und Spelz geerntet. Der Roggen soll die Tonne um 20 M., der Weizen um 25 M. pro Tonne im Preise gesteigert werden. Der Verkaufspreis der beiden Getreidearten würde, wenn die Zölle der Kommissionenbeschlüsse gegolten hätten, um 1 337 077 715 Mark höher gewesen sein; dazu die höheren Zollerträge von 235 420 280 Mark, giebt eine Summe von 1 572 497 995 Mark. Da nach verschiedenen Berechnungen ca. 1/3 des Getreides in der Landwirtschaft verbraucht wird, so hat dieser Teil hier auszuscheiden, es bleiben also 873 609 995 Mark, um welche das für Menschen zum Konsum gelangende Brotgetreide teurer hätte bezahlt werden müssen. Also im Durchschnitt für jedes Jahr 174 722 000 Mark. Hiervon würden die Witwen und Waisen 47 084 006 Mark und die Grundbesitzer 97 637 943 Mark erhalten. Die Mehrausgaben für Gerste, welche durch die Befreiung zweiter Leistung pro Doppelcentner um 3,50 Mark im Preise gesteigert werden soll, teilen Reichshof und Grundbesitzer sich. Ebenso die Mehrausgaben für Hafer, Mais, Hülsenfrüchte usw. Erst beim Fleisch kommen die Witwen und Waisen wieder. Da aber in der Fleischproduktion ein erheblich höherer Bruchteil von der Inlandproduktion gedeckt wird, so bekommen hier die Grundbesitzer 20 bis 25 M., bevor 1 M. für die Witwen und Waisen abfällt. Der Centrumskalkulator rechnet, daß die Vieh- und Fleischzölle 22 bis 24 Millionen Mark für die Witwen und Waisen bringen sollen. Wie teuer die Summe vom Volke bezahlt werden muß, dafür fehlen die bestimmten rechnerischen Unterlagen, weil wir keine so eingehende amtliche Statistik über die Erträge der Viehhaltung haben wie über die Ernte-Erträge.

Das Centrum als Regierungspartei, als Vorkämpfer für Marinismus, Militarismus und Weltpolitik und als Handlanger der Agrarier muß Mittel zur Täuschung der Massen haben, für uns ist der § 11a nur eine der Schwierigkeiten, die das Zustandekommen des Wuchertarifs hindern. Die durch den Tarif zu erlangenden Mittel für Witwen- und Waisenernährung müßten vom Volke so teuer bezahlt werden, daß selbst die Witwen- und Waisenernährung als volksfeindliche Einrichtung erscheinen würde, wenn sie nur durch solche Mittel durchgeführt werden könnte. Die ganzen „Rechnungen“ der „Germania“ sind nur Anweisungen für Kapläne, die bei der Wahlagitiation auf den Arbeiterfang ausgehen sollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Oktober.

Pobbielski hoff!

In einer Unterredung mit dem Vorsitzenden des Deutschen Fleischerverbandes hat, wie die Allgemeine Fleischer-Zeitung berichtet, der Landwirtschaftsminister Pobbielski folgende Weisheiten zum besten gegeben. Er sprach seine Ueberzeugung aus, daß die deutsche Landwirtschaft in kürzester Zeit den Beweis erbringen würde, daß sie den Bedarf an Vieh, insbesondere an Schweinen, mehr wie hinreichend zu decken im Stande sei und daß ein erheblicher Preissturz bereits in den nächsten Monaten zu erwarten sei.

Andrerseits habe der Minister unumwunden zugestanden, daß, wenn dieser von ihm mit Bestimmtheit erwartete Rückgang in den Preisen in absehbarer Zeit nicht eintrete, auch er es für seine Pflicht halte, auf Abhilfe zu sinnen, denn die augenblicklich herrschenden hohen Viehpreise dürften im allgemeinen Interesse auf die Dauer nicht fortbestehen.

Das deutsche Volk wird nicht satt von den Hoffnungen des Herrn Pobbielski und von den wertlosen Weisheiten, die er auf „absehbare Zeit“ ausstößt.

Was aber will Pobbielski dann thun, wenn seine Hoffnungen sich nicht erfüllen? Will er die Grenzen öffnen? An dieses Mittel denkt er doch offenbar.

Nun, die Inlandspreise haben offenbar keinen Einfluß auf die — sanitären Verhältnisse des Viehs, um derenwillen doch die Grenzsperrung erfolgt ist. Wenn es also in „absehbarer Zeit“ möglich sein wird, die Grenzen zu öffnen, ohne daß sich jenseits der Grenze irgend etwas sanitär geändert hat, so muß das auch jetzt möglich sein. Pobbielski hat durch seine unvorsichtigen Verströmungen selbst unbewußt die ganze Gesundheitslegende Lügen gestraft.

Um so dringender und stürmischer wird der Ruf, die Grenzen ohne Verzug zu erschließen. Das hungernde Volk hat keine Zeit, auf die Erfüllung dunkler Minister-Propheten zu warten.

Die Landtagswahlen in Hessen.

Aus Hessen wird uns unterm 30. Oktober geschrieben:

Die Wahlmännerwahlen zur Wahl der Abgeordneten für die Zweite Kammer bedeuten einen merkwürdigen Ausnahmefall, das heißt soweit die Resultate aus den Hauptkreisen bekannt sind.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen hat die national-liberale Fraktion eine Einbuße von 4 Sitzen zu verzeichnen, so daß sie, die einst die Zweite Kammer beherrschende Partei, von 20 auf 16 Mitglieder zurückgehen wird. Eine große Genugthuung erliefen die Freunde des direkten gleichen allgemeinen Wahlrechts, daß in Friedberg Justizrat Jödel, einer derjenigen Nationalliberalen, die in ihrer Jugend die größten Freiheitskämpfer waren, aber nun im Alter die schlimmsten Reaktionäre sind, seinen nun an 30 Jahren innegehabten Kammerstuhl an den Freisinnigen Lamm verloren hat. Dazu haben unsere Genossen nach Kräften mitgewirkt, daß dem Manne die richtige Antwort wurde, der den Anspruch that: „Dem Mann, der nach der Richtung von anderen Einflüssen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist, dem gebührt überhaupt kein Wahlrecht.“ Diese Abneigung gegen das allgemeine wie das geheime und direkte Wahlrecht haben Herrn Jödel das Genid gebrochen und das von Rechts wegen.

Einen weiteren Verlust erleidet die Fraktion Drehscheibe in der Residenz Darmstadt, wo mit 6 Stimmen Mehrheit die freisinnigen Wahlmänner mit socialdemokratischer Hilfe gewählt wurden. Wenn hier nicht etwa noch eine Wahlungültigkeit herausgedreht wird, werden die Mandate an den Fabrikanten Langenbach und Buchhändler Säng übergehen. Den dritten Verlust erlebten die Nationalliberalen im Kreise Gränberg-Wienandorf, den der Antisemit Hirschel-Offenbach eroberte. Nicht unendlich ist auch noch der Verlust des Kreises des nationalliberalen Wahlrechtsgegners Heidenreich-Waldmichelbach-Fürth.

Besonderen Glücksumständen, die in der Hauptsache in der Unterstützung der Socialdemokraten liegen, verdanken die Freisinnigen eine Verstärkung ihres Bestandes. Im letzten Landtage zwei Mann stark, werden sie im neuen — sobald keine besonderen Zwischenfälle eintreten — in einer Stärke von fünf Mann erscheinen, da sie neben dem neuen Zuwachs ihren alten Bestand in Weichen und Adfeld behaupteten.

Unsre Genossen konnten bei der diesmaligen Wahl auf neue Eroberungen nicht ausgeben, da in der Mehrzahl der zur Wahl stehenden Kreise noch kein fester Fuß gefaßt war. Man beschränkte sich daher nur auf die Behauptung der bisher innegehabten Positionen in Mainz und Offenbach-Stadt und -Land.

Im meisten war man von diesen Wahlen allgemein auf den Ausgang in der Stadt Offenbach gespannt, die der Ausgang der vorjährigen Stadtverordnetenwahl in dieser alten socialdemokratischen Feste für die Landtagswahl keine besonders günstigen Aussichten eröffnete und auch diesmal wieder die Gegner in hoher Entrüstung gegen uns amarrschierten und alle Mühen springen ließen, um den ihnen so tief verhassten Genossen Ulrich, der ihnen schon manche unruhige Stunde bereitet, womöglich ganz aus dem heftigen Landtag zu beseitigen. Aber die Drahtzieher dieses unergleichlichen bürgerlichen Studdelmuddels hatten diesmal doch ihre Wahrnehmung ohne die Arbeiter gemacht, welche die nötige Anwesenheit aus der vorjährigen Niederlage gezogen und ihre Organisation so ausgebaut hatten, daß sie diesmal schlagfertiger denn früher war und ihre erste Feuerprobe aufs beste bestand. Wohl boten die Gegner alles auf, um auch diesmal zu siegen und die Beteiligung von 80 Proz. der Wahlberechtigten am Wahlakt zeigt wohl deutlich, wie heiß der Kampf geführt wurde. Aber die Arbeiter zwangen diesmal den Herrmann der Millionäre und Fabrikanten nieder. Wenn man bedenkt, wie gerade die unsrem indirekten Wahlrecht anhängenden Kantelen heftigste Staatsangehörigkeit, jährliche Anfähigkeit, Steuerzahlungskausel besonders von den Arbeitern schwer empfunden werden und wie eine große Zahl derselben hierdurch von der Wahl ausgeschlossen wird, kann man mit dem Resultat nur zufrieden sein.

Einen schönen Sieg erfochten unsre Genossen auch im Kreise Offenbach-Land. Während bei der Wahl 1900 27 socialdemokratische und 20 bürgerliche Wahlmänner gewählt wurden, fielen diesmal von 34 Wahlmännern unsern Genossen 22 zu, während sich der bürgerliche Ordnungsbrei mit 22 Wahlmännern begnügen mußte. Die zum Schluß der Wahlbewegung in diesem Kreise vom Centrum betriebene niedrige und gemeine persönliche Hege hat ihren Zweck nicht erreicht. Da konnte auch der seinem Parteigenossen Komvert zu Hilfe geeilte ultramontane Reichstags-Abgeordnete Schnitz-Mainz, der sich sogar deshalb von wichtigen Volksabstimmungen im Reichstage trennte, nichts mehr retten. Der Kreis blieb den Socialdemokraten verfallen.

In der Stadt Mainz siegte glänzend die Liste unsrer Genossen, unsre Weichen-Genossen, die diesmal selbständig vor-

Singen, brachten es auf 334 Stimmen, während es der freisinnige Sieger auf 686 Stimmen brachte.

Die vorstehend erwähnten Wahlergebnisse zeigen auch mit trübsenswerter Deutlichkeit, wie das Volk im Zeichen des Fleiß- und Fortschritts denkbare, sie bilden einen lebhaften Protest gegen diese Bucherpolitik, die gerade an den bürgerlichen Abgeordneten des heftigsten Landtags eine wesentliche Stütze hatte. Die nächsten Reichstagswahlen werden dies noch augenscheinlicher demonstrieren.

Die Nationalratswahlen und die Socialdemokratie.

Jürich, 30. Oktober. (Eig. Ber.) Die nun mögliche Gesamtschau über die bei den Nationalratswahlen vom letzten Sonntag seitens unserer Partei erzielten Stimmenergebnisse ist ersichtlichweise keine unangenehme. Dabei ist aber in mehreren Kantonen und Wahlkreisen die Feststellung unserer Stimmengahl gar nicht möglich, da mehrfach unsere Partei von vornherein mit andern Parteien gemeinschaftlich in den Kampf zog. So gingen im Kanton Thurgau die Socialdemokraten und Demokraten Hand in Hand und ihr Kandidat, Dr. Hoffmann, der auf allen Parteilisten stand, erhielt von den 6 Nationalräten mit 18 173 die höchste Stimmengahl. Der Kampflandkandidat Dr. Deucher brachte es auf 6839 Stimmen. Im Kanton St. Gallen gegen Socialdemokraten, Demokraten und Ultramontane („Katholisch-Konervative“ oder „Konservative Demokraten“) gemeinschaftlich in den Kampf und ihre Kandidaten Scherrer und Brandt erhielten in ihren Wahlkreisen 9143 bzw. 4761 Stimmen, womit ersterer glänzend gewählt ist und letzterer in die Stadtwahl kommt. In einem dritten St. Galler Wahlkreise, den bisher Herr Curti vertreten hatte, erhielt der gemeinsame Kandidat Steiger 4442 Stimmen, womit er durchgefallen ist. Auf allen Parteilisten stand schließlich noch Widwind im Kanton Basel-Land, der mit 3188 Stimmen wiedergewählt worden ist. Wie viele von allen diesen auf socialistische und demokratische Kandidaten gefallenen Stimmen socialdemokratisch sind, ist uns unbekannt und wird sich selbst von den in den betreffenden Wahlkreisen hervorragenden Genossen kaum feststellen lassen.

Sehr befriedigend ist das Resultat in Genf, wo unsere Kampflandkandidaten Sieg 3206 und Triquet 3120 Stimmen erhielten gegen 700, 800 bis 1000 Stimmen in früheren Jahren und 1306 Stimmen vor Jahresfrist. Der Generalrat hat demnach die Genfer Arbeiterschaft zusammengeführt und geeinigt und so eine gute Wirkung für die Partei gehabt. Beide Genossen kommen in die Stadtwahl, aber mit 6 bürgerlichen Kandidaten und um 3 Sitze.

Insgesamt fielen auf unsere Partei 57 676 Stimmen: die in dieser Zahl enthaltenen bürgerlichen Stimmen werden wohl aufgezogen durch die socialdemokratischen Stimmen in den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Glarus und Basel-Land, die aber nicht ausgeschrieben sind. Bei den früheren Wahlen betrug die socialdemokratische Stimmengahl: 1884: 2796, 1887: 6448, 1890: 20 023, 1893: 27 211, 1896: 27 812, 1899: 37 019. Die Wichtigkeit der Zahlen vorausgesetzt, zeigt der Vergleich ein fortwährendes Wachstum der socialdemokratischen Stimmen, gegenüber 1890 um 20 000, also ein durchaus nicht unbefriedigendes Ergebnis. Bestände statt des elenden Systems der Listenwahl mit dem Majorz das System der Einheitswahl oder das der Listenwahl mit Proporz, unsere Partei würde auf ihre Stimmengahl heute 24 Vertreter im Nationalrat haben, während sie deren erst 5 hat und dazu in der Stadtwahl vielleicht noch 3 oder 4 erhält — wenn es gut geht. Darum sollte unsere so schändlich vergewaltigte Partei nicht müde werden, immer und immer wieder ihren Kriegsruf zu erheben: Nieder mit dem Majorz und hoch der Proporz!

Deutsches Reich.

Die Aufrechten und die Kriechenden.

Es wird auch in der Centrumpresse jetzt gar nicht mehr bestritten, daß die Holländer sich mit der Regierung verständigen werden. Man werde zwar nicht unwillig, aber man werde prüfen, ob man sich denn absolut nicht einigen und verständigen könne. Das Centrum fällt eben niemals um, sondern es fällt nur — anders.

Zum Ganzen der elckhaften Komödie gehört auch das Gebahren der sieben Aufrechten vom Landwirtschaftsbund, die manügelte ihr: Niemals, niemals, niemals brüllen, weil sie ganz sicher sind, daß die Holländer der mittleren Linie trotzdem in ihre Taschen arbeiten.

Mit der Geschicklichkeit, die den Freisinn auszeichnet, fällt er wieder prompt auch auf diese Wasserade hinein. Bereits faßelt man von einem Bruch zwischen Konservativen und Landwirtschaftsbund. Ein krasser Unsinn! Sie spielen schenbar gegeneinander, aber unter dem Tisch geben sie sich Zeichen. Die Bündler sind die demagogische Wahltruppe der Konservativen, die durch Schreien die Bauern einfangen, während dieselbe Sippe in dem vornehmeren konservativen Mod mit der Regierung handelt. Die angeblich feindseligen Brüder stehen in dem Verhältnis der Bucherer und Schlexer. Die Aufrechten, die „niemals“ brüllen, und die Kriechenden, die sich „verständigen“ — sie treiben auf verschiedenen Wegen das Bild ins Gehege.

Der Kaufkanal hat Boddiecki doch, wie ein Königsberger Blatt berichtet, wiederholt in Hinblick auf den Mittelländkanal gesprochen.

Vermutlich ist im Osten die Zukunft so sehr gestiegen, daß Boddiecki während seiner ganzen Reise nichts zu essen bekam, ewig hungrig war und deshalb fortwährend über den Kaufkanal schimpfte.

Der Verstromungssport. Officiis wird berichtet, daß die preussische Regierung beschlossen hat, dem Antrag einer zweistündigen Schließung der Gastwirtschaften während des Hauptgottesdienstes keine Folge zu geben.

So ist der Verstromungssport wenigstens in einer Beziehung nicht aus Ziel gelangt.

Bündler und Socialdemokraten Hand in Hand, so ruft Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung“ aus, weil selbstverständlich alle ernsthaften Gegner gegen die vom Centrum ins Werk gesetzte Erdrosselung von Zollanträgen aufgetreten sind.

Da ist Eugen Richter endlich etwas eingefallen, aber etwas sehr Dummes. Denn selbst wenn die Socialdemokraten mit den Bündlern Hand in Hand gingen, so wäre damit die Heberzöllnererei kein Haar ansichtsreicher. Wir können ruhig für 750 M. Zoll stimmen, gerade in der Tendenz, das deutsche Proletariat vor der Gefahr des 5/2 Mark-Zolles zu bewahren.

Eugen Richter aber geht nicht nur Hand in Hand mit den Zollwuchsern der mittleren Linie — er ist ihr Schrittmacher!

Der Begriff des politischen Vereins gemäß § 8 des Vereinsgesetzes. Der Drechsler Vorklatz hatte das unheilvolle staatsgefährliche Verbrechen begangen, als Vorsteher eines polnisch-katholischen Volksvereins einen Lehrling als Mitglied aufzunehmen. Das sollte ihm nach hoher richterlicher Entscheidung 60 M. und dem Verein — das Leben kosten. Das zuständige preussische Landgericht erkannte außer auf jene Geldstrafe auf die Schließung des Vereins. Einen politischen Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes, dem „Frauenpersonen“, Schüler und Lehrlinge nicht angehören dürfen, glaubte das Gericht deshalb vor sich zu haben, weil der Verein nach seinem Statut die socialistischen und anarchischen „Umsturzbestrebungen“ bekämpfen will und bestrift ist, die Gesekeskenntnis seiner Mitglieder zu verbessern.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob jedoch die Vorentscheidung gänzlich auf und sprach den Attentäter mit folgender Begründung frei: Der Begriff des politischen Vereins sei vom Landgericht falsch aufgefaßt worden. Ein politischer Verein sei ein solcher, der auf den Staat, seine Gesetzgebung, seine Institutionen oder internationalen Beziehungen

einwirken wolle. Davon sei aber hier nicht die Rede. Der genannte Verein verfolge nicht ein solches Ziel der Einwirkung auf die Institutionen des Staates etc. Insofern der Verein bestrift sei, die Gesekeskenntnis seiner Mitglieder zu verbessern und diese über ihre bürgerlichen Pflichten und gesetzlichen Freiheiten aufzuklären, sei er ein Bildungsverein, aber kein politischer Verein nach § 8. Und wenn er sich auch mit der Bekämpfung der socialistischen und anarchischen Umsturzbestrebungen abgebe, so mache ihn das auch noch nicht zu einem politischen Verein, denn eine Absicht, auf den Staat oder die Gesetzgebung einzuwirken, könne darin ebenfalls nicht gefunden werden. Höchstens könnte der polnisch-katholische Volksverein wegen der Bekämpfung der Umsturzbestrebungen als ein Verein angesehen werden, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle und deshalb den Melde- und Anzeigepflichten des § 2 des Vereinsgesetzes unterfalle. Solche Vereine könnten aber, sofern sie nicht auch zugleich dem § 8 unterliegen, Frauen und Lehrlinge aufnehmen.

Die Kammergerichts-Entscheidung vermehrt die Zahl der von einander abweichenden Urteile dieser Instanz. Nach früheren Entscheidungen des Kammergerichts stempelte schon die Erörterung staatswissenschaftlicher und socialpolitischer Fragen einen Verein zu einem politischen. Wiewohl aber das Kammergericht auch angenommen, daß der katholische „Bildungsverein“ den Kampf mit geistigen Waffen gegen den Umsturz ohne jede Verührung staatswissenschaftlicher und socialpolitischer Fragen führen werde.

Schutz für Schulleute. Wüher hat man nach einem Schutz vor Schulleuten gerufen; nächstem wird man auch nach einem Schutz für Schulleute rufen müssen, wenn es nämlich zur gerichtlichen Praxis werden sollte, daß angeheirte Studios, die von einem Schulleiter wegen frecher Erregung öffentlichen Aergernisses verhaftet werden sollen, diesen Schulleiter sozusagen kraftlos mit den Fäusten bearbeiten dürfen. Die Leipz. Volksztg. berichtet nämlich folgenden Fall: Vor dem Jenaer Schöffengericht kam folgendes Wortkommis zur Verhandlung:

Ein Student der Naturwissenschaft kam am Morgen des 16. Juli dieses Jahres gegen 5 Uhr aus einem Café und befriedigte an einem an offener Straße belegenen Brunnen ganz öffentlich seine Bedürfnisse und als eine ältere Frau und ein 13-jähriges Mädchen in diesem Moment in seine Nähe kamen, drehte sich dieser Mensch herum und zeigte in offensativer Weise seine entblößten Geschlechtssteile. Im gleichen Moment erschien auch ein Schulleiter auf der Bildfläche und setzte den Herrn Studenten ob dieses Verhaltens sehr gemüthlich zur Rede; da kam der Beamte aber plötzlich an, er wurde mit einer Flut von Beleidigungen größter Art überhäuft und von dem adeligen Studio bei dem seiner nummehrigen Feindschaft vorausgehenden Ringen derart mit Faustschlägen traktiert, daß ihm ein Zahn behängt und der Helm vom Kopfe gerissen wurde. Dies der Thatbestand. Nun war schon für die Verhandlung charakteristisch, daß der Herr Student „wegen weiter Entfernung“ trotz einer so schweren Anklage vom persönlichen Erscheinen entbunden war und kommissarisch vernommen war. Kein Wunder, sondern ganz selbstverständlich auch, daß der Student sich für alles durch „sinnlose Trunkenheit“ entschuldigte und angeben hatte, er könne sich auf nichts besinnen. Die Feingenausage ergiebt jedoch, daß der Student wohl angeheitert, aber keineswegs in sinnlosem Zustande war. Trotzdem erfolgte nun wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen Freisprechung, da, wie das „Jenaer Volksblatt“ meldet, angenommen wurde, daß der unzüchtige und vielschichtige Akt „nicht beabsichtigt“ (1) worden wäre und die beiden Frauen den Vorgang auch „nicht näher“ (2) beachtet hätten. Das Kritieren in den öffentlichen Brunnen wurde mit 30 M. Geldstrafe, der Widerstand gegen die Staatsgewalt und die Beamtenbeleidigung wurden mit ganzen 150 M. Geldstrafe belegt und der Schulleiter, der wegen Schadenersatz als Reklamation auftrat, auf den Weg der — Civilklage verwiesen! Was würde wohl ein Arbeiter bekommen haben, der sich wegen eines ähnlichen Ständals vor Gericht zu verantworten gehabt hätte, fragt mit Recht unser Bruderorgan.

Aus dem freisinnigen Rußland Gotha.

Es ist ein wahres Glück, daß das Herzogtum Gotha aus den 48er Revolutionen und Reaktionsstürmen eine halbwegs vernünftige Verfassung und eine fast vollkommene Vereins- und Versammlungsfreiheit gerettet hat. Ohne dies säße es in unfrem überausen Ländern ebenso traurig aus wie in Sachsen oder wie in Mecklenburg, trotzdem die Freisinnigen und zwar die „Echten“, die „Bollen und Ganzen“, die „Unentwegten“ Richterlicher Oberhand fast überall noch das Heft in der Hand haben. Fast überall — denn ihre langjährige unumschränkte Herrschaft im Landtag ist von den Socialdemokraten gebrochen worden. Dafür sitzen die Herren um so fester in den Gemeindefesseln und diese ihre letzte Position suchen sie mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten.

Bessen das freisinnige Spieghelbürgertum fähig ist, hat es bei der letzten Landtags-Wahlwahl in der Stadt Gotha vor zwei Jahren bewiesen. Eine unklare Bestimmung im Wahlgesetz benutzend, empfahl das freisinnige Wahlkomitee öffentliche Abstimmung. Trotzdem viele Wähler der Empfehlung folgten, hat das Schönbürgerstädtchen, über das damals auch der „Vorwärts“ eingehend berichtete, nichts gemerkt. Aber den guten Willen, die Verfassung zu durchlöchern, haben die patentierten Hüter der Verfassung doch bemerkt. Auch in allen Industriestädchen, wo die Freisinnigen in der Gemeinde herrschen, die Errichtung eines Gewerbegerichts, einstmals die liberale Panacee für die sociale Frage, förmlich erzwingen werden muß, spricht für den „freisinnigen“ Geist unserer „Unentwegten“. Im freisinnigen Ohrdruf hat dieser Kampf volle 7 Jahre gedauert.

Aber es war dem erzfreisinnigen Stadtrat von Waltershausen vorbehalten, zu zeigen, zu welchen Mitteln der Freisinn greift, wenn er sich in seiner Herrschaft bedroht fühlt. Da wir in Gotha kein Klassenwahl-System kennen, so schützt das hiesige Bürgerkomitee seine Rathausvorsteher vor dem Ansturm der „Roten“ durch ein hohes, den Arbeitern schwer erschwingliches Bürgergeld. In Vorauszahlung dessen, was vielleicht kommen könnte, erhöhten die Stadtväter in Waltershausen das Bürgergeld auf 20 Mark. Durch Gründung eines Bürgervereins, der Spargelder zum Zweck des Bürgerverdens aufammelt, gelang es trotzdem nach und nach, 70 Arbeiter zu Bürgern zu machen. Darüber erfährt, änderte im Mai v. J. der Stadtrat das Statut dahin, daß Einheimische 12 Fremde aber, auf die es hier hauptsächlich ankommt, 70 Mark (!) Bürgergeld zahlen mußten. Auf Beschwerde der Arbeiter hin erhob das Ministerium Einspruch, weil unser Bürgergesetz verschiedene den Vermögensverhältnissen der Antragsteller entsprechende Abstufungen vorschreibt. Nun setzte der Stadtrat für Einheimische 10, 15 und 20, für Fremde 50, 75 und 100 Mark Bürgergeld fest, und als auch das nicht genehmigt wurde, bestimmte der Stadtrat endlich, daß Arbeiter 10 Mark zahlen sollen. Auch dagegen erhoben die Arbeiter Beschwerde, erhielten aber keinen Befehl. Nun aber kommt der Hauptschlag, den die Waltershäuser Stadtväter ausführten.

Am 27. Mai dieses Jahres meldete der Bürgerverein 61 Einwohner als Bürger an. Aber bis heute (Ende Oktober), also nach fünf Monaten, sind diese 61 angemeldeten Einwohner nicht nur nicht als Bürger aufgenommen, sondern haben nicht einmal einen Bescheid vom Stadtrat erhalten. Eine Beschwerde ans Ministerium ist gar nicht beantwortet worden! Und warum zögert der Stadtrat in Waltershausen, die doch sonst gewiß willkommene Geldsumme von 10 x 61 = 610 Mark anzunehmen? Einfach weil er fürchtet, daß bei den kommenden Gemeindevahlen im November die Arbeiter einige Stige mehr, vielleicht gar, o Schreden aller Schreden, die Mehrheit ertingen,

Trotzdem unser Parteiorgan, das „Volksblatt“, Tag für Tag in fetter Schrift auffordert, man möge den Grund angeben, warum die Leute nicht als Bürger aufgenommen werden, regt sich nichts: weder der Stadtrat, noch das Staatsministerium, das unfres Erachtens schon längst hätte einschreiten müssen!

Wissenschaft und Parteigeist.

Wir haben uns kürzlich mit einer von der pommerischen Landwirtschaftskammer veranstalteten und von Dr. v. Ratte in den „Landwirtschaftlichen Jahrbüchern“ bearbeiteten Enquete über die Verhältnisse der pommerischen Landarbeiter beschäftigt. Unsere aus der Enquete gezogenen Schlüsse gaben nun der „Neuz.-Zeitung“ Veranlassung über „Wissenschaft und Parteigeist“ zu lehrhaften. Sie wirft dem „Vorwärts“: „tendenziöse Verzerrung wissenschaftlicher Resultate“, „Verzerrung der Wissenschaft durch den Parteigeist“, „Fruivolität“, „Antennen des thierischen Verstandes“ vor, kurz, macht es so darzustellen, als ob wir aus der Ratte'schen Arbeit ganz willkürlich Schlüsse gezogen hätten. Die ganze Enqueteung ist aber, selbst für das geistige Vermögen der „Neuz.-Zeitung“ außerordentlich schwach. Es ist das typische Verhalten der preussischen Junker, die nur schimpfen, weil sie die Thatfachen nicht bestreiten können, die in ihren Arbeiterparadiesen feststellt werden.

Dem richtigen Junker kommt es freilich auch nicht auf grobe Verdrehungen an. So behauptet die „Neuz.-Zeitung“, der „Vorwärts“ habe geschrieben: „In Hinterpommern giebt es Arbeiter, die 30 Pf. pro Tag verdienen.“ Daran anschließend wird nun mit großer Emphase darauf hingewiesen, daß solchen Familien von der Herrschaft 6 Morgen Ackerland im Felde beehlt werden, daß ihr eine Kuh gehalten wird, daß sie Schweine mästen. „Nur, der Arbeiter, der 30 Pf. für den Tag an Gelddlohn erhält, ist in Wirklichkeit ein kleiner Unternehmer, dessen wirtschaftliches Mädrat sein landwirtschaftlicher Betrieb ist und für den der Gelddlohn nur einen verhältnismäßig geringen Zusatz zu seinem sonstigen Einkommen bildet.“

Thatsächlich hat der „Vorwärts“ aber gar nicht obige Behauptung aufgestellt. Er hat vielmehr wörtlich die Feststellung v. Ratte's citirt: „Während im Regierungsbezirk Straßund Lohsaßage bis zu 2 M. und darüber vorkommen . . . stoßen wir in den intensiv wirtschaftenden Kreisen des Regierungsbezirks Stettin vielfach auf einen Tagelohnsatz von 50 Pf., der in den nordöstlichen Kreisen des Regierungsbezirks Köslin bis auf 30 Pf. herabsinkt.“ Es handelt sich hier also um eine wirklich wiedergegebene statistische Feststellung, nicht um eine von uns aufgestellte Behauptung. Wir können den Junkern nachsehen, daß ihnen solche Feststellungen unangenehm sind, zumal in einer Zeit, wo sie sich bei ihrem Raubzug auf die Konsummentalfachen als eine Art Vorläufer „ihrer“ Landarbeiter aufspielen möchten.

Auch die Thatsache, daß die Hauptbeschädigung dieser junkerlichen Arbeiter das ihnen zugewiesene Deputat ist, ist von uns nicht bestritten, sondern ausdrücklich hervorgehoben worden. Wir haben aber keinen Zweifel gelassen, und aus vielen Stellen der v. Ratte'schen Bearbeitung leuchtet dies hervor, daß dabei der Arbeiter vielfach der Geprellte ist und er sich besser sehen würde, wenn er die Entschädigung seiner Arbeitskraft in bar anstatt in Deputat ausgezahlt erhält. Die brave „Neuz.-Zeitung“ aber macht diese gedrückten Proletariet zu „kleinen Unternehmern“ und mißbräunt sie im letzten zu Kronzeugen für die Notwendigkeit des Protzwuchers. Weil wir nämlich aus der v. Ratte'schen Arbeit die Bemerkungen hervorgehoben haben, nach welchem der Arbeiter einen Teil ihrer Ernte verkaufen müssen, so sagt das Junkerblatt mit höhnlichem Grinsen, folglich habe auch dieser kleine Mann ein Interesse an „anständigen Getreidepreisen“. Es lohnt sich nicht, darauf etwas zu erwidern.

Anders ist es schon, wenn die Neuz.-Zeitung in rotem Orkum gerät, weil wir geschrieben haben, viele Tagelöhnerfamilien müßten „vielleicht direkt hungern, um noch Naturalien verkaufen zu können und sich so bares Geld zu verschaffen.“ Diese unsere Raimohnung wird jedoch gestützt durch die Feststellung des konservativen Bearbeiters der Statistik selbst. Dr. v. Ratte sagt nämlich in seiner Arbeit: „In der großen Mehrzahl der Fälle dürfte sich das Gesamt-einkommen in barem Gelde kaum höher als 250 Mark pro Familie stellen.“ Von diesem geringen Bareinkommen, welches der Junker der Familie seines Hinterlassenen zukommen läßt, kann diese natürlich nicht ihre Ausgaben bestreiten. Die meisten Fragebogen geben denn auch unsere Behauptung zu und konstatieren, daß von den Tagelöhnerfamilien „überschüssige Nahrungsmittel teils verankt“ werden. Ueber das, was sie als „überschüssig“ betrachten, haben nun die junkerlichen Auskunftsgeber sich ganz ausgesprochen, indem sie sich in der Tabelle auf einzelne allgemein gehaltene Angaben über den Eigentumsstand der Familien beschränken. Mit gutem Grund! Denn es leuchtet ein, daß der Tagelöhner um so mehr von seinen für seine und seiner Familie Lebenshaltung bestimmten Wirtschaftsprодукten verkaufen muß, je niedriger sein Barlohn ist. Sobald er größere Bedürfnisse decken muß und er kein bares Geld bekommt, ist er gezwungen von den für seine Lebenshaltung erarbeiteten Geldfrüchten um so viel zu verkaufen, um das Bargeld zu erlangen, dessen er bedarf. Und was er verkauft, verkauft er auf Kosten seiner Lebenshaltung, bis zum Hunger.

In unserer, an der Hand der v. Ratte'schen Arbeit gegebenen Darstellung der Schmittverhältnisse — die Junker klagen bei den Schmittern ständig über „Religun zum Kontraktbruch“ — haben wir die schäbste Verhandlung des Landarbeiters als Ursache des Kontraktbruchs bezeichnet und gesagt: „Wie dem Schmitt die Schinderei zu groß, so preißt er auf Kontrakt und Abmachungen und läuft vom Hofe.“

Diese einfache Feststellung nennt das Blatt nun „dem Kontraktbruch, der gesetzlich strafbaren Handlung, geradezu das Wort reden.“ Das ist der Beweis unserer „Fruivolität“! Nein, es ist nur ein Beweis der Unehrlichkeit und der — groben Unwissenheit der „Neuz.-Zeitung“ die den Kontraktbruch für „gesetzlich strafbar“ hält; das ist er in Preußen noch nicht: das Blatt hält seine frommen Wünsche bereits für erfüllt.

Der Jahresbericht der Kölnner Handelskammer, der vor kurzem in einem mehr als 400 Seiten starken Bande erschienen ist, hält von Anfang bis zu Ende wieder von den Klagen der verschiedensten Erwerbsgruppen über den Tiefstand von Handel und Wandel. Der Bericht befaßt sich auch mit der Lage der Arbeiter im Berichtsjahre und weist auf die verringerte Arbeitsgelegenheit und die vielfach herabgesetzten Arbeitslöhne hin. Zumal unter dem Druck der noch immer hohen Lebensmittelpreise und der teuren Wohnungsmieten habe die Lage der Arbeiter unter der rückläufigen Konjunktur eine Verschlechterung erfahren. Der Bericht stellt eine infolge des wirtschaftlichen Niederganges verminderte Kaufkraft der Masse und die nötig gewordene Einschränkung des Verbrauchs fest.

Der Verlauf an Nahrungsmitteln habe nachgelassen und es würden in immer größerem Maße minderwertige Waren verlangt. „Putter und Eier waren namentlich im letzten Halbjahre hoch im Preise; der Verbrauch an Naturbutter und Käse, auch an Eiern, ist gegen das Vorjahr zurückgefallen. Der Verbrauch an Margarine hat wiederum eine Zunahme erfahren. . . Das Geschäft war in der Fleisch- und Wurstwarenbranche im verflochtenen Jahre wenig zufriedenstellend. Hierzu trugen in erster Linie die hohen Preise des Schlachtviehes bei; aber auch der Verbrauch hat gegen das Vorjahr erheblich nachgelassen. Ueber amerikanische Fleisch- und Fettwaren sagt der Bericht: „Die Preise, die drüben auf 7 und 8 Dollar für 100 lbs. stiegen, wozu noch ein Zoll von 20 M. per Doppelcentner hinzuzurechnen ist, zwingen leider, besonders bei den verschlechterten Lohnverhältnissen, zur Einschränkung des Fleischgenusses.“

Bei der Bekleidungs-Industrie (Kleider, Schuwaren, Hüte, Wäsche), bei Haushaltsgegenständen, bei den Genussmitteln des kleinen Mannes, wie Bier und Cigarren, stellt der Bericht ebenfalls

eine bedeutende Verminderung des Verbrauchs fest. Dasselbe trifft bei dem Buchhandel zu.

Unterernährung, schlechte Wohnung, ungenügende Bekleidung, Verzicht auf die schättesten Lebensannehmlichkeiten, wenn nicht gar völlige Not durch Arbeitslosigkeit — das ist nach dem Bericht der Kölner Handelskammer das Los der Arbeiter in der jetzigen schlechten Konjunktur. Und eine gewissenlose Föllwucher-Sippe ist am Werk, das Leben der Arbeiter noch um vieles zu verelenden, die Erwerbssicherheit zu vermehren und die nötigsten Lebensmittel schäuer zu verteuern.

Ausland.

Zum Gemeinde-Socialismus in Großbritannien.

In ihrem Feldzug wider den Gemeinde-Socialismus hatte die Londoner „Times“ auch die Verwaltung der Stadt Glasgow mit einem gehörigen Angriff bedroht, denn diese größte Stadt Schottlands hat von allen Großstädten des vereinigten Königreichs die meisten Einrichtungen, die einen kommunal-socialistischen Charakter oder wenigstens Ansätze tragen. Das sollte nun nach der „Times“ alles zum Schaden der guten Verwaltung Glasgows ausgeschlagen sein. Dieser Behauptung tritt nun in der „Times“ vom 24. Oktober der Leiter der obersten Verwaltung Glasgows, der Lord Provost (Oberbürgermeister) Chisholm, gegenüber und weist in einer langen, mit Zahlen belegten Aufschrift nach, daß Glasgows Finanzen sich in einem durchaus zufriedensstellenden Zustand befinden, wie denn auch die Finanzwelt für Anleihen der Stadt Glasgow höhere Preise zahlt, als für die von so reichen Städten wie Birmingham, Liverpool, Manchester. Ebenso hat Glasgow keinen Grund, seine kommunalen Leistungen gegenüber denen kapitalistischer Gesellschaften zu verstellen.

Charakteristisch ist z. B. der Vergleich zwischen dem, was die Glasgower Straßenbahnen in den letzten Jahren vor ihrer Kommunalisierung geleistet hatten, und dem, was sie heute leisten, nachdem sie aus den Händen einer Aktiengesellschaft in den Besitz der Stadt übergegangen sind. Hier die Zahlen.

Es betragen:	Unter der Aktiengesellschaft 1894	Unter der Stadtverwaltung 1902
Die Länge des Netzes in engl. Meilen	30	68 1/2
Die Durchschnittsdistanz für eine Gebühr von 1/2 Penny	—	0,58
1	1,12	2,29
1 1/2	1,80	3,45
2	2,20	4,60
2 1/2	—	5,74
3	3,25	6,84
3 1/2	—	8,13

Es kostete im Durchschnitt die Fahrt von einer engl. Meile 0,89 Penny 0,47 Penny Demgemäß stieg die Zahl der jährlich beförderten Fahrgäste von 64 auf 170 Millionen.

Trotzdem nun die Stadt noch Übernahme der Bahnen die Arbeitszeit der Angestellten um über 25 Proz. herabsetzte und die Löhne um ebensoviel erhöhte, ist ihre Reineinnahme aus dem Straßenbahnbetrieb bedeutend gestiegen. Die Einnahmen, die ihr aus der Verpachtung der Bahnen an eine Privatgesellschaft zufließen, belaufen sich während der 23 Jahre dieser Pacht im Durchschnitt auf 2706 Pfd. Sterl., im Höchstbetrage (das letzte Jahr der Pacht) auf 5660 Pfd. Sterl. Im letzten Geschäftsjahr des Eigenbetriebs aber war die Reineinnahme 15 000 Pfd. Sterl. Soweit man also den Eigenbetrieb als Kommunal-socialismus bezeichnen kann, hat dieser sich für die Kommune Glasgow ausgediebt. So stark ist der Lord Provost, der ja durchaus kein Sozialist ist, von den Vorzügen des letzteren durchdrungen, daß er seinen Anstand nimmt zu erklären:

Für jede, von Vereingenenommenheiten eingegebene Behauptung giebt es eine andre Seite, und die Verbrechen des Privatkapitals übersteigen ganz gewaltig die Unzulänglichkeiten kommunaler Behörden. . . . Es bleibt eine Tatsache, daß wir dem Privatkapital nicht trauen dürfen, so lange es nicht der Kontrolle öffentlicher Behörden untersteht.

Frankreich.

Vom Bergarbeiterstreik. Aus Lens wird berichtet: Infolge mehrfacher Zusammenstöße zwischen Ausländern und Gendarmen protestierte der Abg. Wasly gegen das Vorgehen der Gendarmen, worauf er und sein Sekretär verhaftet, aber bald darauf wieder freigelassen wurden. Wasly telegraphierte alsdann an den Ministerrat und verlangte von demselben eine Untersuchung wegen seiner Verhaftung.

Polizei und Gerichte arbeiten den Streikenden gegenüber mit ungewöhnlicher Schnelligkeit und Promptheit. In St. Etienne wurden 12 Personen wegen Streikvergehen zu Strafen von 6—15 Tagen verurteilt; in Douai erhielt ein Streikender, der einen Offizier beleidigt haben sollte, drei Monate Gefängnis.

Beseitigung des Gesetzes Kalloux. Außer dem Entwurf des Unterrichtsministers sind der Kammer noch zwei Projekte unterbreitet worden, deren Zweck die Neuordnung des Schulkurrikulums ist. Briffon verlangt in seinem Entwurf die Schließung sämtlicher „freien“ Schulen, die von Mitgliedern der Kongregationen geführt werden. Kein Mitglied der Geistlichkeit, weder der weltlichen noch der Ordensgesellschaften noch die ehemaligen Mitglieder derselben sollen in Zukunft das Lehramt ausüben dürfen; dieses soll vielmehr nur Laien vorbehalten bleiben. Dieses Gesetz würde also mit den sogenannten „freien“ Schulen vollständig aufräumen. Anders der Entwurf Carnaud. Dieser will aus finanziellen Rücksichten den gesamten Unterricht durch den Staat nicht übernehmen, sondern daneben die „freien Schulen“ bestehen lassen, jedoch fordert er eine strenge Überwachung derselben durch staatliche Schulinspektoren.

Die Budgetkommission der Deputiertenkammer ist gewählt. Sie besteht aus 33 Mitgliedern, nämlich 22 Ministeriellen, darunter die Sozialisten Jaurès und Sembat, und 11 Mitgliedern der Opposition, darunter Demys Gochin von der Rechten. Die Zusammenfassung der Kommission ist günstig für den Budget-Entwurf Rouvières.

Belgien.

Die Bergleute beim Minister. Drässel, 29. Oktober. (Fig. Ver.) Vor zehn Tagen beschloß der Vorstand des belgischen Bergarbeiterverbandes, vom Streik vorläufig Abstand zu nehmen, obwohl die Forderungen der Kohlengräber — eine Lohnenerhöhung von 15 Proz. — nur teilweise bewilligt worden waren, jedoch die Agitation weiter fortzusetzen und die Intervention des Ministers der Arbeit anzufordern. Der Minister empfing heute morgen die Delegation der Bergleute; die Audienz verlief, wie übrigens vorausgesehen war, erfolglos.

Je mehr man bei uns die Leiter der Beamtenhierarchie hinausstößt, desto freundlicher werden die Gesichter und desto lebenswichtiger die Gesten, die Thesen aber sind oben wie unten gleich reaktionär. Während anderthalb Stunden setzten die Delegierten dem Minister die Verechnung ihrer Wünsche auseinander. Sie

legten dar, daß die Kohlenpreise in den letzten drei Wochen eine gewaltige Hausse erfahren haben — was der Minister auch zugab —; daß während nur einer Woche allein auf den beiden Bahnhöfen Feignies und Reumont 30 Millionen Kilogramm Kohle mehr exportiert wurde als zur nämlichen Zeit des Vorjahres, der Minister blieb bei seinem ablehnenden Standpunkt. Damit hatte der Minister schon recht, als er sagte, nichts zu Gunsten der Lohnenerhöhung thun zu können. Selbst wenn er es wollte, was hier allerdings nicht der Fall war, dürfte er es nicht wagen, als Schiedsrichter zwischen Kapital und Arbeit zu treten. Das Herrenrecht der Ausbeuter darf von ihrem Diener nicht angefaßt werden.

Der Vorschlag, dem „Hohen Arbeiterrat“ (Conseil Supérieur du travail) die Sache der Bergleute zu unterbreiten, war wohl nur ein schlechter Witz des Ministers. Denn abgesehen davon, daß die Befolgung des ministeriellen Vorschlages einer Vertagung bis zum Salet-Rimmerleinstage gleichkommt, kann dieser Rat ohne die Sonne der Regierungsgunst überhaupt nicht leben. Die Arbeiter würden dann nur, nachdem sie vom Schied abgewiesen, nach langem Warten noch einmal vom Schmiedchen hinauskomplimentiert werden.

Die nächsten Tage wird die Deputation ihr Heil noch bei den Provinzregierungen und andern illustren Persönlichkeiten versuchen. Ohne Prophet zu sein, kann man heute schon sagen, daß auch diese Audienzen den Bergleuten nichts bringen werden als neue schlimme Erfahrungen.

Dänemark.

Die Schulreform. Das Folkething beschäftigte sich am 28. und 29. Oktober mit dem Gesetzentwurf über die höhere allgemeine Schule. Der Entwurf wurde nicht nur von den Socialdemokraten und Liberalen, sondern auch von den Konservativen zustimmend beurteilt. Nur der Vorsitzende der Moderaten suchte durch verschiedene nichtlagende Einwendungen Stimmung gegen dieses anerkenntenswerte Reformwerk zu machen. Er machte es der Rechten zum Vorwurf, daß sie in diesem Fall sich den Socialdemokraten anschließen, worauf der konservative Vorsitzende erwiderte: „Wenn die Rechte in dieser Sache mit der Socialdemokratie zusammengeht, so zeigt das, daß die Konservativen mit der Zeit vorwärts schreiten“. Die nur 13 Mandate zählende liberale Fraktion ist glücklicherweise nicht im Stande, die Schulreform zu vereiteln. (Von den 14 Moderaten im Folkething hat sich einer dieser Tage der liberalen Fraktion angeschlossen.)

Sien.

Der Streit um das Jangtse-Gebiet. Die „Times“ melden aus Schanghai: Die chinesischen Beamten betrachten die deutschen Bedingungen für die Räumung Schanghais als eine direkte Verneinung der britischen Ansprüche auf eine Einflußsphäre im Jangtse-Thal, welche Ansprüche Deutschland im Jahre 1898 bei den Verhandlungen über die Eisenbahnlinie Tientsin-Tschinkiang anerkannt hat, und die ferner in das englisch-russische Eisenbahnabkommen aufgenommen worden sind, worin der Grundsatz der wirtschaftlichen und geographischen Gravitationspunkte aufgestellt wurde. Die Bedeutung dieser Haltung der deutschen Regierung wird hier voll erkannt.

Aus der Frauenbewegung.

Cornélie Huygens.

Die internationale Socialdemokratie hat in den letzten Jahren in besonderer Höhe große Kämpfe für ihre große Sache verloren. Am Freitag ist ihr ein neuer, großer Verlust beklungen worden, ein Verlust nicht nur einer Kämpferin im Dienste der gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Ideen, sondern auch ein Verlust einer hervorragenden Dichterin. Wie uns ein Privat-Telegramm aus Amsterdam meldet, ist dort unsere Genossin Cornélie Huygens, früheres Mitglied des Vorstandes unserer holländischen Bruderpartei, gestorben. Ganz plötzlich, aus der Fülle neuer Pläne und neuer Arbeiten hat sie das unerbittliche Schicksal getroffen.

Obwohl seit Jahren zu den berühmtesten und besten Schriftstellerinnen Hollands gehörend, obwohl seit Jahren in unserer holländischen Bruderpartei hervorragend als Schriftstellerin, Rednerin und Organisatorin tätig, ist sie den deutschen Genossen doch verhältnismäßig unbekannt geblieben; erst seitdem ihr großer Roman Verthold Merian vor zwei Jahren in deutscher Sprache erschien (Verlag der „Tribüne“ in Erfurt) und seitdem von mehreren Parteiblättern abgedruckt wurde, ist sie auch den deutschen Genossen in reichem Maße bekannt geworden. In Holland gehörte sie seit langem, wie angedeutet, zu den bekanntesten Persönlichkeiten; aus einem der ältesten adligen Patriziergeschlechter Hollands stammend — einer ihrer Vorfäter in rechter Linie war der berühmte Philosoph Christian Huygens — wurde auch sie zuerst in durchaus aristokratischem Milieu auf, aber von der Natur mit einem starken revolutionären Temperament begabt, kam sie bald, als ihre Eltern frühzeitig starben und sie in freier Angelegenheit sich ausleben konnte, zu starkradikalen Anschauungen und betätigte sich zuerst in der bürgerlich-frauenrechtlerischen Bewegung Hollands. Als sie dann in einer der großen allgemeinen wirtschaftlichen Krisen ihr ganzes Vermögen verlor, mußte sie die Schriftstellerei aufgeben und wurde Musiklehrerin. In dieser Stellung wirkte die Not neue und starke Impulse in ihr, und als sie dann 1883 nach Amsterdam überiedelte, trat die gewaltige Gärung, in der in Amsterdam damals alle Kreise, besonders aber die Arbeiter lebten, ein übriges, um ihr revolutionäres Temperament voll zum Durchbruch zu bringen.

Socialistin aber wurde sie auch damals noch nicht; erst ganz allmählich, stufenweise, aber um so innerlich fester und gesicherter kam sie zu uns. Vollkommen gelang dies erst, als sie 1892 in Amsterdam neben Philosophin auch Defonomie studierte; über die Brücke der bürgerlichen Defonomie kam sie zu Marx und Engels und da schrieb sie ihren Roman „Verthold Merian“, ihr socialistisches Glaubensbekenntnis. Dieser Roman war in Holland ein außerordentliches Ereignis, war doch inzwischen unsere Cornélie Huygens unter den zeitgenössischen Schriftstellerinnen Hollands an die erste Stelle gerückt und diese erste holländische Dichterin ging nun so offen, so klar und absichtlich zur Socialdemokratie über!

Von da ab hat sie stets in den ersten Reihen unserer holländischen Partei gekämpft und es war gewiß nur eine Anerkennung für große Verdienste, daß sie bald in den Vorstand der holländischen socialdemokratischen Partei gewählt wurde. Diese Verdienste um unsere Bruderpartei und ihre hervorragenden dichterischen und wissenschaftlichen Arbeiten sichern ihr einen unerbittlichen Platz in der internationalen Socialdemokratie, die heute in tiefer Trauer gemeinsam mit den klaffenbewußten Arbeitern Hollands an dem frischen Grabe steht, das so viele Hoffnungen und berechtigten Erwartungen unbegreifbar vernichtet hat.

Von den Arbeiten, die unsere Verstorbene für unsere Theorie und Bewegung schrieb, heben wir nächst ihrem erwähnten Roman „Verthold Merian“ nur noch ihr in Holland gleichfalls außerordentlich viel gelobtes Märchen „Die Liebe im Frauenleben“ hervor, worin sie die sociale Seite dieser Frage in der ihr eignen scharfen und doch künstlerisch harmonischen Art beleuchtet, und ihr im vorigen Jahre erschienenen Buch „Darwin-Ware“, in dem sie, vielfach absolut original, die Einheit von Natur und Gesellschaft auf Grund der Darwinischen und Marx'schen Theorien zu erweisen sucht.

Zu Groß-Lichterfelde findet heute abend 8 Uhr im Saale des Herrn Ernst Richter, Chausseest. 104, eine besonders für Frauen sehr wichtige Versammlung statt. Genossin Alara Zeitlin wird über das aktuelle Thema der jetzigen Fleischnot sprechen. Zahlreichen Besuch insbesondere seitens der Frauen erwartet.

Die Vertrauensperson.

Aus Industrie und Handel.

Die Berliner Handelskammer hielt gestern nachmittag ihre zweite öffentliche Sitzung ab. Auf der Tagesordnung standen eine Anzahl socialpolitischer Fragen, deren Behandlung allerdings nichts weniger als socialpolitischer Geist verricht. Auf die Anfrage des Reichslandtags, ob es angebracht sei, den § 127 der Gewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Arbeitszeit für weibliche Personen auf 10 Stunden zu vermindern und die Mittagspause auf 1/2 Stunden zu verlängern sei, hatte die Berliner Handelskammer abweichend geantwortet. Diefem Bescheid schloß sich die Berliner Handelskammer nach einem Referat des Herrn James Simon an. Die Stellungnahme wurde damit begründet, daß 20 befragte Handelskammern und alle Unternehmervereinigungen die Anfrage des Reichslandtags gleichfalls verneinend beantwortet haben. Ferner würden die Frauen gegen eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ebenfalls ankämpfen, weil sie dadurch einen Lohnausfall erfahren. Die Möglichkeit längerer Arbeitszeit darf nicht eingeschränkt werden, weil nicht nur die Konkurrenzfähigkeit darunter leiden müßte, sondern einlaufende Aufträge nicht ausgeführt werden können und zum Schaden der Frauen die Frauenarbeit dann durch Männerarbeit ersetzt werden würde. Auch juristische Gründe wußte einer der Handelskammerherren gegen die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit anzuführen. Durchschlagend war sicherlich der Grund des Kommerzienrats Manheimer, der in der Verkürzung der Arbeitszeit eine Beschänkung in der Ausübung der Betriebsanlagen erblickt. Bei Durchführung eines früheren Arbeitsgesetzes vor Sonn- und Festtagen drohen einzelne Unternehmer, die Forderung der Socialdemokratie auf fünfständige Arbeitszeit an diesen Tagen wahrzunehmen.

Ein Antrag des Kommerzienrats Jacob u. Gen.: eine Abänderung des § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes zu beantragen, wurde dahin erledigt, daß die Handelskammer sich bereit erklärte, einer Resolution des Verbandes der Berufsgenossenschaften, die sich mit dem Antrag Jacob deckt und eine Herabsetzung des Referendums verlangt, zuzustimmen.

Mit der Regelung der Nahrungsmittelkontrolle beschäftigte sich ein Antrag des Centralauschusses gewerblicher und landmännlicher Vereine. Es wird darin verlangt, daß ein Nahrungsmittelkontrolleur aus Männern der Wissenschaft und des Handels gebildet werden soll, dessen Gutachten bei Erlaß von Bestimmungen durch den Polizeipräsidenten usw. gehört werden soll. Während man diesem Teil des Antrages zustimmte, wurde der zweite Teil, der eine Erweiterung des § 10 des Nahrungsmittelgesetzes dahin befürwortete, daß die bestehenden und anerkannten Geschäftsräume nicht als Nahrung und Täuschung betrachtet werden sollen, abgelehnt.

Als anknäpfend salienten die Herren der Handelskammer den Antrag der deutschen Kaufleute zu betrachten, der die Kammer ersuchte, ihren Einfluß geltend zu machen, daß in Zukunft der Uchulir-Ladenschluß Gesetz werden sollte, wenn nicht wie bisher 7/8, sondern die Hälfte der in Betracht kommenden Gewerbetreibenden sich dafür aussprechen. Dieser Antrag wurde kurzgehandelt erledigt und der Vorsitzende gab seiner Auffassung Ausdruck, daß, wenn der Uchulir-Ladenschluß eingeführt werde, dann der Siebennur-Schluß gefordert werden würde und schließlich der dauernde Geschäftsschluß. Einen Bericht über die Tätigkeit der socialpolitischen Kommission des Handels- und Gewerbetreibenden, der die Auslegung von Linien zahlungsunfähiger Revisionen in der Handelskammer und andren Orten verlangte, um allen von wirtschaftlichem Mißgeschick Betroffenen die Erlangung dauernd unmöglich zu machen. Dann folgte eine geheime Sitzung.

Der Rückgang des Eisenerzums in den Vereinigten Staaten von Amerika wird nicht und mehr auch von denen angegeben, die ihr noch vor wenigen Wochen zu feigenen suchten. Die Fachzeitung „Iron Age“, die noch bis vor kurzem recht übertriebene Berichte über den amerikanischen Eisenerzmarkt brachte, sagt nach telegraphischer Meldung aus New York in ihrer soeben erschienenen letzten Nummer über die Lage, trotz der anscheinend günstigen Lage seien viele Eisenindustrielle davon überzeugt, daß die aufsteigende Entwicklung ihren Höhepunkt überschritten habe und jetzt die entgegengesetzte Tendenz bestehe.

Entwicklung des britischen Genossenschaftswesens. Das englische Arbeitsamt veröffentlichte jenen die jüngste Statistik über die britischen Genossenschaften. Nach ihr war der Umsatz in den Konsumabteilungen der vier Großverkaufs-Organisationen im 2. Quartal 1902 5 985 633 Pfd. Sterl. gegen 5 710 244 Pfd. Sterl. im 2. Quartal 1901. Das bedeutet eine Zunahme um 209 289 Pfd. Sterl. oder 7 Proz. Verkäufe und Umsatz der Produktabteilungen der schottischen und englischen Großverkaufs-Gesellschaft betragen im 2. Quartal 1902 1 180 161 Pfd. Sterl. gegen 1 088 020 Pfd. Sterl. im 2. Quartal 1901, was einer Zunahme von 92 141 Pfd. Sterl. oder 8,5 Proz. gleichkommt. Die Einzelheiten ergibt folgende Tabelle:

England und Wales	Konsum-Abt.	Jahrl. der Vereine Umsatz im 2. Quartal		Zunahme in Proz.
		1902	1901	
Schottland	Konsum-Abt.	1 180 161	1 088 020	8,5
	Produkt-Abt.	460 816	441 675	4,8

Französische Kapitalanlagen in Rußland. Kürzlich veröffentlichte das französische „Journal officiel“ einige Angaben über die Höhe der von französischer Seite in Rußland angelegten Kapitalien. Nähere Mitteilungen über diese Kapitalanlagen bringt die „Revue hebdomadaire“, die das in Rußland untergebrachte französische Kapital im ganzen auf fast 7 Milliarden Franc berechnet. Hier von sind über 6 Milliarden in russischen Staatspapieren und Eisenbahnobligationen und etwa 90 Millionen in finnischen Fonds angelegt; auf Immobilienbesitz entfallen 17 Millionen, auf Renten 18 Mill. und auf Handels- und Gewerbe-Unternehmungen 702 Millionen. Letztere verteilen sich auf die Hauptzweige in folgender Weise: Nordrußland 25 Millionen, Centralrußland 242 Mill., Südrussland 300 Mill. und Polen 180 Mill. In Nordrußland kommen u. a. auf: Metallurgie 12 1/2 Mill., Cement 3 Mill., Chemikalien 2 Mill., Gas 3 Mill. und auf Konserven 3 Mill. Franc, in Centralrußland auf Metallurgie 146 Mill., Seide 37 Mill., Gas und Electricität 13 Mill. und Bauunternehmungen 3 Mill. Franc. In Polen ist die Verteilung in der Hauptsache folgende: Metallurgie und Steinbohle 132 Mill. und Bauunternehmungen 34 Mill. Franc. In diesen Daten sind diejenigen belgischen Unternehmungen mit enthalten, welche durch französisches Geld ins Leben gerufen worden sind.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft und ihre Angestellten. Nach Beendigung des großen Berliner Straßenbahnerstreiks im Jahre 1900 erklärte sich die Direktion bekanntlich damit einverstanden, daß eine Vertrauensmänner-Kommission der Straßenbahner alle halbe Jahre die Wünsche und Beschwerden der Angestellten in gemeinschaftlicher Sitzung mit der Direktion vorzubringen habe. Mit der Einberufung dieser Konferenzen hat es bis jetzt immer ebendillig gehandelt. Verschiedentlich mußte erst die Presse darauf auf-

merklich machen, daß die Zeit zur Abhaltung einer Konferenz längst gekommen sei, so auch das letzte Mal. Nach langem Warten hat die Konferenz dann endlich am letzten Freitag stattgefunden. Vertreten waren mehrere Mitglieder der Direktion, sowie sämtliche Vertrauensmänner der einzelnen Bahnhöfe. Den Vorsitz führte Direktor Kühlewien. Seitens der Angestellten waren der Direktion unter andern folgende Wünsche unterbreitet worden:

Die Gewährung eines Anfangsgehälts von 95 M. (jetzt 85 M.) steigend nach 5 Jahren auf 120 M. pro Monat. Für den Fall der Ablehnung für Schaffner und Fahrer Kilometergehalt von 50 Pf. resp. 1 Mark. Reumtändige Dienstzeit für Schaffner; Anstellung der Ersatzfahrer und Schaffner innerhalb sechs Monaten. Eine zur Dienstzeit zu rechnende Halbtagezeit von 12 Minuten an den Endstationen pro Stunde. Einen zehntägigen Urlaub pro Jahr (jetzt fünf Tage). Das Verbot, Strafgehalt vom Lohne abzuziehen, event. vierteljährliche Rechnungsablage über die eingezogenen Strafgehalt. Ferner möchten Schaffner, die Fahrer werden wollen, nicht in eine niedere Lohnklasse zurückversetzt werden. Weiterzahlung des Gehalts bei militärischen Übungen. Alsdann möchten alle Angestellten, welche vor Eintritt in den Fahrdienst bei der Gesellschaft als Stallleute usw. beschäftigt waren, in die gleiche Gehaltsklasse eingereiht werden, als wenn sie dauernd im Fahrdienst gestanden hätten. Außerdem waren noch eine Reihe kleinerer Wünsche geäußert, die sich auf die freien Tage, Kleidung, Dienstregelung und allgemeine Dinge bezogen.

Die Direktoren waren nun zwar so freundlich, sämtliche vorgebrachten Wünsche durch die verschiedenen Vertrauensmänner begründen zu lassen, doch das war auch rein alles. Sie sagten überall „wohlwollende Prüfung“ zu bei Dingen, die keine Geldkosten verursachen. Sobald aber der leidige Geldpunkt bei irgend einer Forderung auch nur ganz entfernt in Betracht kam, da verhielten sie sich strikte ablehnend. So z. B. erklärten die Direktoren Kühlewien und Warholdt, an eine Gehaltszulage oder Dienstzeitverlängerung sei in absehbarer Zeit gar nicht zu denken. Sie gaben wohl zu, daß die Löhne hoch und die Lebensmittel teuer seien, doch auch ihnen gäbe niemand eine Teuerungszulage! (Bei 100 000 M. Jahresgehalt!) Als einer der Vertrauensmänner darauf hinwies, daß die ablehnende Haltung der Direktoren bei den Straßenbahnern nicht besonders freudig aufgenommen werden würde, da meinten die Herren: Das beste Mittel, die Zufriedenheit unter den Angestellten zu erhalten, sei, derartige Forderungen überhaupt gar nicht erst zu stellen, dann läme auch niemand in die Verlegenheit, sie abzulehnen. Der Dienst sei spielend leicht; eine geringere tägliche Dienstzeit zu verlangen, wäre einfach eine Dreifachzeit! (1) Bei den hohen Löhnen sei die Bewilligung eines zehntägigen Urlaubs von vornherein ausgeschlossen! Was die Strafgehalt anbelange, so könne es vielleicht von Nutzen für die Angestellten sein, wenn die Strafen noch erhöht würden, weil dann wohl weniger Verstöße vorkommen würden. Ueberhaupt ständen sich die Straßenbahner mit ihrem festen Gehalt doch bedeutend besser als andre Arbeiter, insofern sie hätten sich auch gar keinen Grund, alle halbe Jahre mit unerfüllbaren Forderungen zu kommen. Was für die Angestellten zu leisten sei, werde auch ohnehin geleistet.

Nach diesen Ausführungen der Direktoren haben sich auch die hoffnungsvollsten der Vertrauensmänner gesagt: Die gemeinschaftlichen Konferenzen sind im Grunde genommen nichts als eine Komödie, die nur auf eine vorteilhafte Wirkung nach außen berechnet ist. Auch die bescheidensten Forderungen der Straßenbahner werden von dieser Gesellschaft jederzeit abgelehnt werden.

Sam Streik der Kohrleger und Hesser.

Eine imposante Versammlung tagte am Donnerstag im großen Saale der Brauerei Friedrichshain; die Zahl der Anwesenden betrug, da auch viele Frauen erschienen waren, über 3000. In seinem einleitenden Referat gab Wiesenthal zunächst bekannt, daß bis jetzt 111 Firmen mit 854 Arbeitern den neuen Tarif unterschrieben anerkannt haben. Feiner teilte er mit, daß auf Einladung des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz am Mittwoch drei Mitglieder der Lohnkommission und der Obermeister Grün auf dem Gewerbegericht zu einer Vorbesprechung zusammengetreten sind. Hierbei haben die Arbeitervertreter jedoch in der bündigsten Form erklärt: Die Unternehmer möchten sich bezüglich der eventuellen Verhandlungen keinen Illusionen hingeben, sie seien nicht aus irgend einem Gefühl der Schwäche, sondern lediglich aus Berechnungsgründen der Einabnahme des Gewerbegerichts-Direktors gefolgt. Das Resultat der Besprechung war eine beiderseitige Erklärung, daß den angeregten Verhandlungen nichts im Wege stände, und werden diese voraussichtlich schon am Sonnabend vor dem Einigungsamte stattfinden können. — Allgemeine Heiterkeit erregte die Wiedergabe eines Gesprächs des Referenten mit einem Unternehmer. Aufknüpfend an die Hoffnung der Arbeitgeber, daß die Kohrleger und Hesser durch die am 1. November erforderliche Mietzahlung vielleicht zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit gestungen würden, ist dem Unternehmer gesagt worden: „Wiegen Sie sich nicht unnütz in trügerischen Hoffnungen, die Streikenden zahlen ihre Miete ebenso pünktlich wie sonst, im übrigen ist die Verbandsklasse im Stande, die Kosten des Streiks noch mindestens 10 Wochen lang zu decken.“ Darauf hat der Unternehmer erwidert: „Jehn Wochen halten wir es nicht mehr aus; ich glaube sogar, schon die nächsten Tage müssen uns eine Einigung bringen.“

Einen Sturm der Entrüstung entsetzte aber die Schilderung von dem über alle Begriffe rücksichtslosen Vorgehen der Polizei gegen die Streikposten. Nur ein Wink, eine telephonische Meldung der Unternehmer genügt, um innerhalb kürzester Frist ein Aufgebot von uniformierten und nichtuniformierten Polizeibeamten gegen die Streikposten auf die Weine zu bringen. Letzteren wird der Aufenthalt in ganzen Straßen zugebieten verboten; Sicherungen über Sicherungen erfolgen, wobei dann die Feststellung der Personalisten eine ganz ungebührlich lange Zeit dauert. Vor einigen Tagen sind sogar zwei Mann, die absolut nichts verbrochen hatten, nach dem Polizeipräsidium transportiert und dort eine Nacht hindurch in einer Einzelzelle eingesperrt worden. Kurz es ist, als wenn die Polizeibehörde gar keine Ahnung davon hätte, daß in Deutschland ein Koalitionsrecht existiert. Unter stürmischem Beifall der Versammlung kündigte der Referent an, daß die Lohnkommission alle Fälle von polizeilichen Übergriffen mit den nötigen Beweismitteln der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterbreiten wird, damit diese zu gegebener Zeit den richtigen Gebrauch davon machen kann. Nachdem noch eine Anzahl Diskussionsredner im selben Sinne gesprochen und zu unbedingter Einigkeit ermahnt hatten, nahm die Versammlung in beifolgender Stimmung einstimmig eine Resolution an, welche den Ausführungen des Referenten zustimmt und sich mit der Taktik der Lohnkommission, besonders mit deren Zustimmung zu den Einigungsverhandlungen einverstanden erklärt, wobei aber betont wird, daß die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen kein Zeichen von Schwäche ist.

Durch Verrat von Gewerkschaftsmitgliedern (Sirch, Dunder) ist der Streik der optischen Arbeiter in Rathenow vorzeitig beendet. Die Vorstandsmitglieder spielten sich — wie man uns schreibt — folgendermaßen ab: Am 14. Oktober wurde in einer Versammlung der Streikenden beschlossen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Die Firma Ritsch u. Günther erklärte auf Anfrage, daß sie nur gezwungen erscheinen und auch dann nur eine Erklärung abgeben würde, verhandeln wollte.

sie nicht. Die Streikleitung war sich darüber klar, daß dieser schroff ablehnende Standpunkt nicht das letzte Wort der Firma sei, sondern daß der Umstand, daß die Hochkonjunktur in der optischen Industrie sich von Mitte Oktober bis Ende Dezember dauert, für den Streik überaus günstig sei, und wenn die Streikenden noch 14 Tage bis drei Wochen aushalten, die Antwort der Firma Ritsch u. Günther eine ganz andre sein würde. Anders die Herren vom Gewerbeverein, sie hatten keinen Mut mehr und knüpfen Verhandlungen an. Zunächst erklärten sie, im Namen aller Streikenden verhandeln zu wollen. Das wurde vom Geschäftsführer Herrn Ritsch abgelehnt, der den Herren sagte, daß er mit ihnen nur als Vertreter des Gewerbevereins verhandeln wolle. Er forderte eine Liste der ausständigen Mitglieder des Gewerbevereins und gab dann den Befehl, daß alle mit Ausnahme von zwei Mann, die aber auch nur andre Arbeit als früher verrichten sollen, ihre Plätze wieder einnehmen sollen. Daraufhin fand eine Versammlung der streikenden Gewerkschaftler statt, in welcher in Gegenwart des Generalrats-Mitglieds A. Ritsch beschlossen wurde — mit 17 gegen 4 Stimmen — die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Es hatten sich damit 23 Streikbrecher der Firma zur Verfügung gestellt. Das geschah zur gleichen Stunde, als die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes von ihrem Vorstand die Zustimmung zur Fortsetzung des Streiks in die Hände bekamen. Nun bedachte man, daß vom Metallarbeiter-Verbande 123 Streikende und vom Gewerbeverein 23 vorhanden waren. Nun mußten auch seitens des Verbandes Unterhandlungen versucht werden. Diese wurden schroff abgelehnt. Sowohl der Gauweiler Hofstad als auch der Streikleiter Rasait wurden abgewiesen. Am 30. Oktober fand abermals eine Versammlung der Streikenden statt. Die Herren vom Gewerbeverein waren eingeladen, jedoch nur ein Vertreter erschienen, der nicht umhin konnte, seine eignen Verhandlungsgegenstände preiszugeben. Nach eingehender Beratung wurde die Aufhebung des Streiks beschlossen, weil mit den Streikbrechern und event. mit Zustimmung von Ueberwinden usw. die Firma sich aus der Not bezaubern lassen und auf einen Erfolg nicht mehr zu rechnen ist. So haben also die 23 „Helden“ den Streik mit Gewalt beendet, sie haben ihre guten Plätze in der Fabrik gerettet und der Gewerbeverein behält seinen Gewahrgelten auf der Straße. Wie ein Führer einer Arbeiterorganisation es zugeben kann, daß in seiner Gegenwart über den Kopf von der überwältigenden Mehrzahl der Streikenden hinweg ein solcher Beschluß gefaßt wurde, das mag der Mann bei den seinen verantworten. Die Rathenower Arbeiter kennen jetzt ihre Leute!

Löcher! Um Irrtümern vorzubeugen, erklären wir hiermit, daß die Arbeitsvermittlung nach wie vor durch den Vorkaufsbescheid im Gewerkschaftshaus vollzogen wird und jede andre Form der Arbeitsvermittlung nicht statthaft ist. Ein endgültiger Beschluß des Junglingsvorstandes ist uns bisher noch nicht zugegangen, vielmehr beabsichtigt derselbe, in eines in den nächsten Tagen stattfindenden gemeinschaftlichen Sitzung einige Verbesserungsvorschläge dem Geseleauschaft zu unterbreiten. Ob dieselben für uns annehmbar sind, entzieht sich noch unserer Beurteilung und wird in der am Freitag, den 7. November, bei Keller, Koppente, 29, stattfindenden Versammlung durch den unterzeichneten Bericht erstattet werden. Wir erziehen die Vertrauensleute der Bauten, auch für die Zukunft streng danach zu sehen, daß jeder auf einem Bau anfangende Kollege den Arbeitsvermittlungsdienst des R. H. H. besetzt.

Ein Arbeitswilliger. Seitens der streikenden Meißler wird uns mitgeteilt, daß der Arbeitswillige Ahlgrimm, der vor einiger Zeit des Nachts Streikbrecherdienste leistete, sich am Tage aber als Streikender aufführte, um die Unterstützung einzuschleusen, jetzt als Werkführer tätig ist. Er trägt bei der Arbeit stets einen Revolver bei sich, den er seiner Umgebung mit der Bemerkung zeigte, daß er „gegebenenfalls“ davon Gebrauch machen werde. Unter welchen Umständen nach Ansicht des Streikbrechers der „gegebene Fall“ eintritt, ist nicht recht verständlich. Sollten denn die andern mit dem Revolverhelden zusammenarbeitenden Streikbrecher so gefährliche Leute sein, daß man in ihrer Gesellschaft nicht ohne Waffen erscheinen kann? Anständige Arbeiter haben für solche „Helden“ nur Verachtung übrig, und gegen diese kann man bekanntlich mit Revolvern nichts ausrichten.

Ausland.

Die Streiks in Frankreich im Jahre 1901.

Das Arbeitsamt veröffentlicht seinen Jahresbericht von 1901. Danach haben im Berichtsjahre 523 Streiks stattgefunden, an denen 111 414 Streikende (100 096 Männer, 10 299 Frauen und 1109 junge Leute) in zusammen 6970 Betrieben beteiligt waren. Diese Streiks haben den Verlust von 1 862 030 Arbeitstagen verursacht. Im Durchschnitt kamen also 15 Streiktage auf einen Streikenden gegen 11 Tage im Jahre 1900. Den Anteil der einzelnen Industrien betrachtet, giebt folgendes Bild: In der Textilindustrie waren 600 Streiks mit 12 381 Streikenden zu verzeichnen; Papierindustrie 86 Anstöße mit 8573 Streikenden; Transportgewerbe 67 Anstöße mit 36 636 Streikenden; Metallindustrie 68 Streiks mit 7779 Personen; Bergbau 20 Streiks mit 19 454. Bei 363 Streiks gehörten die Ausständigen entweder alle oder teilweise einer Organisation an; das Vorhandensein eines Unternehmer-Verbandes wurde bei 146 Streiks festgestellt. Regelmäßige Unterstützung seitens der Arbeitervereinigungen an ihre streikenden Mitglieder wurden nur in 29 Fällen konstatiert. Das Resultat der Streiks war folgendes: Nur 114 mit 9364 Streikenden waren für die Arbeiter erfolgreich; 195 mit 44 356 endeten durch Vergleich und 214 Streiks mit 57 064 Streikenden gingen für die Arbeiter verloren. Von den Ursachen der Anstöße kommen in erster Linie in Betracht die Forderungen der Lohnherabsetzung entweder allein oder mit andern Forderungen zusammen. 68 Proz. aller Streikenden (274 Streiks) waren aus diesem Grunde in den Ausland getreten. Außerdem wurden gegen eine Lohnherabsetzung 57 Streiks mit 4576 Streikenden geführt; 69 Streiks wurden um Herabsetzung der Arbeitszeit geführt. Ein besonderes Kapitel bilden die gerichtlichen Verfolgungen und Verurteilungen, die infolge der Streiks verhängt wurden. Insgesamt wurden 330 Verurteilungen, teils Geld-, teils Gefängnisstrafen, verhängt. Davon entfallen auf den Vergarbeiter-Streik von Montceau les Mines allein 95, auf die Hafenarbeiter von Marseille 87, Wäcker von Lyon 21 usw. Von dem Besch von 1892, betreffend das Einigungs- und Schlichtungsverfahren, wurde in 142 Fällen oder 27 Proz. der Konflikte Gebrauch gemacht, in 65 Fällen mit Erfolg.

Die Ausperrung der Brüsseler Vergolder ist beendet.

Verfammlungen.

Berliner Gewerkschaftskommission. In der am 30. Oktober stattgefundenen Versammlung der Delegierten, an der auch die Vorstände der Gewerkschaften teilnahmen, machte der Sekretär A. Ritsch eine Reihe auf die Gewerbegerichtsfrage bezügliche Mitteilungen, u. a. daß die Gewerkschaftskommission Flugblätter an die in Betracht kommenden Gewerkschaften verteilt, welche die sämtlichen auf die Wahl bezüglichen Bestimmungen in ganz ausführlicher Weise enthalten, desgleichen stehen der Gewerkschaftskommission und somit den Gewerkschaften Wahl-Legitimationsformulare in hinreichender Anzahl zur Verfügung. Bezüglich der letzteren bemerkt Ritsch noch, daß sämtliche Polizeibehörden angewiesen und verpflichtet sind, die Wahl-Legitimationen, abgesehen von der Feststellung der Richtigkeit des Wählers, ohne weiteres abzustempeln. Redner ersucht die Gewerkschaften noch um thätigste Agitation. Alsdann erstattet Ritsch den Bericht von der Arbeitslosen-Konferenz. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen legte derselbe auf die Verhandlungen, die sich um die Arbeitslosenversicherung drehten. Diese Verhandlungen hätten zunächst den Vorteil gehabt, daß durch dieselben die bürgerliche Gesellschaft, mehr als das bisher durch andre Verhandlungen geschehen konnte, auf das Problem der Arbeitslosenversicherung aufmerksam gemacht worden sei. Die Verhandlungen hätten aber auch gelehrt, daß sich auch die Gewerkschaften noch viel eingehender als bisher mit dieser Frage beschäftigen müßten. Erstens sei dadurch überhaupt nur die Möglichkeit gegeben, daß die Gewerkschaften einmal die Träger dieser Versicherung werden könnten. Zum andern lasse sich aber auch nicht bestreiten, daß die Gewerkschaftsvertreter auf der Konferenz, die zwar durch den Stuttgarter Beschluß in ihrer Stellungnahme gefestigt waren, gegenüber der Fülle neuer Gesichtspunkte, die auf der Konferenz entwickelt wurden, nicht eine vollständig sichere Stellung hatten. Trotzdem könne aber auch keinem der auf der Konferenz vorgebrachten Probleme rücksichtslos zugestimmt werden. In der Diskussion plädierte Ritsch für den lehrteren Ausführungen Ritsch bei. Wenn man sich nicht auf den ehergerigen berufs-egoistischen Standpunkt stellen wolle, dann können sich auch die Gewerkschaften nicht ganz der Frage verschließen: Was wird aus denen, die keine gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung haben und nicht haben können? Aus diesem Grunde werden die Gewerkschaften auch kaum in der Lage sein, ihren jetzigen Beschluß aufrechterhalten zu können, wenn der Staat erst einmal der Frage praktisch näher tritt. Schumann (Transportarbeiter): Daß die Stellung der Gewerkschaftsvertreter auf der Konferenz eine unsichere war, hat seine Ursache lediglich darin, daß sich die Gewerkschaften bisher mit der Frage viel zu wenig beschäftigt haben. Redner hat schon jetzt die Ansicht gewonnen, daß der Stuttgarter Beschluß nicht aufrecht zu erhalten ist. Daß es aber Verufe gäbe, die die Arbeitslosen-Unterstützung in ihren Gewerkschaften nicht einführen können, bestreite er ganz entschieden. Aber wenn auch die Gewerkschaften schließlich nicht die Träger der öffentlich-rechtlichen Versicherung sein werden, so haben sie doch im eigenen Interesse die Pflicht, in der Frage in unsanftener Weise praktisch vorzuarbeiten, damit sie bei der allgemeinen Einführung das Wort ihrer praktischen Erfahrung in die Waagschale werfen können. Nach seiner Meinung sei die Ansicht, die Berufsvereinigungen zu Trägern der Arbeitslosen-Versicherung zu machen, gar nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Natürlich müßte die Verwaltung auf paritätische Grundlage gestellt werden. Ritsch (Buchdrucker): Bei der Regelung der Arbeitslosenversicherung dürfe unter keinen Umständen die Lohnfrage in den Hintergrund gestellt werden. Bezüglich der Arbeitslosen-Versicherung sei es nicht gut, sich schon jetzt von dem Stuttgarter Beschluß zu entfernen. Bei der öffentlich-rechtlichen Regelung der Frage haben die Gewerkschaften unter allen Umständen das Recht der Priorität zu beanspruchen. Dieselben haben ferner ein Recht, darauf zu dringen, daß die prinzipiellen Grundlagen, auf denen sich die heutige gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung aufbaut, nicht verworfen werden.

Es folgen dann die Berichte verschiedener Gewerkschaften über Streiks und Lohnbewegungen. Vergolder Späthe giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die in Aussicht stehenden Verhandlungen zu einem annehmbareren Ergebnis führen werden. Ritsch berichtet über die Lohnbewegungen im Transportarbeiter-Verbande. Ritsch über den Streik der Meißler. Die bevorstehende Lohnbewegung der Meißler, über welche Ritsch berichtet, wurde dem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen. Zur Rentierfrage der Lössler teilte Ritsch mit, daß die Durchführung derselben in diesem Jahre so gut wie gar keine Schwierigkeiten gemacht habe, wenigstens nicht von Seiten der Unternehmer. Dagegen führt derselbe lebhaftes Bedauern, daß manche Kategorien der übrigen Bauernse, ganz besonders die Puffer, den Lösslern hierbei allerlei Schwierigkeiten machen, und bittet deshalb, dahin zu wirken, daß diese unwürdige Stellung zu dieser für die Lössler höchwichtigen Frage aufgehoben wird. Der Vertreter der Puffer suchte diese gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz zu nehmen, er stieß dabei aber auf den Widerspruch der Versammlung. In den Lohnbewegungen der verschiedenen Branchen der Metallindustrie teilte Ritsch mit, daß es in diesem Jahre in größerem Umfang gelungen sei, auch für die verschiedenen Gruppen der Metallindustrie tarifliche Verträge einzuführen, so daß auch hierin die Metallarbeiter anderen Gewerkschaften bald nicht mehr nachstehen dürften — trotz der Bemühungen der Rühnenmänner.

Unter Verschiedenem teilte Ritsch mit, daß sich die hiesige Gewerbe-Inspektion zwecks Feststellung der Lage des Arbeitsmarktes an die Gewerkschaftskommission gewandt und um deren Mitarbeit ersucht habe. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip mit der Beteiligung einverstanden und verwies die Angelegenheit behufs Feststellung der Grundlagen usw. an den Ausschuss.

Die Verlesung der Präzisenliste ergab das menschenwürdige Neben nachstehende Vertreter: Elektromonteur, Formenstecher, Kassenbeamte, Lagerhalter, Technisches Bühnenpersonal.

Der Wahlverein Nieder-Schönhausen (Bezirk Prenzlau) hielt am 28. Oktober eine Versammlung ab. Ritsch hielt einen Vortrag über „Transpaul und Polen“. Sodann wurde Kahlow in die Lokal-Kommission und Girard und Keller zu Bezirksassessoren gewählt.

Reichens. Am 20. Oktober fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Rückstände in der Fabrik von Altenberg.“ Genosse Quast kritisierte in kurzen Umrissen das Verhalten der dort beschäftigten Arbeiter. Dieselben seien bis vor einiger Zeit im Textilarbeiter-Verbande organisiert gewesen, haben aber jetzt sämtlich der Organisation der Rühnen angehört. Hätten die Arbeiter von diesem unüberlegten Schritt abgesehen, so würden eine Reihe von Rückständen in dem Betriebe nicht vorerhöht sein. Wie der Redner ausführte, sollen die Bestimmungen über die Sonntagruhe und die Verknüpfung weiblicher Personen mehrmals überschritten worden sein. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen: „Das Bureau der Versammlung solle wegen Ueberschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit beim Gewerbe-Juzepetor Anzeige erstatten.“ Sodann gab Schumann den Bericht als Vertrauensmann der Gewerkschaften. Der Kassenbeamte im letzten halben Jahr war: Ummann im M. Bestand 327,75 M., Ausgabe 106,80 M., bleibt Bestand 220,95 M. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Schumann, Vertrauensmann, Max Schröder und Heinzel Revisoren.

Kreis Zettow-Beesow. Eine öffentliche Kreisversammlung fand am 30. Oktober in Schönberg statt; in derselben erstatteten die Vertrauensleute Bericht. Darauf wurden zu Vertrauensmännern für das nächste Jahr die Genossen Paul Sirch, Charlottenburg und August Schnell, Charlottenburg gewählt. Zur weiblichen Vertrauensperson wurde Frau Marie Thiel-Zeupelhof wiedergewählt. Dieselbe hatte im verflohenen Jahre eine Einnahme von 194 M., der eine Ausgabe von 373 M. gegenübersteht, so daß etwa 114 M. an die Centralkasse abgeliefert werden konnten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das englische Unterrichtsgehe. London, 31. Oktober. (W. T. B.) Unterhaus. Paragraph 8 der Unterrichtsliste ist mit 165 gegen 69 Stimmen nach einer zwölfstündigen Beratung angenommen worden. Die Regierung hat verschiedene Verbesserungsanträge angenommen und mehrere Zugeständnisse gemacht; alle Anträge, die von der Regierung bekämpft wurden, sind mit einer großen Stimmenmehrheit verworfen worden. Der betreffende Paragraph ist einer der größten Streitfragen in dem Gesetzentwurf.

Köln, 31. Oktober. (W. T. B.) Der ehemalige Reichstags-Abgeordnete und Alterspräsident Lingen ist heute Abend gestorben.

San Francisco, 31. Oktober. (W. T. B.) Ein Adelsgramm des Präsidenten von Guatemala an den Konsul in San Francisco besagt, es sei wahr, daß der Ausbruch des Vulkan Santa Maria erfolgt, aber kein Schaden angerichtet sei.

Berlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. **Sterzu 2 Weilagen.**

Partei-Nachrichten.

Die Socialdemokratie im höchsten Norden. Aus Tromsø wird dem norwegischen „Socialdemokraten“ gemeldet, daß der Parteigenosse Dr. Alfred Eriksen von einer Vortragsreise aus den nördlichsten Orten des Landes zurückgekehrt ist.

Der Genosse Albert Schmidt sendet und folgendes: Während meiner dreijährigen Gefängnisstrafe, die ich vom 30. Oktober 1899 bis 30. Oktober 1902 teils im Strafgefängnis in Gommern, teils im Strafgefängnis in Halle a. S. verbrachte, sind mir am Jahreswechsel, am Geburtstage und aus freundschaftlichen Anlässen aus dem Wahlkreise Halle-Aschersleben, dem 14. und 15. sächsischen Wahlkreise, aus Leipzig, Wuzgen, Berlin und Magdeburg aus den Kreisen der Parteifreunde, so viele Beweise von Teilnahme und Liebe zugegangen, daß mir es unmöglich ist, jedem einzeln zu danken.

Allen Freunden und Bekannten, die sich meiner während der schweren Strafschast so liebevoll erinnern und meiner Familie beistand und fördernd zur Seite standen, sei hiermit innigster Dank ausgesprochen.

Magdeburg, den 30. Oktober 1902. Hohepfortstr. 49a, III.

Albert Schmidt, Journalist.

Sociales.

Begutachtung von Unfallsfolgen.

Als der Arbeiter G. Rißlag am 20. April 1897 in einer 4 Meter tiefen Erdgrube arbeitete, wurde ihm von oben ein Schiebkarren voll Ziegelsteine auf den Kopf geschüttet, so daß er schwere Kopfverletzungen erlitt. Nachdem er sieben Wochen in ärztlicher Behandlung gewesen, nahm er die Arbeit wieder auf. Obwohl er öfter über „dummes Gefühl“ im Kopfe zu klagen hatte, das allmählich schlimmer wurde, arbeitete er doch circa 2 1/2 Jahre, ohne Entschuldigungsansprüche geltend zu machen, vornehmlich infolge seiner Unwissenheit über seine Rechte. Die Verletzungen traten jedoch endlich so heftig auf, daß R. doch veranlaßt wurde, sich an die Berufsgenossenschaft (Kordöhl Bau) zu wenden. Der Vertrauensarzt Dr. Rothenburg begutachtete die Erwerbsbeschränkung auf 30 Proz. und danach erhielt R., der sich mit dem Bescheide zufrieden gab, vom 2. Februar 1900 an, eine Rente von 30 Proz. Die Kopfschmerzen und Schwindelanfälle wurden jedoch bei R. immer heftiger; er konnte gar nicht mehr arbeiten und deshalb verlangte er endlich 1901 die Vollrente. Er wurde mit seinen Ansprüchen jedoch in allen Instanzen abgewiesen, weil der Vertrauensarzt Dr. Rothenburg und der Geheimne Medizinrat Dr. Veder die Verschlimmerung des Leidens nicht auf den Unfall, sondern auf „hohes Alter und Nierenkrankheit“ zurückführten.

Am 2. Februar wurde die Sache wieder aufgenommen, da Dr. Rothenburg jetzt, nach er den R. unterdes mehrmals behandelt hatte, eine Verschlechterung als Folge des Unfalls zugab. Da wartete jedoch die Berufsgenossenschaft mit dem Gutachten eines Special-Vertrauensarztes Dr. Kömmerer auf, der jetzt seinerseits die „Nierenkrankheit“ als Ursache der Verschlimmerung in dem Zustande des R. wieder ansah. Vom Schiedsgericht, vor dem R. jetzt durch einen Sekretär des Berliner Gewerkschaftsbureaus vertreten wurde, wurde nun auch Dr. Veder nochmals zu einem Gutachten aufgefordert. Dieser gelangte inzwischen gleich dem Dr. Rothenburg auch zu der Ueberzeugung, daß erstens seit April 1901 wesentliche Verschlechterungen in dem Zustande des R. eingetreten seien, daß die nervösen Affektionen zugenommen hätten und leicthelde Alterationen hinzugezogen seien, die nach ärztlicher Erfahrung als Folge des Unfalls anzusehen seien. Er schätzte die Erwerbsbeschränkung des R. indes nur auf 60 Proz. Nach mündlicher Verhandlung kam das Schiedsgericht jedoch zu der Ueberzeugung, daß dem R. 90 Proz. Rente zuzubilligen seien. Die Berufsgenossenschaft gab sich, gestützt auf das Gutachten ihres Dr. Kömmerer, damit noch nicht zufrieden, sondern legte Rekurs ein. In letzter Stunde jedoch, nachdem auch Dr. Rothenburg zu der Ueberzeugung gekommen war, daß dem Verletzten 90 Proz. der Rente gebühren, zog sie den Rekurs zurück, und so bekommt endlich der Arbeiter seit 15. April 1902 eine Rente, die er schon seit Jahren hätte bekommen müssen.

Versicherungspflicht der Hausrührer. Die strittige Frage, ob und unter welchen Umständen Hausrührer in Berlin invalidenversicherungspflichtig sind, hat das Reichs-Versicherungsamt in einer Reihe von Beschlüssen von Fall zu Fall beantwortet, deren Inhalt wir nachstehend zusammenfassend wiedergeben. Nach § 3 des Invalidenversicherung-Gesetzes ist eine Beschäftigung, für welche als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, keine versicherungspflichtige. Zum freien Unterhalt gehört aber nach § 15 der Anleitung des Reichs-Versicherungsamts vom Dezember 1899 nur dasjenige Maß von wirtschaftlichen Gütern, das zur unmittelbaren Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse des Arbeitnehmers erforderlich ist. Deshalb ist vom Reichs-Versicherungsamt Versicherungspflichtigkeit stets dann angenommen, wenn die freie Wohnung über den Bedarf des Arbeitnehmers hinaus einen selbständigen Vermögenswert darstellt. Die viel Wohnräume zum Bedarf erforderlich sind, ist von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse des Hausrührers zu entscheiden. Die Behauptung der Ehefrau und noch nicht sozial selbständiger Kinder gehört zu der Selbsthaltungspflicht des Familienhauptes. In der Regel ist für eine alleinstehende Person in Berlin ein Raum für Befriedigung des freien Unterhalts ausreichend. Von diesen allgemeineren Grundfällen ausgehend, gelangte das Reichs-Versicherungsamt zu folgenden Entscheidungen in Einzelfällen: 1. Für eine alleinstehende Person reicht als Unterhalt Stube oder Küche; Stube und Küche begründen die Versicherungspflicht. 2. Für 2 Personen genügen 2 Räume, z. B. Stube und Küche; Stube, Kammer und Küche machen versicherungspflichtig.

Als beschäftigte und eventuell versicherungspflichtige Person ist nicht stets die Person zu erachten, mit der der Vertrag geschlossen ist, sondern die, die wirklich thätig ist und nach der Absicht der Parteien thätig sein soll. Es ist also in der Regel die Ehefrau eines außer Hause arbeitenden Mannes, der durch Vertrag die Hausreinigungsstelle übernommen hat, und nicht der Ehemann eventuell versicherungspflichtig. Da das Behaltungsbedürfnis der Familienmitglieder mit zu berücksichtigen ist und in der Regel dem Mann, nicht der Frau, die Unterhaltspflicht der Kinder obliegt, so hat das Reichs-Versicherungsamt in den Fällen, wo nur Stube und Küche als Entgelt für die Reinigung gewährt ist, folgende Grundfälle ausgesprochen: 1. Der Ehemann ist nicht versicherungspflichtig. 2. Die Ehefrau, die thätig die Reinigung übernimmt, ist in der Regel versicherungspflichtig. Eine Ausnahme liegt nur dann vor, wenn die Ehefrau wegen Erwerbsfähigkeit und Vermögensunzulänglichkeit des Ehemannes die Erbsicherung der Familie ist. 3. Eine Witwe ohne Kinder ist versicherungspflichtig, eine mit ungewachsenen Kindern zusammenlebende Witwe ist nicht versicherungspflichtig. Bei der Entscheidung, ob ein Kind erwohnt ist, ist nicht nur das Alter, sondern auch die Frage entscheidend, ob das Kind miterwohnt oder mit-

zuerwerbend in der Lage ist. So hat das Reichs-Versicherungsamt einen fünfzehnjährigen arbeitsfähigen Sohn als nicht unerwachsen erachtet.

Ist für die Hausreinigung Geld als Entgelt vereinbart, so liegt Versicherungspflicht vor. Ist aber Geld verabredet, dies aber wird ganz oder teilweise gegen die Wohnungsmiete verrechnet, so wird der Fall so behandelt, als ob freie Wohnung vereinbart sei. Ist endlich teilweise freie Wohnung vereinbart, so ist der als frei gewährt anzusehende Teil der Wohnung entscheidend.

Gesundheitschutz der Arbeiter. Zu den Bestrebungen auf Verbot des Weisweiß schreibt uns ein Fachmann, daß es auch nötig ist, zu beachten, daß noch einige andre Weisfarben, namentlich Rennige und die in der Wollensfärberei und Wannenfabrikation noch viel gebräuchteren verschiedenen Rannonen von rotem, orange und gelbem Weischromat auch die Gesundheit der dieselben herstellenden und benutzenden Arbeiter und Arbeiterinnen schwer schädigen.

Versammlungen.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 11. Wahlbezirk fand am Donnerstag in Graumanns Festsälen, Rannhustr. 78, statt. Das Referat über: „Die Berliner Kommunalverwaltung“ hatte Stadtvordere Dr. Alfred Bernstein übernommen. In Anknüpfung an die in der Stadtverordneten-Versammlung an demselben Tage geführte Debatte entwickelte er die kommunalen Forderungen der Socialdemokratie, der herrschende Kommunalfreimut hat durch seine Energielosigkeit die Rechte der Selbstverwaltung preisgegeben. Das Verständnis für die sozialen Aufgaben der großen Kommune Berlin ist in den liberalen Kreisen nicht mehr vorhanden, und nur der Weisheit der Socialdemokratie kann es gelingen, die dringenden Reformen im Schul- und Verkehrsweisen, in der Wohnungsfrage, der Kranken- und Jrenhauszustände herbeizuführen. Die Behandlung aller Arbeiterfragen durch die freistimmige Majorität hat gezeigt, daß hier der unerschöpfte Unternehmungsgeist herrscht. Diese Wahl, die für unsterblichen Genossen Meyner zu erfolgen hat, muß der Bourgeoisie klar machen, daß in Zukunft die dritte Wählerklasse der Arbeiterschaft gehört. In der sich sehr lebhaft gehaltenen Diskussion sprachen die Genossen Stumpe, Peter, Gordel und Stadtvordere Gottfried Schulz. Eine aus Amerika hier anwesende Genossin, Frau Lehrerin Kalle, erklärte ihre freudige Zustimmung zu den Ausführungen des Vortragenden, und schloß, daß die amerikanische Socialdemokratie in den Gemeindefeldern denselben Kampf gegen die Vertreter des Kapitalismus zu führen habe. Unser Kandidat Emil Voigt zerstückte ein Flugblatt der Freistimmigen, die sich ihrer Forderungen nur vor den Wahlen zu erinnern wissen. In seinem Schlußwort richtet der Referent einen Appell an die Versammlung, die eifrige Agitation für die Wahl des Genossen Voigt zu betreiben, so daß am 5. November Voigt nicht nur gewählt werde, sondern eine noch größere Stimmzahl auf sich vereinige als der verlorene Genosse Meyner. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß am Sonntagmorgen eine Flugblattverteilung von Grundmann, Rannhustr. 78 aus stattfindet.

Zweiter Wahlkreis. Der Wahlverein hielt am Mittwoch eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende verlas zunächst die Namen der 9 im verflochtenen Halbjahre verstorbenen Mitglieder, deren Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Sodann gab Fellmer den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen einschließlich eines Bestandes des vorigen Halbjahres von 73,49 M. 2414,19 M., die Ausgaben 2376,25 M., so daß ein Bestand von 37,94 M. verbleibt. Den Vertrauensleuten wurden insgesamt 2050 M. überwiehen. Die Mitgliedszahl ist bedeutend gewachsen; es fanden 302 Neuaufnahmen statt. — In dem Vorstandsbericht führte Wolderstki aus, daß der Stand der Organisation günstig ist, doch lassen es die neueretretenen Mitglieder recht oft an dem nötigen Eifer für die Arbeiten der Partei fehlen. Es sollte mehr darauf gehalten werden, daß jeder einzelne seine besten Kräfte einsetzt. Der Vorstand hat sich mit einigen Differenzen befassen müssen, und besonders hat die Beschwerde gegen den Genossen Ewald zu größeren Auseinandersetzungen Anlaß gegeben. Der Vorstand traf in dieser Sache einen Entschluß, durch den die Anträge beider Parteien abgelehnt wurden. Der Umstand, daß mehrere Mitglieder mit den Biletts von Festlichkeiten sehr unpünktlich abrechnen, gab dem Vorstand zu dem Vorschlag Veranlassung, daß diese Abrechnung innerhalb 4 Wochen nach der Festlichkeit erfolgen muß. Diese Bestimmung wurde von der Generalversammlung angenommen. Das Protokoll des Parteitags soll den Mitgliedern gegen ein Entgelt von 10 Pf. verabfolgt werden. Ferner machte der Vorsitzende noch darauf aufmerksam, daß verschiedene Veränderungen in der Liste der Zahlstellen eingetreten sind, daß die Anzahl der Zahlstellen von 16 auf 12 zurückgegangen ist, trotz des Zuwachses an Mitgliedern, und daß deshalb eine Neuordnung und Ergänzung notwendig ist. Für die Leitung der Zahlstellen ist ein Reglement ausgearbeitet worden. — Die Sache Ewald wurde, nachdem Lent noch in längeren Ausführungen dazu gesprochen hatte, vertagt. Die Vorstandswahl, die zu einer ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte Anlaß gab, hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Wolderstki, 2. Feinmann, 1. Schriftführer Kater, 2. Friedrich, 1. Kassierer Fellmer, 2. Markmann, Revisor Karl; Revisoren: Hinge, Strecker und Welsing. Ein Antrag von der 10. und 11. Gruppe: Um eine leichtere und pünktlichere Zahlung der Beiträge zu ermöglichen, sind den Abteilungsleitern gestempelte Marken zu übergeben, die sie an die Bezirksführer weiter zu geben haben, rief eine sehr lebhafte Debatte hervor. Der Antrag wurde schließlich angenommen. Darauf erklärten mehrere Abteilungsleiter, daß sie ihr Amt niederlegen. Als dann die Debatte sehr erregt wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Die Verhandlungen sollen in einer neuen Generalversammlung fortgesetzt werden.

Vierter Wahlkreis (Osten). Der Wahlverein hielt am Dienstag eine Generalversammlung ab. Im Bericht des Vorstandes teilte Voder mit, daß die Mitgliederzahl nach der Liste 3587 beträgt, wovon aber eine Anzahl mit den Beiträgen im Rückstande sind. Seit der letzten Vereinsversammlung haben sich 76 Personen zur Aufnahme gemeldet. Verstorben sind im letzten Halbjahre elf Mitglieder. Die Versammlung ehrte ihr Andenken wie üblich. Dem Kassenbericht zufolge betragen die Einnahmen (einschließlich eines Bestandes vom vorigen Halbjahre von 112,30 M.) 2045,80 M., die Ausgaben 2817,75 M., es verbleibt also ein Bestand von 128,05 M. Für Agitation wurden 2300 M. ausgeben. Ein Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 6 des Statuts rief eine ausgedehnte Debatte hervor, die damit endete, daß folgende Aenderung beschlossen wurde: Die Wahl des Vorstandes und der Revisoren erfolgt jährlich in der Generalversammlung. Alle Halbjahre scheidet die Hälfte der Vorstandsmglieder aus und wird neu gewählt. Wiedewahl ist zulässig. Gewählt können nur solche Mitglieder werden, die mindestens seit einem Jahre einer socialdemokratischen Organisation angehören. — Darauf fanden die Neuwahlen statt. Gewählt wurden: als erster Vorsitzender Voder, zweiter August Vogel, erster Schriftführer Veseher, zweiter Guzy, erster Kassierer Thielke, zweiter Janjan, Revisor Wengels; Revisoren: Kaudale, Wase-witz und Enders.

Centralverband der Maurer (Zweigverein Berlin). Eine außerordentliche Generalversammlung aller zum Lohngebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektionen der Bager, Kaminmaler und Cementierer tagte, etwa 2000 Mann stark, am 30. Oktober im großen Kellerschen Saal in der Kuppenstr. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: „Die Vorkommnisse in der letzten Generalversammlung und die eventuelle Neuwahl der Verbandsleitung.“ — Diese Tagesordnung

hat folgende Vorgeschichte: Die letzte Generalversammlung vom 21. Oktober, die sehr schwach besucht war, hatte einen Antrag Adolf Wenzlers angenommen, der die Einberufung eben dieser Versammlung zu einem Dienstag ganz entschieden beurteilt und die Verbandsleitung beauftragt, sich in Zukunft strikte nach den Abmachungen zwischen Partei und Gewerkschaften zu richten, wozu der Dienstag der Partei als Versammlungstag vorbehalten sei. Der Antrag hatte eine große Mehrheit gefunden, obwohl Karl Panzer und Rudolph festgesetzt hatten, daß entsprechende Abmachungen noch gar nicht vorlägen. Ferner wurde am 21. Oktober ein Antrag von Paul Wenzler angenommen, wonach bei der Konstituierung der Kandidaten für die Wahl der Verbandsleitung alle in den Viertels- und Zahlstellen-Versammlungen vorgeschlagenen Kandidaten zur Wahl zu stellen sind und der erweiterte Vorstand (die Vertreterstimme) bei der Vorbereitung der Wahl nicht das Recht haben soll, einen Kandidaten von der für die endgültige Wahl festzustellenden Kandidatenliste zu streichen. In der Debatte über diesen Antrag war es zu einer heftigen Auseinandersetzung namentlich zwischen Karl Panzer und dem Antragsteller Paul Wenzler gekommen, wobei Wenzler aussprach, daß es bei der Wahlvorbereitung nicht immer richtig zugegangen sei und die Verbandsleitung die Vertreterstimme zur Jagemaßnahme zu stempeln suche. Es lag hierin der Vorwurf einer Beeinflussung der Vertreter zu Gunsten der Wünsche der Verbandsleitung. Die Verbandsleitung empfand nun das Vorgehen der Versammlung als ein Mißtrauensvotum und hielt es deshalb für rätlich, eine außerordentliche Generalversammlung um ihr Urteil zu befragen:

Ramens der Verbandsleitung schilderte Schulz ausführlich die hier kurz skizzierten Vorgänge, worauf Panzer in längerer Auseinandersetzung darauf ebenfalls einging. Er hob unter anderem hervor, daß der Wahlantrag Paul Wenzlers an sich nichts Böses enthalte, da bei der letzten Wahl schon so gehandelt worden sei, daß aber darin und in Wenzlers Ausführungen die Verbandsleitung einen ungerechten Angriff auf sich erblickt habe, den die Generalversammlung durch Annahme des Antrages unterstützen hätte. Aber die Anträge A. und P. Wenzlers allein hätten nicht zur Krise geführt, sie und die Generalversammlung vom 21. Oktober hätten nur das schon bis zum Rand gefüllte Maß zum Ueberlaufen gebracht: Es habe sich in verschiedener Weise eine weit verbreitete Mißstimmung gegen die Leitung in den Kollegienkreisen geltend gemacht. Die Beschimpfungen dieser durch die Lokallisten färbten ab. Viele Verbandskollegen schimpften gemeinsam mit den Lokallisten auf den Vänten auf die Verbandsleitung und den Vertrag mit den Unternehmern. Andre Verbandsmitglieder würden den befohlenen Leitern vor, sie lebten von ihren Groschen. Die Leiter würden auch sonst schlecht behandelt. Sie hätten 8000 Arbeiter und davon wollten 3000 ständig beschulen. Alles dies und das doppelte Mißtrauensvotum der vorigen Versammlung zusammengekommen veranlaßten die Leitung, hauptsächlich wegen der bevorstehenden Vertragsverhandlungen mit den Unternehmern, die direkte Vertrauensfrage zu stellen. Die Verbandsleitung verlangt in einem Antrage ein unbedingtes Vertrauensvotum und die Annahme der am 21. Oktober gefassten Beschlüsse.

In der folgenden, sehr langen und bewegten Debatte wurde von Paul Wenzler und von Freunden seines Wahlantrags vom 21. Oktober bestritten, daß jene Versammlung der Verbandsleitung ihr Mißtrauen ausgedrückt habe. Man habe nur die Wünsche vieler Kollegen berücksichtigt. Der Antrag der Verbandsleitung wurde gegen eine sehr große Minorität (fast die Hälfte) abgelehnt und mit geringer Majorität wurde auf Antrag Paul Wenzlers beschlossen: „Der Antrag P. Wenzlers vom 21. Oktober (Wahlantrag) ist gerecht und den Wünschen der gesamten Kollegen entsprechend. Die Versammlung bewahrt, daß der Kollege Panzer sich durch den Antrag zu groben Beleidigungen gegen den Antragsteller hat hinreihen lassen, da es dem Antragsteller ferngelegen hat, der Verbandsleitung oder der Vertreterstimme ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Ein Grund zur Niederlegung der Posten liegt nicht vor, weil der Antrag in der vorigen Generalversammlung einstimmig angenommen wurde.“

Rummehr legte die gesamte Berliner Verbandsleitung (Panzer, Puffe, Frisch, Lehmann und Schulz) ihr Amt nieder. — Die Neuwahlen müssen binnen 14 Tagen vorbereitet und vollzogen werden.

Der Verband der Fabrik-, Land-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt am Mittwoch eine Generalversammlung ab. Den Vorstandsbericht gab der erste Bevollmächtigte Bruhn. Danach hat die Thätigkeit des Vorstandes nach außen hin nur eine beschränkte sein können, an innerer Aieinarbeit ist dagegen recht viel zu thun gewesen. Hierauf verlas der Kassierer Kühle den Kassenbericht. Eingenommen wurden 1385,45 M., ausgegeben 402,11 M., so daß ein Bestand von 983,34 M. verbleibt. Die Zahlstelle hat gegenwärtig 394 männliche und 12 weibliche Mitglieder. — Weise erstattete den Bericht von der Gaukonferenz, die am 19. Oktober im Gewerkschaftshause stattgefunden hat. Bedauert wurde, daß der Antrag Berlin auf Befolgung des Gauvorsitzenden daselbst nicht zur Annahme gelangt ist. Befriedigung dagegen rief die Verlegung der Gauleitung von Potsdam nach Kitzdorf hervor, auch wurde eine gewisse Genugthuung darüber geäußert, daß die Konferenz die Einlegung einer Kommission beschloßen hat, welche bis zum nächsten Jahre die Vorarbeiten betreffs der Verlegung der Gauvorstände zu erledigen hat; für diese Kommission stellt die Zahlstelle Berlin den Obmann und wurde als solcher Funk gewählt. Weise berichtete gleichzeitig über den Stand der Bibliothek und hob dabei hervor, daß dieselbe von den Mitgliedern überaus fleißig benutzt werde. Als Bibliothekar wurde Weise und als dessen Stellvertreter Wolter gewählt. Den Bericht von der Gewerkschaftskommission erstattete Opiß; derselbe wurde als Gewerkschaftsdelegierter wiedergewählt.

Die dann folgende Neuwahl des Gesamtverbandes hatte folgendes Ergebnis: Erster Bevollmächtigter Bruhn; zweiter Bevollmächtigter (Kassierer) Kühle; dritter Bevollmächtigter Gabel; als Revisoren wurden gewählt Weise, Genthin und Semilow, und als Gaurevisor Weise. — Eine lebhafte Debatte entspann sich alsdann über die Protestbewegung der Zahlstellen Hannover u. betreffs der auf dem letzten Verbandstage beschlossenen Gehaltsregulierung der Verbandsbeamten sowie der vom Vorstande übernommenen Beitragsleistung an den Verein „Arbeiterpresse“. Die Zahlstellen Hannover und Umgegend haben an sämtliche Zahlstellen Deutschlands, mithin auch nach Berlin, ein Circular versandt, laut dessen sie alle Kollegen auffordern, sich einer in Hannover gefassten äußerst scharfen Protestresolution anzuschließen, mit dem Ersuchen, „der Vorstand und Ausschuß wollen über die Gültigkeit der diesbezüglich gefassten Beschlüsse des Verbandtages (Gehalts- und Beiträge zur Rentenklasse) eine Urabstimmung herbeiführen“. Nachdem sich eine Anzahl Redner teils für, teils gegen die in Frage kommenden Verbandstags-Beschlüsse ausgesprochen hatten, beschloß die Versammlung, über das Circular von Hannover zur Tagesordnung überzugehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. D. B. 1000. Die „Dame“ ist dabei nicht gezwungen zu schlagen. Für den Spieler entscheidet in solcher Lage allein der Wurf. B. 61. St. 5. Die Frage, ob und unter welchen Umständen die Hausrührer in Berlin versicherungspflichtig sind, finden Sie ausführlich an anderer Stelle des Blattes dargelegt. G. Sawent, C. B. 12. Rein. — A. B. 61. Sie können Pfänder lassen und den Vertrag als Schuldverding ansehen, wenn Interventionsklage erhoben werden sollte. — M. 100. Ein Anwalt in Eger ist uns nicht bekannt. Der Lohn wäre nicht pünktbar. — G. 6. 11. 1. Dazu ist nicht zu raten. 2. Fordern Sie den Wert zur Befolgung der Klage auf, legen ihm eine Frist, bis zu deren Ablauf Sie Erfüllung bezwecken, und klagten Sie dann auf Erfüllung und Schadensersatz. — C. R. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 1. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Feuerst. Gavotte.
Schauspielhaus. Hedora.
Neues Opern-Theater. (Stroll.)
Das große Licht.
Deutsches. D. Wall.
Berliner. Blüthen.
Vening. Das Theaterdorf.
Neues. Freie.
Residenz. Seine Kammerzofe.
Weiten. Die Brautflotte.
Thalia. Charles Tante. Vorher:
Gajus Valscha.
Anfang 8 Uhr:
Central. Madame Sherry.
Schiller. O. (Wallner-Theater.)
Der Biberpelz.
Nachmittags 3 Uhr: Minna von
Barneim.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater.) Der Herr
Senator.
Nachmittags 3 Uhr: Die Braut
von Messina.
Carl Weiss. Ute Römer.
Nachm. 4 Uhr: Die sieben Raben.
Luisen. Der Stadtrumpeter.
Casino. Ein Sohn des Volkes.
Kleines. Adernmann.
Wilhelm. Geschlossen.
Buntes Theater. Tochter zu ver-
heiraten. Der Hund. Quater Teil.
Lina Seubers.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Trianon. Die Liebeschokolade. (La
Bascule).
Apollo. Lustspiele. Spezialitäten.
Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Vorstellung.
Passage-Optikum. Spezialitäten.
Vorstellung.
Palast. Berliner in Steglitz.
Steidl. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Urania. Taubenjahr. 48/49.
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Jubiläumstrasse 57/62. Täglich:
Sternwarte.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
**Tausend Jahre
deutscher Kultur.**
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Passage-Theater.

Das neue Novbr.-Programm.
Agoston,
der „Witze“-König.
Der Todessprung
d. Hundes, vorgef. v. Maud Grisolda
Lotte Sebus,
das gewisse Etwas.
Yvette de Laabé,
Flammenlatz d. 20. Jahrhunderts.
neue 14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein „Boeren-Museum“
(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Do-
kumente, Handarbeiten gefangener
Boeren etc. etc.) Grösste Sehens-
würdigkeit der Jetztzeit!!

Apollo-Theater.

Heute: Vollständig neues
Spezialitäten-Programm.
Georg Hartmann. 4 Armanin.
Carmen Faur.
Taciano. 3 Nights.
Um 9 Uhr: Zum 215. Male:
Nur noch zwei Tage:
Lysistrata
Operette von Paul Lincke.
Dienstag, 4. November: Premiere
„Nakiris Hochzeit“.

Buntes Theater

(Ueberrahel.)
Anfang 8 Uhr. Köpenickerstrasse 68.
Töchter zu verheiraten.
Der Hund. - Quater Teil.
Leitung: O. Strauss.
Wiederautreten **TINY SENDERS,**
Bozena Brudsky, Marcell Salzer,
Bokkon-Lusson.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr:
Ackermann.
Eine tragische Komödie in 3 Akten.

Palast-Theater

Burgstr. 22. Direktion: R. Winkler.
Große Ausstattungs-Royalté.
Wiederzutreten d. Direktor R. Winkler.
8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:
Goldene Jugend.
Operetten-Burleske in 3 Akten
mit Gesang u. Tanz von H. Gerike.
Musik von C. Cappara.
Synchronus Riedel - Dir. R. Winkler.
Tanz-Divertissement arrang. v. d.
Ballettmeisterin Fräulein Anna Bernhard,
Igl. Tänzerin a. D.
Die neuen Kostüme aus dem Atelier
R. Schaub.

12 neue Schaunummern.

Atraktionen I. Ranges.
Anf. präc. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstrasse 77/79.
Unter neuer Direktion Carl Haverland.
Das große
November-Programm.
Franz Müller, Konzert-Sänger.
Rose Brandt, Vortrags-Soubrette.
Mademoiselle Terney, Drahtseilkünstlerin.
Mr. Frodoff, der urionische Clown.
Willi Helde, Humorist.
Smith & Graimann, Ueberrahel-Theater.
Hermann Grosch, Komiker.
Arthur Delbeast, der brillante ein-
beinige Handwerker.
Die Nelson Troupe, große Eccentric-
Burlesk-Pantomime.
Mr. de Dante, elektrischer Pianimen-
nenf.

November-Programm.

Zum Schluss:
Hermann u. Dorothea.
Poffe mit Gesang von Malisch.
Jed. Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend
nach der Vorstellung:
Familien-Tanzkränzchen.
Sonntags von 12-2 Uhr **Matinee**
bei freiem Entree.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Central-Theater

Sonnabend, 1. Novbr. zum erstenmal:
Anfang 7 1/2 Uhr.
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Maurice
Udonneau.
Sonntagabend 3 Uhr. Halbe
Preise: Der Zigeunerbaron. Abends
7 1/2 Uhr: Madame Sherry. Montag
und folgende Tage: Madame Sherry.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72-73.
Zum **Charleys Tante.**
467. Male: Die sieben Raben.
Anfang: Charleys Tante. 8 1/2 Uhr.
Vorher: Cassia Pascha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung. Sonntagabend
3 Uhr: Die zärtlichen Verwandten.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstrasse 132.
Nachmittags 4 Uhr. (Kleine Preise):
Die sieben Raben.
Kindermädchen in 9 Bildern von
Curt Junge.
Abends 8 Uhr:
Ilse Römer.

Wilhelm-Theater.

Friedrich-Strasse 236.
Begen Privat-Festlichkeit:
Keine Vorstellung.
Morgen Sonntag, 2. November:
Nachmittags 3 Uhr. (Halbe
Preise): Das Nibel ohne Geld.
Abends 8 Uhr: Die Anna-Ilse.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstrasse 31.
Der Stadtrumpeter.
Gosse mit Gesang von B. Kammhilt.
Anf. 8 Uhr. Vorher: 10-2 Uhr. Kaffe,
Zwischen- und Künstlerabend und
Warenhäuser u. Weichem.
Morgen nachmittags 3 Uhr zu kleinen
Preisen: Die Grille. Abends 8 Uhr:
Der Stadtrumpeter. Montag: Der
Stadtrumpeter.

Bernhard Rose-Theater.

Badstr. 58.
Sonntag, den 2. November 1902:
Kyritz-Pyritz.
Große Gasse mit Gesang und Tanz
in 5 Bildern v. H. Willen u. O. Fontinus.
Anfang des Konzerts 5 Uhr,
der Vorstellung 6 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Metropol-Theater.

Berlin bleibt Berlin.
Große Ausstattungs-Poffe
mit Gesang und Tanz in
5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Moyer-
Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi.
Henry Bender. Flora Sidig.
Kansi Reichsberg. Wini Grabitz.
- Johanna Inker-Schatz.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend nachmittags 3 Uhr:
Minna von Barneim.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. G. G. Lessing.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Eine Diebstomödie
von Gerhart Hauptmann.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Der Tartuff.
Hierauf: Der Arzt wider Willen.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Montagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater).
Sonnabend nachmittags 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von
Friedrich Schiller.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz
v. Schönthan und Gustav Kadelburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Montagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Casino-Theater

Lothringers-Strasse 37.
Ein Sohn des Volkes.
Anfang: Sonntag 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Die
Verkäuferin“ dazu Spezialitäten.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute
Gr. Extra-Theater-Vorstellung:
Die Näherin.
Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Cirkus Schumann

Sonnabend, den 1. November 1902,
abends 7 1/2 Uhr:
Novitäten-Abend.
Die lustigen
Heidelberger.

Grosse Ausstattungs-Pantomime

humoristische Bilder aus dem
modernem Studentenleben
in 3 Abteilungen von Aug. Siems,
Hofballmeister; inszeniert vom
Direktor **A. Schumann.**
Erstes Debut **Trio Rossi,**
1 Dame, 2 Herren mit ihrer neuesten
Schöpfung.
Erstes Debut
Emir,
das musikalische Pferd.
Original-Dressur, vorgeführt vom
Komponisten Sign. Luigi.
Direktor Alb. Schumanns neueste
Creationen.
Sonntag: 2 Vorstellungen, nach-
mittags 1 Kind frei.

Cirkus Busch.

Sonnabend, 1. Nov., abds. 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
Grosse Ausstattungs-Pantomime.
Besonders hervorzuheben: Die
Elefantenjagd im Urwald.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Säger**
Nach jeder Vorstellung
Tanzkränzchen.
Entree: Sonntags 50 Pf.,
Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr
30 Pf., Nachmittags 30 Pf.,
Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf.

Steidl-Theater

Oranien-
burg-Thor
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
**Steidl-
Säger.**
Täglich wechselndes Programm.
Dienstag, Donnerstag, Sonntag
im Festsaal:
Tanzkränzchen.

Palast-Restaurant

Friedrichstrasse 174. Friedrichstrasse 174.
Zwischen Jäger- und Französische-Strasse.

Hierdurch gestatte ich mir die ergebene Mitteilung, dass ich das als
„Bierpalast“ begründete Bierrestaurant Friedrichstrasse 174 für meine
Rechnung pachtweise übernommen habe und unter dem Namen

Palast-Restaurant

als Special-Ausschank von nur echten Bieren fortführen werde.
Zum Ausschank gelangen:
„Original-Pilsner“
Bier aus der Pilsener Genossenschafts-Brauerei in Pilsen.
Münchener Thomasbräu und Erlanger Reifbräu.

Erstklassige Weine zu civilen Preisen.
Weine renommierter Häuser.
Vereins- und Klubräume zu coulantesten Bedingungen.
Hochnacungsvoll
Julius Löwe.

Dichter- und Tondichter-Abende

Dorotheenstrasse 13/14.
Nächsten Sonntag: 109/3
Heine-Abend.
Mitwirkende: Alwine Wiecke,
Betty Schol, Philipp Spandow u. a.
Billets à 50 Pf. mit Garderobe
und Programm i. d. Buchhand-
lungen Kantorowicz, Pots-
damerstr. 135; Freund, Kleis-
trasse 21; Chaliers-Rufsthandl.,
Weithstr. 10; Winkelmann,
Markgrafenstr. 43/44; Herrmann
u. Co., Neue Promenade 5.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Heute Sonnabend:
Militär-Konzert
Königin Augusta-Gren.-Reg. 1.
(Herr Przywarsky.)
Im Kaiser-Saal:
**Norddeutsche Säger
und Tanz.**

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater-
und Spezialitäten-
Vorstellung.
Wochentags:
Entree frei
**5 Künstler-5
Kapellen-5**
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.

Treptow. Köpnick Landstr. 27.

empfehlen sein Lokal nicht kleinem
Zaal, 250-300 Personen fassend,
zu jeder Art von Festlichkeiten.
Einige Sonnabende sind noch frei.
Bis hier 7 1/2 Uhr 10 Pf. H. Weigler.
52312*
R. Hohlwein.

Arbeiter-Notiz- Kalender 1903

Mit Illustrationen:
Berliner Gewerkschaftshaus und
in der Nachwahl gewählte
sozialdemokratische Abgeordnete.
Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Inhalts-Auszug:

Rechtsgewalt-Ergebnisse mit Nach-
wahlen. - Sozialdemokrat. Abge-
ordnete in den Landtagen. - Wink-
für die Reichstagswahlen. - Was
muss der Arbeiter von der Reichstags-
wahlen wissen? - Gesetz von der Elektri-
zität. - Ortsübliche Cagelöhne.
Gewerkschaftliche Arbeit:
Deutsche Gewerkschaften 1900-1901.
Adressen der Gewerkschafts-Organi-
sationen, Gewerkschafts-Verfahren, Ar-
beitsverhältnisse. - Die Leistungen
der deutschen Gewerkschaften. - Vom
Schlichter der Arbeit. - Die
Mitgliederzahlen der freien Gewerks-
schaften. - Ein Kapitel aus dem
Gewerkschaftsrecht.
Wie der Inhalt zeigt ist der
Kalender für
Gewerkschaften und Partei
ein praktisches und unentbehrliches
Nachschlagbuch.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Appu-
nähte. Haltbarste Arbeit. Tausen-
dige Rücken umsonst. Die Hosen
bei Entnahme von
6 Stück 25 Mk.
4 Mk. 50
Schöne Aussicht - Jackett 1 Mk. 90
Schöne Aussicht - Hose 1 Mk. 50
Schöne Aussicht - Jackett
Schöne Aussicht - Hose 2 Mk. 50
Schöne Aussicht - Hose 2 Mk. 10
Manchester-Jose 8,50, 5,25, 4,25, 3 Mk. 50
Gefütterte. Mantel-Jackett 14.-9.-
Weiße Felle-Jacketts 3,50, 2 Mk. 75
Korditor-Jacken, Preisig. 4,25, 3 Mk. -
Wasser-Stiefel 3.-, 2,50, 2 Mk. -
Regenstiefel (braun) 3.-, 2 Mk. 40
Weiße Leder-Jacketts, Preisig
7,50, 3 Mk. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mk. 75
Rückenhosen, fest u. schön, 3.-, 1 Mk. 75
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 21a, 25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 30. Vertikale 1902 wird kosten-
los und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Länge und die Schnittlänge, bei
Jacketts und Manteln die Brustweite
anzugeben. 52322*
- Versand von 20 Mk. an franco. -

Algemeine Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbe- betriebe Charlottenburgs.

Nach § 49 Abs. 3 des Kaiserlich
fürden Erlassenen zur General-
versammlung hat, wenn mehr als
ein Drittel der Delegierten während
der Wahlperiode (1. Januar 1902 bis
31. Dezember 1903) ausgeschieden ist.
Von den Arbeitgeber-Delegierten,
deren Zahl sich auf 95 stellt, sind aus-
geschieden 32 ausgeschieden, so daß in der
Erstwahl 32 Arbeitgeber-Dele-
giertere zu wählen sind.
Wahlberechtigt und wählbar sind bei
der Kasse zuständige Arbeitgeber,
welche ihr Wahlrecht auch durch be-
vollmächtigte Geschäftsführer oder
Betriebsbeamte ausüben lassen dürfen.
Die Geschäftsführer bezw. Betriebs-
beamten sind ebenfalls als Delegierte
wählbar. Die Wahl ist geheim und
wird durch Stimmzettel in einem
Wahlzuge in der Weise vorgenommen,
daß jeder Wähler 32 Namen auf einem
Stimmzettel schreibt. Das Mandat
läuft bis zum 31. Dezember 1903.
Wir berufen hiermit die nachfolgenden
Herren Arbeitgeber auf
**Freitag, den 11. November d. J.,
abends 8 Uhr,**
nach dem Saale des Volkshauses
in Charlottenburg, Köpenickerstr. 3,
zu einer Wahlversammlung ein mit
dem Bemerkten, daß der Wahlakt um
9 Uhr abends geschlossen wird.
Zur Teilnahme an der Wahl sind
nur diejenigen Arbeitgeber berechtigt,
welche sich durch eine Vollmacht legiti-
mieren können. Die Wahlkarten
werden den Herren Arbeitgebern auf
Antrag von heute ab bis zum Schluß
der Bureaustunden am 14. No-
vember cr. vom Kassabureau unent-
geltlich ausgeteilt. Geschäftsführer
bezw. Betriebsbeamte, welche in
Vertretung ihrer Arbeitgeber wählen
müssen, haben ihre Vollmacht bis zum
Wahltag im Kassabureau nieder-
zulegen. 276/5
Charlottenburg, 30. Oktober 1902.
Der Kassenverwand.
gez. Wilhelm Sabor.

Berliner Lotterie

d. techn. Commis. f. Trabrennen.
Ziehung 12. u. 13. Nov.
5038 Gewinne i. Wertes von Mk
100000
Loose à 1 Mk. - 11 Stück 10 Mk.
(Porto und Liste 20 Pfg.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 162.
Filialen: 546214
NW. Wilsackstrasse 63.
O. Andreasstrasse 46a.
SO. Oranienstrasse 177.

Alles an Platz.

Der Kasten braucht, kaufe
bei **Josef Fischer**, Roblen-
Groschhandlung, Hauptgeschäfts-
Strombergerstr. 19. Preis-
geld: Mitte Dominener-
strasse. 52612*
100 St. Entend. Briq. nur 0,55
100 - Kleinf. 7 - 0,65
1 Gr. oberhalb. Stein 1,10 u. 1,20
1 - Fruchtlohn nur 0,70
40 Handw., borgen pro Stk. 0,10

Eine Wohnungsstatistik für die westlichen Vororte Berlins.

Gelegentlich der letzten Volkszählung wurde für Berlin und die angrenzenden Gemeinden eine allgemeine Aufnahme der Verhältnisse der Grundstücke und Wohnungen veranstaltet. Die Ergebnisse für die westlichen Vororte Charlottenburg, Wilmersdorf, Friedenau, Schmargendorf und Grunewald sind vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg bearbeitet und bereits veröffentlicht worden, während eine Statistik für Berlin und alle Nachbargemeinden demnächst vom Statistischen Amt der Stadt Berlin zu erwarten ist. Bis diese Statistik vorliegt, müssen wir uns darauf beschränken, die Resultate für die westlichen Vororte mitzuteilen.

Eine der charakteristischsten Erscheinungen der Grundstücksaufnahme ist zunächst die Zunahme des Mietkassenraums; die Mietkassenerne hat in den Vorortgemeinden allmählich das Landhaus verdrängt. Von je 1000 Häusern sind in Wilmersdorf nur noch 98 einstöckig, in Friedenau 78, in der Villenkolonie Grunewald 184, in Charlottenburg 76. Dagegen weisen 4 und mehr Stockwerke in Wilmersdorf bereits 624, in Friedenau 467, in Charlottenburg 609 pro Tausend Häuser auf. Eine Ausnahme macht Schmargendorf, wo noch 331 von tausend Häusern einstöckig und nur 117 vier- und mehrstöckig sind. Auch in der Villenkolonie Grunewald ist von einem Siege des Mietkassenraums vorläufig noch nicht die Rede; es sind nur 36 pro Mille der Grundstücke vier- und mehrstöckig. Mit dem Anwachsen des Umfangs der Grundstücke, Stockwerkhöhe und Wohnungszahl steigt naturgemäß auch die Bevölkerungszahl. In Charlottenburg bezogen wir Häuser mit einer Wohnungszahl von über 200, Schmargendorf und Grunewald erreichen 66 bis 70 Personen als Höchstzahl, während sich Wilmersdorf und Friedenau mehr Charlottenburg nähern.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen hat in Charlottenburg in der Zeit von 1895 bis 1900 erheblich abgenommen. Die Aufnahme vom 2. Dezember 1895 ergab 4354 leerstehende Wohnungen; am 1. Dezember 1900 dagegen waren nur noch 975 Wohnungen unvermietet. Auch in der Art des Wohnens ist in Charlottenburg zwischen den Zählungen von 1895 und 1900 eine bemerkenswerte Veränderung eingetreten. Während nämlich die Zahl der Wohnungen in diesem Zeitraum um 40,8 Proz. gestiegen war, hatte die Bevölkerung um 43 Proz. zugenommen, und demgemäß hatte sich ihre Unterbringung in erheblicherem Maße geändert. Das Abmieten unmoblierter oder moblierter Zimmer oder von Schlafstellen bildet im wesentlichen diese andere Form des Unterkommens. In dieser Weise wurde dem Zugeuge unverbesserter Personen entsprechend Rechnung getragen. Es hat sich in der fünfjährigen Periode die Zahl der Einmieter und Chambregarnisten um 80,7 Proz., die der Schlafleute um 147,6 Proz. vermehrt. Man ersieht hieraus, daß die Bevölkerungszunahme nicht so sehr in der Form der Zunahme der selbstständigen Haushaltungen vor sich gegangen ist, als vielmehr in dem Anwachsen der Einzellebenden, und zwar leider verhältnismäßig am stärksten in der hygienisch und sittlich ungünstigsten Art der Schlafstellen. Die Ursache für diese Erscheinung ist in den teuren Mietpreisen zu erblicken, welche den Inhabern der Wohnung die Aufnahme fremder Insassen wünschenswert und dem ein Unterkommen suchenden Einmieter das Mieten besonderer Zimmer zu kostspielig machten. Der Anteil der Schlafleute betrug im Durchschnitt in Charlottenburg 28, in Wilmersdorf 16, in Friedenau 17, in Schmargendorf 8 und Grunewald 3 pro Mille der Bevölkerung, der der Chambregarnisten in Charlottenburg 40, Wilmersdorf 18, Friedenau 10, Schmargendorf und Grunewald je 11 pro Mille. Weht man von den Bewohnern auf die Haushaltungen über, so ist die Zahl der Haushaltungen ohne Einmieter und Schlafleute in Charlottenburg verhältnismäßig nicht hoch gestiegen, nämlich nur um 35 Proz., während die übrigen Haushaltungen um 75 Proz. zugenommen haben, und zwar die mit Einmietern allein um 44 Proz., die mit Schlafleuten allein um 125 Proz., und die mit Einmietern und Schlafleuten um 268 Proz.

Was nun die Mietpreise betrifft, so beträgt für ganz Charlottenburg die Durchschnittshöhe der Mieten 714 M., für Wilmersdorf 607 M., für Schmargendorf 274 M., für Friedenau 651 M. Dagegen übersteigt der Durchschnittsmietpreis in der Villenkolonie Grunewald mit 1789 M. noch den Durchschnittspreis des teuersten Stadtviertels von Charlottenburg. Läßt man die kleine Anzahl von Wohnungen, die entweder nur Küche oder ein unbeheizbares Zimmer mit oder ohne Küche enthalten, außer Betracht, so beträgt der Durchschnittspreis für Wohnungen mit einem in heizbaren Zimmer in Charlottenburg 229 M., für Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern 345 M. In Schmargendorf heizt der Mietzuschlag für das zweite Zimmer den Mietpreis um mehr als 100 Prozent (126 : 259), in Wilmersdorf und Friedenau treten etwa 50 Proz. zum Mietpreis der Einzimmerwohnung hinzu. Dagegen ist der Mietzuschlag, der für das dritte bis zehnte Zimmer gefordert wird, ein verhältnismäßig viel höherer als der, den das zweite Zimmer erzielt. Die Dreizimmerwohnung kostet in Grunewald mehr als das Doppelte der Zweizimmerwohnung; in Charlottenburg kostet das dritte Zimmer durchschnittlich 300 M. mehr, in Wilmersdorf, Friedenau und Schmargendorf über 200 M. mehr.

Den höchsten Mietpreis erzielt das heizbare Zimmer in der Kolonie Grunewald. In ihr übersteigt der Durchschnitt mit 327 Mark den aller andern Gemeinden. Er erreicht in Charlottenburg nur 76 Proz., in Wilmersdorf 70 Proz., in Friedenau 60 Proz. und in Schmargendorf nur 48 Proz. des Mietpreises, der für ein heizbares Zimmer im Vorderhause der Grunewaldkolonie gezahlt wird, in der Hinterhäuser überhaupt nicht vorhanden sind. Für Charlottenburg stellt sich der Durchschnittspreis eines heizbaren Zimmers bei Reihewohnungen auf 145 M., im Erdgeschoß auf 214, im Hochparterre auf 302 M. und im Halbgeschoß auf 189 M. Während ein Zimmer im ersten Stockwerk durchschnittlich 270 M. kostet, sinkt der Durchschnittspreis für das zweite Stockwerk auf 253 M., für das dritte auf 234 M., für das vierte auf 195 M., für das fünfte auf 171 M. Eine Sonderstellung nehmen die durch mehrere Stockwerke gehenden Wohnungen ein; ihr Durchschnittspreis beträgt pro Zimmer in Grunewald 351 M., in Charlottenburg 344 M., in Wilmersdorf 283 M., in Friedenau 209 M. und in Schmargendorf 158 M. Im ganzen bleiben Wilmersdorf, Friedenau und Schmargendorf mit ihren Durchschnittspreisen pro Zimmer erheblich hinter dem Charlottenburger Durchschnitt zurück; nur ganz vereinzelt, wohl in besonders reich ausgestatteten Wohnungen, wird ein höherer Preis erzielt.

Vergleicht man die Zahlungsergebnisse der Jahre 1895 und 1900, so ergibt sich, daß in Charlottenburg der Mietwert für eine Wohnung im Vorderhause um 23 Proz., im Hinterhause um 25 Proz. zugenommen hat. Nach der Zahl der Zimmer bilden an beiden Aufnahmeterminen die Wohnungen mit ein oder zwei Zimmern zusammen über die Hälfte aller Wohnungen (58,9 Proz. im Jahre 1895 und 56,2 Proz. im Jahre 1900). Nicht weniger als 9051 Menschen lebten Ende 1900 in überfüllten Wohnungen, und dabei gilt nach der Statistik eine Wohnung erst dann überfüllt, wenn sie aus 1 heizbarem Zimmer (mit und ohne Küche) ohne unbeheizbare Nebenräume besteht und von mindestens 6 Personen bewohnt wird. In Betracht kommen hier im ganzen 1361 solcher Wohnungen gegen 978 im Jahre 1895, und von diesen hatten 20 mit zusammen 131 Bewohnern nicht einmal eine Küche.

Vetrachten wir schließlich den Beruf und Miete sowie Beruf und Einkommen, so ergibt sich, daß von gewöhnlichen Arbeitern aller Art weitaus die Mehrzahl 200 bis 250 M. Miete zahlte. Die qualifizierten Arbeiter, die Gesellen und Gehilfen zahlten höhere Mieten. Bei den Arbeiterinnen sind die Mieten weit niedriger. 893 von 1000 zahlten bis zu 150 M., 192 über 150 bis 200 M., 283 über 200—250 und 109 über 250—300 M. Von Handverleiherinnen zahlten 224 pro Tausend bis 300 M., 271 zwischen 300 und 500 M., 203 von 500—1000 M. Das Einkommen

des Haushaltvorstandes ließ sich aus den Wohnungsarten nicht entnehmen, weil eine bezügliche Frage nicht gestellt war. Doch wurde die Frage des Einkommens nach Beruf aus den Wählerlisten ermittelt, indem der Steuerantrag auf die Wohnungsarten übertragen wurde. Allerdings mußten dabei nicht nur sämtliche weibliche Haushaltvorstände unberücksichtigt bleiben, sondern auch alle die männlichen, welche nach Angabe der gesetzlichen Bestimmungen dauernd oder vorübergehend kein Wahlrecht besitzen. Von den so berechneten 27 936 männlichen Haushaltsvorständen besaß nur etwa ein Viertel ein Einkommen von mehr als 2400 M., ein weiteres Viertel hatte zwischen 1200 und 2400 M., ein drittes Viertel 900 bis 1200 M. und das letzte Viertel 420 bis 900 M. Einkommen. Mit Ausnahme der Dentisten, Zahnärzte und Apotheker haben alle Berufsstände in der untersten Einkommen-Steuerstufe, selbst solche Berufsgruppen, von deren Mitgliedern ein Teil ein Einkommen von 100 000 M. und mehr erreicht.

Leider ist die kombinierte Auszählung von Einkommen und Wohnung, welche zuerst in Aussicht genommen war, infolge der Unvollständigkeit des Materials unterblieben. Aber auch so bietet die Statistik genug des Lehrreichen für den, der vorurteilslos auf die Prüfung des Materials herangeht. Sie zeigt, daß nicht nur die Mietpreise erheblich gestiegen sind, sondern daß auch ein immer größerer Teil des Verdienstes für die Miete erforderlich ist, und zwar nicht nur bei Arbeitern. Die Wohnungsfrage ist eben eine Frage, die alle Berufsstände in gleicher Weise interessiert, die aber nicht für sich besonders, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Reformen unseres Wirtschaftslebens ihrer Lösung entgegengeführt werden kann.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Flugblattverteilung zur Stadtverordnetenwahl. Parteigenossen und Genossen! Sonntag früh 1/8 Uhr findet für den 4. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblatt-Verteilung statt. Alle verfügbaren Genossen wollen sich im Lokale Kunkle, Wilowstr. 59, einfinden. Es ist Pflicht aller Genossen, sich an der Verbreitung zu beteiligen. Die Vertrauensleute.

Diejenigen Parteigenossen der Schönhanser Vorstadt, welche am letzten Sonntag in den Häusern Straßburgerstr. 53—59 Flugblätter verteilt haben, werden gebeten, ihre Adresse dem Vertrauensmann Karl Wünsch, Schönhanser Allee 103, zu übermitteln.

Erster Wahlfreis. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag, den 2. November, vormittags 11 Uhr, stattfindende Urania-Vorstellung hingewiesen. Zur Aufführung gelangt „Tanfand Jahre deutscher Kultur“. Billets sind noch bei Weinacht, Grünstr. 21, und am Sonntagvormittag in der Urania, Laubenstraße 49/49, erhältlich. Die Vertrauensleute.

Lichtenberg. Die Parteigenossen veranstalten am Dienstagabend 9 1/2 Uhr im großen Saale von Höflich's Lokal, Frankfurter Chaussee, einen öffentlichen Vortragabend. Zum Vortrag kommen „Die Weber“, Drama von Gerhart Hauptmann. Rezitator: Herr Ballotte. Entree 15 Pf. Während des Vortrages bleiben die Saaltüren geschlossen.

Lokales.

Schuh dem „Kommunalfreisinn“!

Die Erfahrungen zur Stadtverordneten-Versammlung, die am 3. November im 4. und im 11. Bezirk der 3. Abteilung zu vollziehen sind, werden auf freisinniger Seite als eine Art Kraftprobe betrachtet. Im 4. Bezirk, der bisher von Birchow vertreten war, rechnen die Anhänger des Freisinnus darauf, die überall vordringende Sozialdemokratie wenigstens hier noch aufhalten zu können; im 11. Bezirk, der im vorigen Herbst unfren Genossen Theodor Meurer ins rote Haus geschickt hatte, geben sie sich der Hoffnung hin, es werde ihnen gelingen, dieses Mandat noch einmal zurückzuerobieren. Man will zeigen, daß es „noch nicht aller Tage Abend ist“.

Die Mandatanten, mit denen der Freisinn in diesen beiden Bezirken auf dem Plan erschienen ist, werden als „entschieden“ liberale Männer bezeichnet. Da aber für die Wahlen die Unterstützung auch der „anderen“ Liberalen, der sogenannten „Kommunalliberalen“, nicht gut entbehrt werden kann, so sucht man in der Agitation möglichst alles zu vermeiden, was die sonst so viel geschmähten „Kommunalliberalen“ verletzen könnte. In den Reden der Freisinnskandidaten wie in ihren Flugblättern giebt sich der „entschiedene“ Liberalismus mit einer gewissen Vorsicht Selbst in dem zu Berlin SO. gehörigen 11. Bezirk, in dem die freisinnigen Worthelden wohl oder übel eine stärkere Tonart anschlagen müssen als in dem 4. Bezirk, der zu Berlin W. gehört, lassen die „Entsiedenen“ auf ihre „anderen“ liberalen Brüder doch nichts kommen. „Die Sozialdemokratie“, so heißt es in einem Flugblatt des Freisinnskandidaten im 11. Bezirk, „können nicht den Mund aufstun, ohne auf den „Kommunalfreisinn“ zu schimpfen. Das ist eine häßliche Art des Kampfes!“ Wie vornehm das klingt, nicht wahr?! Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß auch die „entschiedenen“ liberalen auf den „Kommunalfreisinn“ zu „schimpfen“ pflegten. Seit sie aber gemerkt haben, daß sie mit ihrem Scheinradikalismus keine Stimmen mehr fangen können, haben sie das „Schimpfen“ auf die „Kommunalfreisinnigen“ an den Nagel gehängt und fordern nun Arm in Arm mit ihnen die Sozialdemokratie in die Schranken.

Wir finden, daß dieses offene Eintreten für den „Kommunalliberalismus“ sehr zur Klärung der Situation beiträgt. Auch der kurzschäftigste unter den Wählern wird nun wissen, woran er ist. Wer in den letzten Jahren die Vorgänge in unserer städtischen Verwaltung aufmerksam verfolgt hat, der weiß freilich ohnedies daß die Grenzlinie zwischen den „Entsiedenen“ der „Neuen Linken“ und den „Pfaumtwächern“ der „Alten Linken“ längst verwischt ist. Der Wahltag bietet Gelegenheit, dem Scheinradikalismus Flügel des Berliner Stadtfreisinnus über das, was auch er in der Kommunal-Verwaltung gesündigt hat, die verdiente Nutztung anzustellen. Wenn am 3. November die sozialdemokratische Wählerkraft ihre Pflicht thut und vollzählig erscheint, um im 4. Bezirk unserem Genossen Dr. Leo Arons, im 11. Bezirk unserem Genossen Emil Voigt ihre Stimme zu geben, dann können unsere freisinnigen Gegner am Ende doch eine böse Ueberraschung erleben.

Zum Apotheken-Boykott.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Apothekern und der Central-Kommission sind wiederum resultatlos verlaufen. In einer Sitzung, die am Donnerstag tagte, lehnten die Apotheker nicht nur die von den Kronenlassen in der Versammlung vom 22. Oktober aufgestellten Einigungsbedingungen (siehe Versammlungsbericht in Nummer 248 des „Vorwärts“) rundweg ab, sondern zogen außerdem ihre sämtlichen, den Kassen bereits gemachten Zugeständnisse zurück. Dieses brüske und ganz unerwartete Vorgehen gegenüber den Kassen verurteilten die Apotheker mit einigen ganz deplazierten Angriffen auf die Central-Kommission zu rechtfertigen, indem sie erklärten, daß sie

das Vertrauen zur Central-Kommission verloren hätten und dann weiter die vage Behauptung aufstellten, daß die Kommission keinen Frieden haben wolle und den Kampf nur um des Kampfes willen weiter führe. Ueber die bekannte, ihren Behauptungen direkt widersprechende Thatsache, daß es gerade auch in der letzten Kassenvertreter-Versammlung wieder die Central-Kommission war, welche für die reduzierten Einigungs-Bedingungen eintrat und die höheren Forderungen zahlreicher Kassenvorstände bestämpfte, setzten sich die Apotheker einfach hinweg, da sie ja sonst ihre Beschuldigungen nicht aufrecht erhalten konnten.

Die weiteren Verhandlungen ergaben schließlich folgendes: Die Apotheker beantragten, daß von beiden Parteien ein Schiedsrichter ernannt wird, dessen Spruch sich beide Parteien bedingungslos unterwerfen. Als Schiedsrichter brachten sie den Herrn Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg in Vorschlag, der von je einem Herrn der beiden Parteien persönlich gebeten werden soll, das Amt des Schiedsrichters zu übernehmen.

Demgegenüber unterbreitete die Central-Kommission folgenden modifizierten Vorschlag: „Die Central-Kommission erklärt sich bereit, einer Versammlung von Kassenvorständen und Verwaltungsbeamten die Annahme des Vorschlages der Apotheker zu empfehlen mit der Maßgabe,

- 1. daß durch den Schiedspruch die vertragliche Verpflichtung der Central-Kommission nicht berührt wird, nach welcher unter allen Umständen die Drognisten die bevorzugten Lieferanten der freigegebenen Mittel bleiben müssen,
- 2. daß der schiedsrichterlichen Verhandlung einerseits die Zugeständnisse der Apotheker vom 30. September dieses Jahres, andererseits die Beschlüsse der Kassenvertreter-Versammlung vom 22. Oktober d. J. zu Grunde gelegt werden.“

Die Central-Kommission empfiehlt, daß zu der schiedsrichterlichen Verhandlung von jeder Seite zwei Experten ernannt werden.

Die Apotheker erklärten hierauf nach längerer Beratung, daß sie diesen Antrag erst ihren Auftraggebern unterbreiten müßten. — Es kommt nun darauf an, ob die Apotheker dem Vorschlage der Central-Kommission zustimmen und ob sich dann auch die Kassenvertreter-Versammlung mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt. Lehnt eine der beiden Parteien ab, so ist bis auf weiteres und anscheinend auf lange Zeit ein Friedensschluß nicht zu erwarten.

Ein Rezept gegen die Schutzmannsbemacht. Nach § 501 der Str.-P.-O. kann das Gericht, falls ein Versehen durch eine wider besseres Wissen gemachte oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlaßt worden ist, dem Anzeigenden die der Staatskasse und dem Beschuldigten erwachsenen Kosten auferlegen. Ansdrichter Dr. Vielesfeld-Koch empfiehlt in der „Deutschen Juristen-Ztg.“ diese Bestimmung auf die Fälle auszudehnen, in welchen die grob fahrlässige Anzeige eines Polizeibeamten vorliegt. Die Autorität und Velebtheit der englischen und amerikanischen Schutzleute beim Publikum verleihe nicht zum geringsten auf der vorsichtigen Zurückhaltung dieser Beamten und ihrer maßvollen Unternehmung wichtiger Vergehen und unbedeutender Uebertretungen. Für etwaige Mißgriffe sei der fahrlässige Beamte haftbar. Bei uns dagegen sei das Publikum durch die Gewöhnung an den Officialbetrieb und das übertriebene Eingreifen der Polizei in alle Verkehrsverhältnisse so unselbständig geworden, daß es nur in den seltensten Fällen zu Schadensersatz-Klagen schreitet. Dazu herrsche bei den Gerichten noch vielfach die bedenkliche Neigung, die Polizeibeamten möglichst zu beden. Der allgemeine Spott der Ausländer über unsre „Polizei-Macht“ und den „Subaltern-Büffel“ sei nicht ganz unberechtigt. Darum müsse bedauert werden, daß eine in der Rechtsprechung weit verbreitete Ansicht die Anwendung des § 501 Str.-P.-O. gegenüber den Anzeigen der Polizei-Organe grundsätzlich ausschließe; gerade die Staatsanwaltschaft, welche sich oft genug in öffentlicher Gerichtsverhandlung durch fahrlässige Anzeigen ihrer Hilfsbeamten bloßgestellt sehe, habe ein Interesse an der Anwendung des § 501 auf die Schutzleute. Zulässig ist die letztere zweifellos in allen Fällen, in denen ein Schutzmann auf Grund eigener Wahrnehmungen eine Anzeige in wesentlich unwahrer oder grob fahrlässiger Weise erstattet hat.

Herr Amtsrichter Dr. Vielesfeld scheint nicht zu wissen, daß manche Staatsanwälte den Begriff Wohlstellung in einem von seiner Anschauung sehr abweichenden Sinne auffassen und sein Appell an diese Hüter der Staatsautorität daher kaum viel fruchten wird.

Zur Frage der Abschaffung der Gerichtserlen haben sich nun die Vorstände der Anwaltskammern gutachtlich geäußert. Die Mehrzahl derselben soll sich, der „Deutschen Juristenzeitung“ zufolge in ablehnendem Sinne ausgesprochen haben und zwar vornehmlich aus zwei Gründen: erstens würde die Befreiung der Gerichtsabteilungen, Kanunieren u. während des Sommers (wegen der Urlaubsurlaube der Richter) fortwährend wechseln und zweitens könne der Anwalt, der doch einmal Urlaub nehmen muß, die während seiner Ferienzeit vor Gericht zur Verhandlung gelangenden Sachen nicht ausschließlich in seiner Hand behalten. Beides sei der Rechtspflege noch weniger dienlich, als die Gerichtserlen. Der Vorstand der Berliner Anwaltskammer schlägt vor, alle Veranlassungs-Sachen in den Ferien zu verhandeln und die Erhebung gewisser Rechtsstreitigkeiten zu „Ferienfällen“ möglichst zu erleichtern.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Für die folgenden städtischen Bauten wurden vom Magistrat die Pläne und Kosten vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten genehmigt: Eine achtzehnklassige Gemeindefchule in der Putzbergstraße, Baukosten 541 000 M., eine 36-klassige Gemeindefchule an einer noch nicht benannten Straße bei der Weißensalderstraße für 738 000 M. Der Bau eines zweiten Hauses für sechs Männer in Herzberge, Kosten: 164 300 M., ferner verschiedene An- und Neubauten auf Feuerwehrgelände für 73 000 M. — Da die Verhandlungen mit den Wollanschen Erben wegen Abtretung von Dauterrain zum Bau der großen Ueberbrückung des Bahnhofs-Geländes in Folge der Vorkommnisse und Zwangsmaßnahmen zu keinem Ergebnis geführt haben, hat der Magistrat beschlossen, die Enteignung des zum Bau nötigen Geländes bei den zuständigen Behörden zu beantragen. — Zum Oberarzt am städtischen Waisenhaus zu Rummelsburg wurde Dr. Erich Müller gewählt. Das Feuerwehr-Denkmal soll am Montag, den 17. November, enthüllt werden.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, Alexanderstr. 29, bildete am 25. Oktober dieses Jahres auf ein dreijähriges Versehen zurück. Das Institut hat in seinem dritten Lebensjahre an innerem Wert erheblich gewonnen, indem die Bibliothek durch Einstellung neuer Bücherbestände wesentlich erweitert und die Lesehalle durch Hinzufügung wertvoller, belehrender und unterhaltender Zeitschriften bereichert worden ist. Bei den vorgenommenen Ergänzungen haben die von den Lesern ausgesprochenen Wünsche thunlichste Berücksichtigung gefunden.

Die Benutzung des Instituts hat im letzten Jahre wiederum eine erhebliche Steigerung erfahren. Die Lesesäle wurden von 60 670 Personen, und zwar 58 201 Männern und 2469 Frauen besucht, denen die ausliegenden 450 Zeitungen und Zeitschriften jederzeit und in reichlicher Förderung und Anregung boten. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte Rauchsäule-Bibliothek

wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen und wies 12332 Bemerkungen auf.

In der **Ausleih-Bibliothek** wurden im dritten Betriebsjahre 59447 Bände verleiht, von denen 21 in Verlust gerieten. Von der Gesamtzahl entfallen 45371 Bände auf die Unterhaltungs- und Jugendbücherei und 14076 Bände auf belehrende Litteratur. Diese Ziffern werden sich im nächsten Jahre zu Gunsten der belehrenden Litteratur erheblich vermindern, weil einige wissenschaftliche Abteilungen erst seit kurzer Zeit dem Publikum zugänglich sind und andere neue Bücher der Benutzung überhaupt noch nicht übergeben werden konnten. Im ganzen sind im dritten Jahre 71779 Bücher in und außer dem Hause entlehnt worden; in den drei Betriebsjahren zusammen 172448 Bände. Der stetig wachsende Leserkreis, der jetzt 5856 Leser umfasst, dehnt sich durch alle Stadtteile bis in die Vororte hinein aus. Die verschiedenen Stände und Berufe sind wie folgt beteiligt: 3052 gewerbliche Arbeiter, 1582 Kaufleute und weibliche Handelsangestellte, 116 Aerzte und Juristen, 262 Staats- und Privatbeamte, 202 Lehrer und Lehrerinnen, 84 Studenten, 217 Seminaristen und Schüler und 391 Personen ohne Beruf.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im dritten Betriebsjahre Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 120117 Personen. Seit der Eröffnung vor drei Jahren insgesamt 294331 Personen das Institut aufgesucht. Trotz dieser hohen Besuchsziffer haben die Aufsichtsbearbeiter im Laufe der drei Jahre nur ein einziges Mal Antrag zum Einschreiten gehabt; die Haltung des Publikums war eine musterhafte. Ein dringender Wunsch vieler Besucher wird im neuen Jahre in Erfüllung gehen. Der umfangreiche Katalog der Bibliothek, dessen Drucklegung rüstig vorwärts schreitet, wird in einigen Monaten zum Abdruck gelangen und alsdann dem Publikum zu einem geringen Preise überlassen werden.

Das Institut ist nach wie vor wochentäglich in den bequemen liegenden Abendstunden von 5½ bis 10 Uhr und Sonntags von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Das **Interesse des Unternehmertums** an öffentlichen Angelegenheiten ist in diesen Tagen treffend durch eine Versammlung gekennzeichnet worden, welche sich mit der Stellung der Arbeitergeber zur Gewerbegerichtsverwaltung befaßte. Einberufen wurde im Lokal Südost, Waldemarstr. 75, abgehaltenen Versammlung war der Stadtverordnete Karl Goldschmidt. Von 710 eingeladenen Unternehmern waren im ganzen 26 erschienen. Herr Goldschmidt eröffnete die Versammlung und bestellte sich aus der kleinen Zahl der Anwesenden drei Personen zur Bildung des Bureaus. Dann begann der ebenfalls von Herrn Goldschmidt gehaltenen Vortrag, der in die Mahnung ausklang, doch ja dafür zu sorgen, daß kein Socialdemokrat zum Arbeitgeber-Beisitzer gewählt werde; es sei schon bedauerlich genug, daß die Socialdemokraten als Arbeitnehmer fungierten. Herr Goldschmidt unterließ es, ein probantes Mittel anzugeben, durch welches etwa dieser bedauerliche Zustand geändert werden könnte. Nun ging es an die Aufstellung der geforderten neun Kandidaten. Das war aber nicht so einfach, denn es mochte der eine in dem andern einen Socialdemokraten wittern, und erst nachdem Herr Goldschmidt darauf hingewiesen hatte, daß es für jede Sitzung 6 R. Entschädigung gebe, traten neun Herren mit der ausdrücklichen Versicherung hervor, daß sie keine Socialdemokraten seien. Diese Herren wurden dann auch als Kandidaten aufgestellt. Einige andre Teilnehmer der Versammlung wählte man in das Wahlkomitee. Am Ende der Ordnungsgang gegen die Socialdemokratie losgehen.

Die **Eheschließungen** sind in diesem Jahre um den 1. Oktober herum nicht so zahlreich gewesen, wie im Jahre 1901. In den vier Wochen vom 21. September bis zum 18. Oktober sind diesmal nur 3339 Ehen geschlossen worden, während im vorigen Jahre die vier Wochen vom 22. September bis zum 19. Oktober 3688 Eheschließungen gebracht hatten. In der zweiten Oktoberwoche steigt die Zahl der Eheschließungen alljährlich ihren Höhepunkt zu erreichen. Im vorigen Jahre waren in der Woche vom 6. bis zum 12. Oktober 1079 Ehen geschlossen worden, davon allein 236 am Sonnabend (12. Oktober). In diesem Jahre wurden in der Woche vom 5. bis zum 11. Oktober 1068 Ehen geschlossen, davon 232 am Sonnabend (11. Oktober). Auch in diesen Zahlen zeigt sich ein kleiner Rückgang gegenüber dem vorhergehenden Jahre.

Der **Magistrat** beschäftigte sich am Freitag noch mit dem Entwurf für eine Polizeiverordnung zur Einschränkung des Berliner Straßenhandels. Der Entwurf hat schon die Verkehrsdeputation, sowie die Deputation für die Straßenreinigung und die Gewerbe-Deputation beschäftigt, die sich dagegen ausgesprochen haben. Der Magistrat beschloß, den Entwurf der Stadtverordneten-Versammlung zur Aeußerung vorzulegen.

Bei dem **Brande im Hause Stralauerstr. 26** wurden neunzehn Personen durch die Feuerwehre dem Tode entzogen. Zwei Kinder, dem Schlossermeister A. gehörig, erlitten Brandwunden, die sich jedoch glücklicherweise als un gefährlich herausstellten. Durch das Feuer, welches die Löschmannschaften bis nachts um 2 Uhr beschäftigte, ist das ganze Grundstück, Vorderhaus sowohl wie Luergebäude, so gut wie vernichtet. — Das Feuer entstand auf dem Hausflur des Vorderhauses, woselbst der Eigentümer des Grundstücks, der Droguenhändler G. F. Reumann, acht Säck Rapptha zu lagern hatte, auf bisher unangefasste Weise. Rapptha an und für sich brennt nur wenig, aber verdunstet stark, und die Gase drangen über das Treppenhaus bis zum Dachboden, und über den Hof hinweg nach dem Luergebäude, um sich dann explosiv zu entzünden. In wenigen Sekunden bildete das Grundstück ein einziges Flammenmeer. Treppen und Türen gerieten in Brand, das Feuer drang teilweise in die Wohnungen, so daß die Löschmannschaften bei ihrem Eintreffen einen außerordentlich schweren Stand hatten. Die Bewohner des Vorderhauses wurden über mechanische Leitern, diejenigen des Hinterhauses über Halbleitern durch die Fenster gerettet. Die mit Haugeln ausgerüsteten Sapeurs gingen gegen das Feuer mit feinsten Schlauchleitungen so energisch vor, daß bereits um 11 Uhr „Feuer aus“ gemeldet werden konnte. Die Aufräumarbeiten zogen sich jedoch wie gesagt, bis 2 Uhr nachts hin und alsdann blieb auch noch eine Wache mit einer Schlauchleitung am Brandort zurück. Von den Bewohnern konnten nur zwei Familien im Hause bleiben.

Dem **Volke** muß die **Religion** erhalten bleiben. Gestern wurde in der Soldinerstraße auf dem Gesundbrunnen die Grundsteinlegung einer neuen Kirche unter den üblichen Ceremonien vollzogen. Selbstverständlich war hierbei der unvermeidliche Herr v. Mirbach anwesend. Eine sonderbare Logik: Da die vorhandenen Kirchen ohnehin schon leer sind, müssen noch neue gebaut werden.

Die neuen **Schnellzüge Berlin-Hamburg**, welche von heute abend ab regelmäßig verkehren werden (Nr. 14 und Nr. 11) führen die erste, zweite und dritte Wagenklasse und halten zwischen Hamburg und Altona auf allen Stationen. Zug 11 geht in Klosterthor vor und zu a. aussteigen. Der Berliner Zug geht heute abend 8³⁰ vom Hauptbahnhof ab und trifft in Hamburg-Altona 12⁰⁷ bzw. 12⁰⁰ nachts ein; der Hamburger Zug verläßt Altona um 7⁴⁴, Hamburg B um 8²⁰ abends und trifft in Berlin (Lehrter Bahnhof) um 11²⁰ nachts ein.

Der **80. Geburtstag** des **Rektors August Seiffert** wurde am Freitagvormittag in der festlich geschmückten Aula der 15. Gemeindefaule Kastanien-Allee 82 gefeiert. Mit den Angehörigen des großen Geburtstagskindes, dem Lehrerkollegium und den Schülern der 15. Schule waren Vertreter der städtischen Behörden, Abordnungen aus kommunalen und pädagogischen Kreisen, frühere Kollegen und in beträchtlicher Anzahl ehemalige Schüler erschienen, um dem an Lebens- wie an Dienstjahren ältesten Volksschullehrer Berlins, der nun 56 Jahre im öffentlichen Schuldienst, davon 55 im Dienste der Stadt, thätig ist und 44 Jahre an der Spitze seiner Schule steht, die Glückwünsche darzubringen. Der Rektor war vertreten durch Stadtschulrat Gerstenberg, der Herr Seiffert nach einer herzlichen Ansprache die Mitteilung machte, daß die städtischen Behörden beschließen, dem alten Herrn für den Fall seiner Pensionierung ein besonderes Gehalt zu gewähren. Für die

Stadtverordneten-Versammlung sprach Stadtprofessor Wajdel, für die Schuldeputation Stadt-Schulinspektor Stubbe. Ansprachen von Mitgliedern des Lehrerkollegiums, von verschiedenen Abordnungen, Deklamationen der Schüler und Gesang schloßen die Feier.

Die **Zahl der im Straßenverkehr Verunglückten** verunglückten Personen ist in diesem Monat gestiegen. Getötet wurden 8 Personen gegen 7 im September, während 23 Personen gegen 15 im vorigen Monat schwere Verletzungen erlitten. Unter den Getöteten befinden sich 5 Männer und 3 Knaben. Von der Stadtbahn wurde eine Person, durch Koll- und Lastwagen 4 Personen, 2 Knaben durch Wagen der großen Berliner Straßenbahn und ein Kind durch einen Wagen der Westlichen Berliner Vorortbahn getötet. Schwerverletzt wurden im Straßenbahnverkehr 18, im übrigen Straßenverkehr 10 Personen. 6 Personen von der ersten Gruppe verunglückten beim Auf- resp. Absteigen. 14 von den 23 Schwerverletzten zogen sich die schweren Verletzungen durch Ueberfahrenwerden zu, während 3 Personen bei Zusammenstoßen von Fuhrwerken erheblich verletzt wurden.

Berlin im Zeichen des Verkehrs. Das Polizeipräsidium teilt mit: Aus Anlaß der am 4. November im Lustgarten stattfindenden **Rekruten-Vereidigung** werden der Lustgarten, die Schlossfreiheit, die Schloss- und Kaiser Wilhelm-Brücke von 9 Uhr vormittags ab bis nach beendeter Feier für jeden Verkehr gesperrt.

Sechs Mark für eine goldene Uhr. Von dem großen Unbekannten will ein 17jähriger Junge, der Anleger Wilhelm Dräger aus Steinhilf, eine schöne goldene Uhr billig gekauft haben. Ein Kriminalbeamter traf den Jungen, als er in der Rosenthalerstraße einem Herrn die dreifachselige Remontoir-Uhr für 6 R. anbot. Auf die Frage, woher er denn die Uhr habe, erzählte er, sein Onkel habe sie ihm geschenkt. Als er nun aber sagen sollte, was für ein Mann dieser Onkel sei, wo er wohne usw., da geriet er in einige Verlegenheit und gab jetzt an, ein feiner Herr, der ihn unter den Linden getroffen und in den Tiergarten mitgenommen, habe sie ihm für gewisse Dienste geschenkt. Aber auch mit diesem alten Verbrechenskniff, dessen Kenntnis für den jungen Bengel bezeichnend ist, kam er nicht durch, deshalb zog er sich schließlich auf den großen Unbekannten zurück, von dem er die Uhr im „Hannestall“, einer bekannten Kaskette in der Georgenstraße, in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße, gekauft habe, und zwar auch für 6 Mark. Die Uhr ist ohne Zweifel irgendwo gestohlen worden, die Kriminalpolizei hat aber von dem Diebstahl noch keine Anzeige gemacht. Es wäre wünschenswert, daß sich der Eigentümer der Uhr, die die Nummer 12449 trägt, bei der Kriminalpolizei zur Aufklärung der Angelegenheit meldete.

Im **Magazingebäude der königlichen Theater** in der Französischenstraße gab es gestern großen Aufruhr. Die austrangierten Garderobeschränke, sowie die in den königlichen Theatern zurückgelassenen und nicht abgeholt Gegenstände wurden meistbietend versteigert. Die Auktion hatte zahlreiche Kauflustige und viel Neugierige angelockt. Auch aus der Provinz waren Bühnenleiter erschienen, um die günstige Gelegenheit zur Verankerung ihres Fundus zu benutzen. Der größte Teil der Sachen ging allerdings in die Hände der Maschenverleiher über. Quersäulen 24 „vergeffene“ Operngläser unter dem Hammer, darunter zwei kostbare Perlmuttergläser, von denen das eine mit 20 R. bezahlt wurde, während der Durchschnittspreis 4 bis 5 R. war. Es folgten viele Portemonnaies, Lognetten, Broschen, Fächer und Pompadours, Schawls, Federboas, Gürtel, Hüften u. a. Einem Besucher war sogar der Kränzel aus der Westentasche gefallen, ohne daß er es gemerkt hatte. 40 Paar Handschuhe brachten 4,60 R., 40 Taschentücher 9 R., 10 Paar Gummischuhe, die sofort in dritte Hand übergingen, 3,60 R., 24 Schirme 21 R. Den Fundstücken schloß sich dann die austrangierte Theatergarderobe an, die ca. 50 große Körbe und Pakete füllten. Ein großer Sack Tuchwaren wurde mit 1 R. losgeschlagen, ein Haufen Strümpfe mit angearbeiteten Füßen brachte 6 R., ein großer Sack Wollstrümpfe 8,20 R., ein Sack voll Stulpenstiefel 8,50 R., 5 weiße Uniformen u. a. zusammen 10 R.

Einen **tödlichen Ausgang** hat ein Fahrstuhl-Unfall genommen, der sich vor acht Tagen in dem Schneidergeschäft von Bernward Leineweber am Köllnischen Fischmarkt Nr. 4 ereignete. Die 25 Jahre alte Näherin Agnes Hoffmann vom Kottbuser Damm Nr. 7 wollte dort mit dem Fahrstuhl vom dritten Stock hinunterfahren. Als sie die Thür zum Schacht öffnete, war der Stuhl schon unterhalb Meter tiefer. Die Unglückliche sah das nicht, stürzte kopfüber in den Schacht hinein, zertrümmerte sich auf dem Fahrstuhl den Schädel und geriet mit einem Bein zwischen Stuhl und Wand. Im St. Hedwigs-Krankenhaus ist sie jetzt ihren Verletzungen erlegen.

Von einem **Nachfahrer überfahren** wurde gestern vor dem Hause Wilmersdorferstr. 56 zu Charlottenburg der 14 Jahre alte Maurerlehrling Paul Kantensschläger aus derselben Straße Nr. 134, als er für Arbeiter eines Neubaus aus einer gegenüberliegenden Werkstatt Bier holte. Er erlitt eine Armerverletzung und so schwere innere Verletzungen, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte. Den Nachfahrer, der nicht gestoppt hatte, schlug ein Polizeibeamter vor einer Tracht Prügel, die ihm die Maurer zugedacht hatten.

Zu einem **erbitterten Kampf** im „Grünen Wagen“ kam es in der gestrigen Nacht gegen 2 Uhr in der Alten Schönhauserstraße. Ein schwerer Verbrecher, welcher verhaftet worden war, sollte mit dem gewöhnlichen Sammelwagen für Gefangenentransporte nach dem Polizeipräsidium gebracht werden. Als der Verbrecher den Wagen besteigen sollte, widersetzte er sich und wild um sich schlagend, machte er den Versuch zu entfliehen. Nur mit Mühe gelang es den vereinten Anstrengungen der Beamten, den Gefangenen in den Wagen hineinzubringen, doch auch dort setzte er den Kampf noch fort. Er mußte in die Isolierzelle gebracht werden, was erst nach schweren ankämpfenden Kampfe gelang.

Nachfahrer auf Weltreisen. Die beiden Dauerfahrer Robl und Didentmann werden ihre Fahrt nach Australien Anfang November aus dem Norddeutschen Lloyd dampfer „Großer Kurfürst“ antreten. Die Schrittmacher der beiden Meisterschaftsfahrer werden am 5. November von Bremen abfahren, während R. und D., welche noch kurz vorher in Paris starteten, von Neapel aus die Seefahrt unternehmen. Robl wird von den beiden Schrittmacherpaaren Bretschneider-Steeger und Thomann-Wolf begleitet, dagegen nimmt Didentmann nur die beiden Chauffeurs Lehmann und Schmidt mit. Das Endziel ist Melbourne, wo sie voraussichtlich am 26. Dezember eintreffen und am 28. Dezember auf der dortigen Rennbahn starten werden. Falls sie gute Erfolge haben, beschließen Robl und Didentmann, welche ohne festes Engagement auf eigenes Risiko die Fahrt unternehmen, sich auch nach Südafrika zu begeben.

Poliklinik. Der Berliner Verein für häusliche Gesundheitspflege unterhält u. a. eine Poliklinik im Hause Weinbergsweg 7, I. Die Sprechstunden in den einzelnen Abteilungen, denen thätige Spezialärzte vorstehen, sind folgende: Täglich von 8-9 Uhr: Zahn- und Mundkrankheiten; von 10-11 Uhr: Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten; von 11-12 Uhr: Frauenkrankheiten; von 12-12½ Uhr: Augenkrankheiten (Kassenkranke); von 12½-1½ Uhr: Augenkrankheiten (Unbemittelte). Ferner täglich von 2-3 Uhr: Chirurgie und Orthopädie; von 5-6 Uhr: Kinderkrankheiten. Außerdem Montag, Mittwoch, Freitag von 9-10 Uhr: Innere Krankheiten und Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 9-10 Uhr: Nervenkrankheiten. Außer freier ärztlicher Behandlung erhalten bedürftige Patienten auch freie Medikamente, Milch für Kinder, Lebensmittel, Fernerung usw.

Feuerbericht. Am Donnerstagabend wurde die Wehr mehrfach in Anspruch genommen. Während noch einzelne Lüge bei dem großen Brande in der Stralauerstr. 26 beschäftigt waren, ließen von verschiedenen Seiten Feuermeldungen ein. So wurde die Wehr nach der Gontardstr. 3 gerufen, wo Gardinen und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen aufgingen. In der Rosenthalerstr. 4 mußte kurz vorher ein Brand beseitigt werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Wäschestücke und Möbel hatten in der Lotumstr. 20 in einer Schlafstube Feuer gefangen, dessen Abkämpfung indes bald erfolgen konnte. Schornsteinbrände hatte die

Wehr in der Stillerstr. 5, Langestr. 58 und in der Fruchtstr. 69 zu beobachten. In der Gipsstr. 8 waren in der Wohnstube Möbel, Kleiderstücke etc. in Brand geraten, der jedoch in kurzer Zeit erstickt werden konnte. Alarmierungen, die Donnerstagabend in der achten Stunde nach der Mitterstr. 48 und nach der Königstr. 50 erfolgten, waren aus unbedeutende Anlässe zurückzuführen. Zum Ueberfluß wurde die Wehr noch während der Nacht zum Donnerstagabend zweimal böswilligerweise alarmiert, nach der Putzstr. 27 und der Ackerstr. 129. In beiden Fällen gelang es leider nicht, der Thäter habhaft zu werden.

Reugen gefaßt. Die Personen, welche gesehen haben, wie in der Nacht vom 6.-7. September vor dem Hause Schönhauser Allee 152 ein Arbeiter von einem Manne geschlagen wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Wilhelm Haase, Tapezierer, Schönhauser Allee 141, Hof part., gelangen zu lassen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schmargendorf wird uns geschrieben: Nachdem die Gemeindevorstellung die Amtszuschuß-Angelegenheit des Gemeinde-Vorstehers Hohmann durch den Bescheid des Landrats für erledigt erachtet hat und weitere Konsequenzen zu ziehen nicht geneigt ist, sind wir genötigt, die Öffentlichkeit und vor allem die Behörden über die Sachlage zu informieren. Bei Gründung des Amtsbezirks Schmargendorf stellte der Gemeindevorsteher H. beim Teltower Kreis den erfolgreichen Antrag auf Gewährung eines Amtszuschusses für die Gemeinde, — nicht für sich selbst. Die Gemeinde leitete das gesamte Dienstverkommen ihres Vorstehers, der gleichzeitig Amtsvorsteher ist, einschließlich der Ständes- und Amtseinnahmen fest. Demgemäß führte der Gemeindevorsteher in den Vorjahren den Amtszuschuß im Gemeinde-Etat als Einnahme auf und zahlte die Beträge an die Gemeindefasse. Auch im laufenden Geschäftsjahre ist der Posten von der Rechnungskommission im Beisein des Gemeindevorstehers in den Etatsentwurf aufgenommen, vom Gemeindevorsteher aber ohne Wissen und Willen der Kommission aus der Vorlage weggelassen worden. Der Gemeindevorsteher machte er auch die gründliche Prüfung des Etats unmöglich, indem die Etatsaufstellung erst am Sitzungstage zur Kenntnis der Gemeindevorsteher gelangte. Eine nochmalige Beratung in einer späteren Sitzung lehnte der Gemeindevorsteher ab, weil der Etat angeblich wenige Tage später dem Landrat eingereicht werden müsse. In andern Orten des Kreises fand die Etatsberatung aber erst wesentlich später statt. Die unbefugte Abänderung des Etats sowie die einzigartige Behandlung der Etatsberatung liegen die bedenklichsten Ansichten auskommen. Mit der vom Landrat verfügte Rückzahlung des Betrages kam die Sache nicht erledigt sein.

In den **Nigdorfer „Kollbergen“** wurde am Donnerstagabend durch herabfallende Sandmassen das siebenjährige Töchterchen des Lederarbeiters Roditel, Selchowerstr. 3 wohnhaft, verunglückt. Auf das Geschrei anderer Kinder, mit welchen die kleine R. an der Unfallstelle gespielt hatte, eilte ein junger Mann herbei, welchem es gelang, das Kind aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Das kleine Mädchen hatte einen Bruch des rechten Oberschenkels davongetragen und wurde nach der Unfallstelle gebracht. Nachdem sie hier verbunden war, mußte die Verunglückte nach der ersten Wohnstube transportiert werden, da weder in Berlin noch in den Vororten ein Krankenhaus ein Bett für die Ausnahme frei hatte.

Die **Thätigkeit der Gesundheitskommission** in Friedrichshagen. In der letzten Kommissionsitzung erstattete der Vorsitzende, Amts- und Gemeindevorsteher Kut, Bericht über die im Sommer stattgefundenen Revisionen der Grundstücke. Mit wenigen Ausnahmen haben diejenigen Besitzer, auf deren Grundstücke von der Kommission Mängel festgestellt wurden, den behördlichen Anordnungen entsprochen. Nur in einem Falle wurde die Androhung beziehungsweise die Festsetzung einer Geldstrafe notwendig. Die vollständig befriedigende Herbeiführung familiärer Zustände wird jedoch erst durch die Vollendung der Wasserleitung und Kanalisation eintreten. Eine erneute Revision der Barbierstuben hat die Befestigung der von der Kommission gestellten Mängel ergeben. Verschiedene Handwerksmeister sind dem Wunsche der Kommission, ihre Werkstätten nicht mehr als Schlafräume zu benutzen, bereitwilligst nachgekommen. Den Bädermeistern ist auf Ersuchen der Kommission vom Amts- und Gemeindevorsteher aufgegeben worden, das Befahren der Badware nicht zu gestatten, sowie die Ware nicht unverpackt zu befördern. Die Kindersterblichkeit in der Gemeinde ist im laufenden Jahre gegen das Vorjahr bedeutend zurückgegangen. — Nach der Berichterstattung des Vorsitzenden sagte die Kommission folgende Beschlüsse: Den Händlern mit Raubgarn- und Gemüsemitteln sowie den Schank- und Gastwirten ist aufzugeben, Hunde in ihren Geschäftslokalen nicht zu dulden. Wird dem Wunsche der Kommission nicht Rechnung getragen, so wird der Vorsitzende als Amtsvorsteher ersucht, geeignete Maßnahmen gegen die betreffenden Geschäftsinhaber anzuwenden. Eine Verweisung solcher Räume, in denen von Gewerbebetreibenden Bier aus Flaschen gefüllt wird, soll demnächst erfolgen. Bei der Gemeindevorstellung zu beantragen, zur Anschaffung eines Krankenwagens die Mittel in den nächstjährigen Gemeinde-Etat einzustellen. Der Vorsitzende wird ersucht, sich mit dem Vorsteher in Verbindung zu setzen, damit den Gemeindevorsteher gestattet wird, etwa bis jetzt noch verbotene Forstwege betreten zu dürfen. Auch wird die Benutzung einiger Jagden des Hl. Köpenicker Forstreviers als Erholungsplätze in Aussicht genommen und der Vorsteher ersucht, derartige Flächen gegen eine geringe Pachtsumme auf mehrere Jahre zu überlassen.

In **Wilmersdorf** beschloß die Gemeindevorstellung auf eine von Charlottenburg aus gegebene Anregung hin die Vornahme einer Statistik der Neu- und Umbauten, sowie der leerstehenden Wohnungen am Orte. Weiter wurde beschlossen, die am Orte bestehende „Vollbibliothek“ auch auf den Ortsteil Halensee auszuweiten. Als es sich um die Richtung von weiteren Schenkungen für die Gemeindefaule in Friedenauer Ortsteil handelte, leitete der Gemeindevorsteher mit, daß nächstens die letzte fliegende Klasse, die noch am Ort bestehe, beseitigt sein werde. Das Schulhaus, welches die Gemeinde für diesen Ortsteil projektiert hat, hofft man am 1. Oktober 1904 fertiggestellt zu haben. — Die Einwohnerzahl von Wilmersdorf ist am 1. Oktober auf 89707 gestiegen.

Lichtenberg. Ueber den Stand der Eingemeindungsfrage machte Gemeindevorsteher Rietzen in der vorgestrigen Sitzung der Gemeindevorstellung folgende Mitteilungen: Auf eine persönliche Anfrage beim Magistrat von Berlin sei ihm die Auskunft geworden, daß die Berliner Kommunalbehörden die Verhandlungen mit Lichtenberg erst dann wieder aufnehmen wollten, wenn die Staatsregierung sich offiziell über ihre Stellung zu dem Plan geäußert habe. Bisher sei eine solche Klärung nicht erfolgt und so lasse sich über den Ausgang der Angelegenheit nichts vorhersehen. Der Gemeindevorsteher teilte dann noch mit, daß die Meldung einiger Blätter, wonach der Plan der Stadtverordneten noch im Landratsamt liege, irrig sei; vielmehr beschäftigte sich der Regierungspräsident mit diesem Plan. Nach einer Erörterung der Angelegenheit, die das „freundschaftliche“ Verhältnis der bürgerlichen Interessengruppen zu einander in strahlender Beleuchtung zeigte, gab die Gemeindevorstellung dem Wunsche Ausdruck, der Gemeindevorsteher möge noch einmal versuchen, in einer Audienz den Minister von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes zu überzeugen. Der Gemeindevorsteher versprach, sich in diesem Sinne bemühen zu wollen.

Gerichts-Zeitung.

Eine **Polizeistraf** schwerster Art wurde Donnerstag vor dem Schöffengericht zu Marienburg festgesetzt. Die „Kogate“

Zeitung" schreibt: Der Maurer Max Masowski stand vor der Anklage, am 16. September d. J. dem Polizeiergeanten Longowski in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes Widerstand geleistet und ihn mit dem Verbrehen des Todschlags bedroht zu haben. Die Verhandlung, welche über eine Stunde in Anspruch nahm und zu der 9 Zeugen geladen waren, ergab folgenden Sachbestand: Am genannten Tage, gegen 10 Uhr stand der Angeklagte in der Junfergasse vor dem Hause der Frau Gutjahr und unterhielt sich mit deren Tochter Verba, seiner Braut, als plötzlich der Polizeiergeant Longowski hinzukam und den Angeklagten anforderte, nach Hause zu gehen, da es schon 10 Uhr sei. Ohne den Polizeiergeanten auch nur mit einem Wort belästigt zu haben, nahm Masowski seine Braut unter den Arm, und beide schritten nun, das Gesicht wieder aufnehmend, die Straße entlang, ohne dem Zwischenfall eine besondere Bedeutung beimessend. Nachdem sie sich nun ca. 100 Schritte von dem Hause entfernt hatten, erschien der Polizeiergeant L. abermals vor ihnen, trennte das Paar von einander, schickte die Braut nach Hause und arrestierte den Masowski. Trotzdem letzterer dem Polizeiergeanten nicht den geringsten Widerstand geleistet hatte, wurde er auf dem Wege zur Polizeiwache verhaftet mit dem Säbel bearbeitet, daß er aus mehreren Wunden stark blutete und auch mehrmals betäubt wurde. Mit Hilfe eines Nachtwächters wurde Masowski schließlich zur Wache gebracht und am nächsten Tage in das Gerichtsgefängnis eingeliefert, wofür er bis zum Verhandlungstage in Untersuchungshaft saß. — Auf diese Beweisaufnahme hin wurde der Angeklagte freigesprochen. Gleichzeitig sprach der Gerichtshof sein Bedauern darüber aus, daß dem Polizeiergeanten Longowski in diesem Falle so viel Glauben geschenkt wurde und der Angeklagte so lange Zeit hindurch unschuldig im Gefängnis schmachten mußte. Ob jetzt an dem schlagfertigen Beamten ein Grenzpel statuiert wird?

Vermischtes.

Seemanns-Iiden. Aus Hamburg wird vom Freitag berichtet: Fast die gesamte Mannschaft des der „Dampfschiffs-Reederei von 1889“ gehörigen Dampfers „Siegfried“, der heute nacht im hiesigen Hafen eingetroffen ist, ist an der Beklaffte Afrika schwer an Malaria erkrankt. Nur unter den größten Anstrengungen ist es der Besatzung möglich gewesen, das Schiff bis zur Elbe zu bringen, von wo ein Kurhaverener Seelotte daselbst nach hier fernern mußte. Die Erkrankten sind dem hiesigen Krankenhaus zugeführt worden.

Reflexexplosion. Die die „Magdeburgische Zeitung“ meldet, ist gestern vormittag in Wanzleben der Dampfessel der dortigen Zunderfabrik explodiert, wobei sieben Personen schwer und einige Personen leicht verletzt wurden. Der Schornstein ist eingestürzt. Der Schaden ist bedeutend.

Hundert Leichen untergegangen. Nach einem Telegramm des „Daily Express“ aus Melbourne ist der englische Dampfer „Gentor“ auf der Fahrt nach China bei Neu-Seeland untergegangen. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Dampfer hatte außer 5000 Tonnen Kohlen für die englische Marine in Hongkong 500 Särgen mit Chinesen, die in China begraben werden sollten, an Bord. 400 Särgen waren je mit 10 Pfd. Sterk. versichert.

Zu den Vulkanausbrüchen in Guatemala besagt ein Telegramm des amerikanischen Generalkonsuls in Guatemala: Die Eruption des Vulkans Santa Maria dauert fort. Bei Quezaltenango sind vulkanische Massen in der Höhe von 8 Zoll niedergegangen. Die reichen Kaffeepflanzungen an der Küste liegen 7 Fuß unter Sand und Asche begraben. Aus dem Departement Combarua wird gleichfalls von einem vulkanischen Ausbruch berichtet. — Eine am Kaffeegeschäft interessierte Firma in San Francisco hat aus Guatemala von ihrem dortigen Vertreter ein Telegramm erhalten, welches besagt: Die Kaffezone ist zerstört; die Verluste sind enorm.

Eine Prozeßion in einem brennenden Walde. Der Bischof von Tortosa führte, wie aus Madrid berichtet wird, eine Prozeßion von einigen 10 000 Gläubigen auf die Bergspitze von Castellon, auf der ein riesiges Kreuz errichtet war. Der Weg geht durch einen dichten Wald und besteht in einem einfachen Fußpfade, der indes vielfach an schroff abfallenden Felswänden entlang führt. Plötzlich bemerkten die

Lehnen in der Prozeßion, daß der Wald hinter ihnen in Flammen stand. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Gleichzeitig bemächtigte sich ein unbegreifliches Entsetzen der weitläufigen Pilgerchar. Viele warfen sich betend auf die Knie, andre stürzten, wahnsinnig schreiend, in blinder Angst davon, zahlreiche Frauen fielen in Ohnmacht und nur wenige suchten die loslöse Menge zu beruhigen, zu sammeln und auf eine waldfreie Platte hinauszubringen. Als es endlich gelang, einen Ausweg aus dem jetzt auf beiden Seiten brennenden Wald zu finden, führte der rettende Pfad an freiliegenden Felsen entlang; alles stürzte sich in wildem Durcheinander auf den schmalen Ausweg und Hunderte stürzten dabei über den Abhang, der glücklicherweise nur einige Meter tief war. Trotzdem trugen zahlreiche Pilger schwere Verletzungen davon.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Sonntag, den 2. November, abends 6 Uhr. Schiller-Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15: Kammermusik, Rezitationen, Festvortrag, Gelang. Bei nur ersten Kräften verpricht das und vorliegende Programm einen genussreichen Abend. Der Eintrittspreis beträgt nur 50 Pf. inkl. Garderobe, Programme und Lieberlei. Frühzeitige Billettennahme in den Verkaufsstellen ist geboten, um den Andrang an der Kasse und die damit verbundene Störung zu vermeiden. Managen nicht gestattet und bleiben die Saalthüren während der Vorträge geschlossen, die Teilnehmer wollen sich daher frühzeitig einfinden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. November, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindehalle Kleine Frankfurterstr. 6: Verlesung. Freireligiöse Predigt. — Um 10 1/2 Uhr vorm. ebendort: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gerde: „Philosophen aus dem Volke.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein Stralund-Franzburg-Rügen. Sitzung am Sonntag, den 2. November, vormittags 10 Uhr, bei H. Kamion, Schönhauser Allee 135. Vortrag des Schriftstellers Max Schütte: Das Sozialistengesetz. Gäste willkommen.

Eingelaufene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW, Dönhofsstr. 2) haben eben das November-Heft ihres VIII. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor:

Paul Umbreit: Der gegenwärtige Stand des Problems der Arbeitslosen-Versicherung. — Eduard Bernstein: Parteien und Klassen. — Heinrich Baus: Die sozialdemokratische Presse und das Genossenschaftswesen. — Dr. Casimir v. Hellwig: Kommunismus und Marxismus. — Friedrich Herz: Moderne Klassentheorien. — Ludwig Radlof: Die Aufgaben der Arbeitersekretariate und des Central-Arbeitersekretariates. — Pia Claassen: Ricardo Rus. — Dr. Rudolf Wlassak: Trinkerbehandlung und Delictum. — Vorträge von Richard Galmor. — Wirtschaft von Max Schippe. — Sozialistische Bewegung von Dr. L. Gumplovica. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Reinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertraud David. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialökonomien von Dr. Leo Krona. — Revision von Paul Göhre. — Als künstlerische Beigabe bringt das Heft ein Portrait von Ricardo Rus, gezeichnet von Karl Bauer. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf. vierteljährlich 1 50 M. zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten (Postzeitungs-Katalog Nr. 7135), ferner durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Dönhofsstr. 2, Berlin SW 19. (Zulassung unter Kennzeichen oder in geschlossener Couvert). Probestummern stehen auf Wunsch kostenfrei zur Verfügung.

Schmarzbeil der Frauen in Dresden. Untersuchungen über Dresden, Verlag von D. B. Vöhrner.

23 Jahre Sturm und Sonnenschein in Südafrika. Von Adolfs Schiel, Oberstleutnant a. D. der Transvaal-Artillerie, Oberst-Kommandant des deutschen Freicorps. Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig. — Preis 10 M.

Briefkasten der Redaktion.

G. J., Eisenbahnreise. 1. Ja. 2. Geteilt seit 1. April 1878. 3. Vor der Zeitung nicht zurückzugeben, sondern Herzogtum.

J. W. 18. Die Postkarte ist am Abend des 7. Januar 1898 abgebrannt.

Junger Parteigen. 100. Die Eheanbahnung beträgt in der Regel 14 Tage. — B. W. 19. 1. Vorstandsmitglieder sind verantwortlich, soweit ihnen ein Verschulden zur Last fällt. Ein Verschulden kann bei Unterschlagungen des Kassierers in einer ungenügenden Aufsicht, Bestehen gegen die Geschäftsrechnung u. dgl. gefunden werden. Eine Haftung tritt nicht ein, wenn der Schaden aus dem Mangel eines Verschuldens eingetreten wäre. 2. Ja, soweit damals eine Schädigung stattfand. 3. 30 Jahre. 4. Nein. — K. B. 99. 1. Zur Erreichung des Armenrechts lassen Sie sich vom

Armenkommissions-Vorsicht beschleunigen, daß Sie außer Lage sind, die Prozeßkosten zu bezahlen. Dann reichen Sie das Mittel dem Gericht ein, vor dem der Prozeß zu führen ist — in Ihrem Fall das Armenrecht —, legen dar, welche Tatsachen und Beweismittel Sie ansühren wollen, um Ihren Anspruch zu rechtfertigen, und beantragen Bewilligung des Armenrechts. Das Armenrecht in erster Instanz des Armenrechts bewilligt, so brauchen Sie kein neues Mittel der Armenrechtsbewilligung. Es genügt dann die Bewilligung auf die für die erste Instanz erfolgte Bewilligung des Armenrechts und die Darlegung, welche Gründe Sie gegen das erste Urteil geltend machen und wie Sie Ihre Behauptungen beweisen wollen. In allen solchen Fällen ist der schriftlichen Frage an und ein Vortrag in der juristischen Sprachsprache unter Vorlegung des Materials vorzuziehen. 2. Nein. — W. R. 8. Mit dem sogenannten Unfallzusatz verbält es sich wie folgt: Beträgt das Krankengeld weniger als 1/2, des bei der Berechnung bestelben zu Grunde gelegten, also im Allgemeinen des ursprünglichen Tagelohnes (ob eine andere Berechnung zutrifft, ergiebt das Krankentafelgesetz), so ist das Krankengeld für die Zeit vom 29. Tage nach Eintritt des Unfalles (den Unfalltag nicht mitgerechnet) ab bis zum Ablauf der 13. Woche bis auf die 1/2 zu erhöhen. Beträgt das gesetzliche oder statutenmäßige Krankengeld, das der Verletzte aus einer oder mehreren Kassen zusammen zu beanspruchen hat, bereits 1/2, des bei der Berechnung bestelben zu Grunde gelegten Arbeitelohnes oder mehr, so steht dem Verletzten ein Anspruch auf einen Unfallzusatz nicht zu. Der Zuschuß ist von der Krankenkasse zu zahlen und wird dieser vom Unternehmer erachtet. Lesen Sie also Ihr Statutenbuch durch oder sprechen mit demselben in der Sprachsprache vor. — W. R. 10. 1. Nein. 2. Bei der Zinnung. — W. 11. Eine solche Einordnung ist unfruchtbar nicht ergangen. Nachgehend sind das Gesetz vom 18. Juni 1884, die Ministerialerlasse vom 18. Juni 1884, 20. Januar 1885, 4. 3. 85, 20. 5. 85, 6. 12. 90, 12. 2. 91, 14. 6. 91, 1. 4. 96, 3. 2. 98, 31. 10. 98, 31. 1. 99. In diesen ist nur eine mindestens vierwöchentliche vorherige Frist zur Prüfungsbewilligung bei den Prüfungsbekanntmachungen für die Zulassung vorgeschrieben. Grundsätzlich ist dies ebenfalls bei der dortigen Polizeibehörde oder der Zinnung, ab etwa notwendige eine Prüfungsordnung mit dem von Ihnen angegebenen Inhalt ergangen ist. — Abonnent Sp. Die auf die Hauszahl 1111 in Bezug lebende Vorchrift des Schlagworts und Fleischbeschaugesetzes lautet: Bei Schlachtkörpern, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, darf, sofern sie keine Merkmale einer die Gesundheit bedrohenden ansteckenden Erkrankung zeigen, die Untersuchung vor der Schlachtung und, sofern sich solche Merkmale auch bei der Schlachtung nicht ergeben, auch die Untersuchung nach der Schlachtung unterbleiben. Eine gewerkschaftliche Verwendung von solchem nicht untersuchtem Fleisch ist verboten. Als eigener Haushalt ist der Haushalt der Schlachter, Fleischhändler, Gast-, Schenkwirtschaften und Speisewirtschaften anzusehen. — Nachtwächter. 1. und 2. Auf Privatwächter eines gewerblichen Betriebes, z. B. einer Brauerei, finden die allgemeinen Vorschriften über Arbeit und Beschränkungen der Sonntagsarbeit keine Anwendung. Nach § 1036 der Gewerbe-Ordnung finden die Sonntagsruhe-Vorschriften unter anderem auf die Benutzung der Betriebsanlagen keine Anwendung. Bei diesen Überwachungsarbeiten sind aber die Unternehmer verpflichtet, falls die Arbeiter länger als drei Stunden bauen oder falls die Arbeiter die Arbeiter an der Besuche des Gottesdienstes hindern, jeden Arbeiter einmündig an jedem dritten Sonntage volle 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntage mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends von der Arbeit frei zu lassen. 3. Die Adressen der Gewerbe-Inspektoren finden Sie im Adresskalender zweiter Teil. — Schmidt. Auf die Arbeiten der Schuhmacher finden die allgemeinen Vorschriften über Sonntagsruhe gewerblicher Arbeiter Anwendung. Sie dürfen in Fabriken und Werkstätten an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Für die Schuhmacher in handwerklichen Betrieben gilt die bundesrätliche Ausnahmeverordnung, daß der Betrieb an sechs Sonn- und Festtagen bis 12 Uhr mittags gestattet ist, falls die sechs Sonntage von der Polizeibehörde freigelegt sind, oder, wo dies nicht gestattet ist, die Beschäftigung vor dem Beginn der Ortspolizeibehörde angezeigt ist. — W. W. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — K. P. Leber nein. — G. A. 23. 1. Ja. 2. Nein. — G. Gannich. Sie sind nicht vermögenssteuerpflichtig. Legen Sie den Sachverhalt im Termine dar. — Alter Abonnent. 20. 1. Ja. 2. und 3. Mit Genehmigung der Friedhöfs-Inspektion und der Angehörigen. 4. Ja.

Witterungsüberblick vom 31. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.
Eminende	760 B			Zwölfig	7	Oberranda	740 B			Zwölfig	0
Hamburg	763 B			Zwölfig	6	Petersburg	751 B			Regen	5
Berlin	762 B			3bedeckt	6	Cort	770 B			Zwölfig	9
Frankf./M.	764 B			2bedeckt	7	Überdorn					
Wien	765 B			4bedeckt	5	Paris	767 B			Rebel	6
Wien	762 B			2bedeckt	9						

Weiterprognose für Sonnabend, den 1. November 1902. Zunächst etwas kälter, vielfach heiter, bei mäßigen westlichen Winden; später neue Ermüdung und Trübung ohne erhebliche Niederschläge.

Statt besonderer Mitteilung! Hierdurch beehren sich, die Geburt eines Sohnes anzukündigen
Charlottenburg, 29. Oktober 1902.
Rechtsanwalt Schmillinsky und Frau Helene, geb. Roedel.

Wittwochsmittag 2 1/2 Uhr, verstaub nach langem Leiden unserer lieber Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Cigarrenfabrikant August Heck im 46. Lebensjahre. Dies zeigen tief betrübt um stille Teilnahme bittend, an Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. November 1902, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofs (Randsberger Allee) aus statt.

Am 29. Oktober entschlief nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser verehrter Vater, Herr Adolf Schröter. Sein wiederer und offener Charakter, welchen er uns stets während seiner zwölfsährigen Tätigkeit als Vater bewies, hat, durch ihn ein ehrenvolles Andenken. Das Verlangen der Buchdruckerei W. Koebke, Berlin, 30. Oktober 1902. Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde, Rorbend-Wieder-Schönhauser, aus statt. 1585

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl. Zahlstelle Berlin I. Todes-Anzeige. Den Totenleibern zur Nachricht, daß unter langjähriges Mitglied, der Kollege 44/4 Paul Meyer am 29. Oktober an der Croletarier-Krankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Kirchhofes in Niddorf, Niddendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, den 8. November 1902:

Sinfonie-Konzert

ausgeführt vom Berliner Tenor-Orchester unter Mitwirkung des Berliner Männerquartetts Harmonie (Doppel-Quartett) in Kellers festhällen, Koppenstrasse 29.

Nach dem Konzert:
Grosser Ball.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Während des Konzerts bleiben die Saalthüren geschlossen. Das Rauchen im Konzertsaal ist verboten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 30 Pf.
NB. Billets sind auf sämtlichen Zahlstellen, sowie im Bureau Engel-Ufer 15 I., Zimmer 10, zu haben. 90/15
Abendkasse findet nicht statt. Das Komitee.



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 3 Mark.
Diese, welche Herrenmütze kostet mit Satinfutter 1 50 Mark, mit Atlasfutter 2 Mark.

Oscar Arnold

Größtes Spezialgeschäft
Engros. für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export.
nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden).
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Die schönsten Herren-Paletots, Anzüge, Doppeln in neu, sowie Spezial 53722*
Monatsgarderobe von Kavaliere zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl stets zu tausend billigen Preisen zu haben.
J. Wand, Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstraße.
Bitte auf Hausnummer zu achten!

Bett- u. Leinwäsche direkt aus erster Hand.
in Wasche-Fabrik
Z. Alexander
1 Tr. Gr. Frankfurterstr. 102 1 Tr.
Kein Laden!
Durch Erparnis der Spesen 152222*
enorm billige Preise
für die besten Qualitäten.



Anker-Brikets

sind nicht nur hervorragend in Qualität, sondern auch mässig im Preise.

44/7*

Lederer & Kreinberg

Streich-Instrumenten-Fabrik
Markenkirchen No. 443
offeriert billigst direkt ab Fabrik

Konzert-Zieh-Harmonikas

garantiert größte Tonfülle, solideste Arbeit.

10 Tast. 2 Schär., 2 Reg., 50 St., 4 Mk. 5.—	21 Tast., 108 St. Mk. 11.—, 21.—
10 " 3 " 3 " 70 " 4 " 7.50	27.— etc. — Schule u. Kiste
10 " 4 " 4 " 90 " 4 " 9.50	gratis, andro Harmonikas
10 " 6 " 6 " 150 " 4 " 15.—	wohon v. Mk. 1.50 p. Sa an

Violinen mit Bogen u. Kästen u. Reservebezug etc. komplett No. 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 zu Mark 9.— 11.— 14.— 16.— 20.— 25.— 30.— 35.— 42.— 50.—
Mund-Harmonikas solidester Qualität
No. 2705 2710 2712 2714 2715 2716 2717 2718 2719 2720
p. Stück zu 30.— 35.— 45.— 1.— 1.20 1.80 2.— 2.50 3.50 M.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Spezialarzt für Haut- und Halsleiden. 145/17*
10-4. 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Schönemann,

Spezialarzt für Haut, Haar und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11.

Blumen- und Kranzbinderei

Richard Engelke,
Reichenborp-Strasse 164,
Ecke Mariannenstr.
Specialit.: Vereinskränze.

Achtung, Vereine!

Empfehle meine täglich neu-renovierten Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonnabende und Sonntage noch frei. 53/172*

Neues Klubhaus,

72. Kommandantenstr. 72.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich v. 11. Specialitäten-Vorstellung, Red. Rittberg, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzechen.
Auf. Wochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

36 Mark

elegante Winter-Paletots,
30 Mark
höchste Herren-Anzüge,
12 Mark
schöne Winter-Beinkleider.
Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14. Krausenstr. 14.
1 Treppe. Tel.-Numl 1 Pr. 8708.1 Treppe.

Franz Haupt

Anh.: Max Voigt, Hutmacher,
Grosso Frankfurterstr. 145.
Rein seit 13 Jahren eingeführtes Special-Herren-Bügelgeschäft habe ich jetzt neu eingerichtet und mit vollständig neuen Waren in sehr preiswerten und guten Qualitäten versehen. Beispiele: Weiße Hüte von 2.00 M. und steife Hüte von 2.50 an in schönster Ausführung; feiner Galanterie, Chapau-Resonanzhüte, Herren- und Damenmäntel, Herren- und Damenhüte, Spangierhüte. Erstaunend billige Preise, kann mit jedem konkurrieren. 162b

Oeffentliche

Wähler-Versammlung

bei Graumann, Naunynstrasse 27.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wlth. Pfammkuch über "Die Bedeutung der Kommunalwahlen für die Arbeiterklasse". 2. Diskussion.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, in Ritzdorf, Hermannstrasse 197.

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Silberstein über: Die Bedeutung der Kommunalwahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 5. November: Vertrauensmänner-Sitzung. Für Norden: Abends 8 1/2 Uhr Brunnenstr. 96. Für Osten: Abends 7 Uhr Blumenstr. 88. Für Süd-Osten: Abends 7 Uhr Stallgerstr. 58.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 2. November, nachmittags 5 Uhr, bei Rob. Voigt, Ritterstrasse 75.

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Ingenieur Müller über Eisenhüttenkunde. - Das Eisen in seiner Urform. - Die Verarbeitung und das Zustandekommen der verschiedenen Eisenarten.

Verein der Bauanschläger Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 2. November, vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Vergütungskomitees. 2. Vereinsangelegenheiten. - Mitgliedsliste legitimiert. Beiträge werden nur zwischen 10-11 Uhr angenommen.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mittenwalderstrasse 90, v. part. - Dritter Wahlkreis: St. Friz, Ringenstr. 31, Def recht part. - Viertes Wahlkreis O.: Robert Engels, Or. Frankfurterstr. 133, Def part. - SO.: Paul Böhm, Kaufhausplatz 14/15 (Laden). - Sechster Wahlkreis (Noabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. - Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Rasche, Brunnenstr. 93, Hof part. I. - Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenbühlstr. 1, Ecke Goethestrasse, vorn I. - Deutsch-Wilmersdorf: W. Ridel, Wilmersd. 109, part. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsb.-Hohenschönhausen: Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. - Grünau: Gustav Piers, Köpenickerstr. 2. - Rixdorf: Ostermann, Erdstrasse 6. - Schöneberg: Wlth. Sauer, Martin Lutherstr. 51, Laden. - Ober-Schönevelde: Ernst Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18. - Nieder-Schönevelde: Bonalowsky, Beckstr. 8. - Johannisthal: Paul Rann, Bismarckstr. 7. - Adlershof: Gustav Hise, Gadenbergstr. 8. - Köpenick: Friedrich Bold, Schönstr. 29. - Friedenau-Steglitz: G. Bernice, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Mohr, Dippelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. - Baumschulenweg: Stok, Ernststr. 2. - Neu-Weissensee: Joseph Rein, Friedrichstr. 38, Ecke Streifstrasse. - Rummelsburg: Sorgderr, Brunnstr. 5a.

Für das Auge

ob weit, kurz, oder überichtig, ist es von größter Wichtigkeit das richtig passende Augenglas zu erhalten. Hochmodern angepaßte und sehr leichte Brillen und Pince-nez sind in dem Institut für Präzisions-Optik von Carl Buttendorf, in Firma Ernst Riek, Berlin N, Weinbergsweg 15b (Hofenthal Thor) in allen denkbaren Ausführungen erhältlich.

Nickel-Brillen u. Pince-nez v. Mk. 1.50 - 4.00 Double- " " " " " " 3.50 - 13.00 Eleg. Gold-Brillen u. Pince-nez " " " " " " 8.00 - 40.00 Specialität: Theater- u. Reise-Perspective mit Perlmutt, Elfenbein, Schildpatt- und schwarzen Körpern, nur scharfe Gläser, von Mk. 4.50 - 60.00.

Jede Uhr zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Dataten-Trauring, 900 gest., 1 1/2 Dulaten 15.50, 2 Dulaten 20.50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Güt. Kaufmännischer Briefen, Vincenz, Opernplätzchen. 52192* T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Große eigene Betriebswerkstätten im Hause. Die Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik Landsberger Strasse 29, 1 Troppe, giebt auch fertige einzelne Anzüge, Paletots, Hosen usw. zu Fabrikpreisen ad. Maß-Anzüge . . . von Mark 20 an Maß-Paletots . . . von Mark 18 an Wer Stoff hat, fertigen wir Anzüge etc. zu Fabrikpreisen an.

Orts-Krankenkasse der Madler u. Siebmacher zu Berlin.

Montag, den 10. November 1902, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 2 und 3:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des Vorstandes (2 Arbeitgeber, 1 Ersatzwahl, 1 Renowahl, 2 Arbeitnehmer). §§ 38 und 40 des Statuts. 2. Berichtigung der Protokolle. 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. 4. Beschlußfassung über den Vertriebsvertrag für 1903. 5. Definitive Anstellung des Kassierers nebst Gehaltsberichtigung. 6. Kassengelegenheiten. 7. Verschiedenes. Die Kassennmitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Berlin, den 1. November 1902. Der Vorstand. 1556 Robert Schmidt, Vorsitzender.

Baugenossenschaft „Freie Scholle“

Sonntag, den 2. November, 9 1/2 Uhr, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Ausserordentl. Generalversammlung

(Nur für Mitglieder.) Tagesordnung: Geschäftsbericht, Statutenänderung, Anträge. 127/16 Geschäftsstelle: W. 35 Karlsruh 15.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.

Ortsverwaltung C. Sonntag, den 2. November, vormittags 10 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5-7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassendbericht vom 3. Quartal 1902. 2. Verschiedene Kassengelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. 182/10 Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler usw.

Verwaltung Berlin N. Sonntag, den 2. November, vormittags 10 Uhr, bei Tolksdorf, Wöhlgerstr. 58:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Aufhebung einer Jubiläumsfeier. 3. Wichtige Kassengelegenheiten. 185/9 Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung. NB. Die Jubiläumsfeier am 9. Okt. nach Engelgerstr. 51/52 verlegt. Dort wird auch das Krankengeld ausbezahlt.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden! Nicht nach dem ender Engros-Gehalt:

Einzelverkauf Engrospreisen: Capes, Paletots, Jacketts, Abend-Mäntel. Kinder-Jacketts in großer Auswahl. Robert Baumgarten Damen- und Kinder-mäntel-Fabrik Hausvogelplatz 11, 2. Et. (Ecke der Jerusalemstrasse.) Auch Sonntag geöffnet.

Prämiiert mit der goldenen Medaille. Kraft-Rothwein für Blutarmer u. Kranke ärztlich empfohlen Fi. 150 u. 2 M. Überall zu haben in Apotheken, Droguenhandlungen, Delikatess- u. Kolonialwarengeschäften.

feurig-Süsser Santa Lucia

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Paul Singer & Co.

BERLIN SW. 68, Lindenstrasse 69

Buchdruckerei und Buchbinderei

empfehlen ihre mit den besten und modernsten Maschinen ausgestattete: den politischen u. gewerkschaftlichen Organisationen, den Kranken- und Unterstützungs-Kassen, den Konsumvereinen, Genossenschaften, den Gesangsvereinen, Turnvereinen, Vergnügungs-Vereinen u. s. w. u. s. w.

Anfertigung von Druckarbeiten aller Art:

Auftrufe, Flugblätter, Handzettel, Jahresberichte, Mitgliederkarten, Eintrittskarten, Festprogramme, Statuten, Abrechnungen, Formulare jeder Art. Geschmackvolle Ausführung - pünktliche Lieferung - angemessene Preise.

Kaufmännische und gewerbliche Druckaufträge:

Zirkulare, Geschäftskarten, Kataloge, Memoranda, Preiskourants, Rechnungen u. s. w. werden gleichfalls in sauberster Ausführung zu kulantesten Preisen in jeder Ausstattung geliefert. Besonders empfehlen wir uns zur

Herstellung von Massen-Auflagen!

Geschäfts-Eröffnung!

Am Sonnabend, den 1. November, nachmittags 4 Uhr, eröffne ich in den Räumen, in welchen sich das Stamm-Geschäft 35 Jahre lang befand, ein

Papier-, Galanterie-, Leder- und Spielwaren-Geschäft. Otto Haack, Berlin O.

110 Grosse Frankfurter Strasse 110.

Zur Erinnerung an die Wiedereröffnung gebe ich am Eröffnungstage bei einem Einkauf bis zu 50 Pf. einen Gegenstand im Werte von 20 Pf. und bei einem Einkauf von 50 Pf. und darüber einen Gegenstand im Werte von 50 Pf. gratis!

Elegante Costümzüge

in ganz Wolle; in neuen Façons; in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u. Längen stets in grosser Auswahl vorrätig 3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.

Jaketcostüme

Hochelegante Façons 15 Mk., 20 Mk., Sacco- u. Blusen-Costüme 12 Mk., 15 Mk., 18 Mk., 25 Mk., 30 Mk.

Golf-Saccos, Golfpaletots 12 Mk., 15 Mk. Golf-Capes 5 Mk., 10 Mk., 15 Mk.

Winter-Paletots, Jakets und Saccos 10 Mk., 15 Mk bis zu den elegantesten, apartesten Modellen.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse. Backfisch-Saccos 10 Mk.

Hüte Pelz-Waaren

Chapeau claque . . . von 7,50. Cylinderhüte . . . von 4,00. Filzhüte . . . von 1,50. nur eigenes Fabrikat.

Bekanntmachung

vom 10. Oktober werden sämtliche so aussergewöhnlich günstig eingekauften Waren täglich zu spottbilligen Preisen verkauft.

Teppichhaus Adler & Co.

Königstr. 20-21, dicht am Rathaus. Wir bitten genau auf No. 20/21 zu achten.



Dieser Hut, moderne Form, sehr billig, kostet Mk. 1.50.

Special-Engros-Lager Einzelverkauf zu Fabrikpreisen

im Comptoir Neue Königl. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.

Grösste Auswahl ansergewöhnlich billige Preise

Filzhüte für Herren neueste Form, mit Futter Mk. 1,50, mit Klettverschluss 2,00, hochfeine Qualität Mk. 2,50, extrafeine 3,00, beste Qualität 4,50. Cylinderhüte u. Chap. claq. in gr. Auswahl.

!!! Spottbillig !!! Anzugstoff-Reste

Hosen- u. Winterpaletot-Reste, Reste auch für 28878 Damen-Paletots u. Kostüme. Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland, Berlin, Rosastr. 2.

Große Betten 11 Mk.

mit neuen Federn reichlich gefüllt, Ober-, Unterbett, 2 Kissen, bessere 13,75, 15,50, 1 1/2 schläfrige Betten 20, 22, 27 Mk. Braut-, Hotel- u. Gesellschaftsbetten 33, 40, 44 Mk.

Bettfedern, dopp. gereinigt u. füllig, per 300 40, 55, 65 Pf. Halbdannen 1.10, 1.50, 1.50 usw. Postersbetten 6 1/2, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.

Zugelbezug ohne Ausbrennen empfehlenswert. Versand streng reell unter Nachnahme; Preisliste, Muster gratis franco.

Berliner Betten-Fabrik R. Kirschberg & Co. Berlin O., Hackescher Markt 1, 1. (Rein Laden.) Wöhlgerstr. II Detail-Verkauf. 188832*